prodomo

zeitschrift in eigener sache

Nummer 1 - Oktober 2005 4

Infoladen
Kohlgarten Str. 3 - 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 85 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

KEIN VERLEIH

Alter Wein in neuen Schläuchen
Zur neuen sudanesischen Verfassung

Sei doch kein Muselmann
Eine Koranrezension

Die Protokolle der Weisen von Hollywood
Christoph Türckes affirmative turn

Wirklicher und unwirklicher Antisemitismus
Der "Fall Martin Walser": a never ending story

Zurück zum Glück
Eigentlichkeit als Marktvorteil, oder:
was ist Deutsch-Pop?

Inhalt

Editorial: In eigener Sache ..... Seite 4

THOMAS BECKER: Iran kapituliert
Fragt sich nur wann ..... Seite 5

SIMONE DINAH HARTMANN: Frieden ohne Gaza?
Dafür müssten auch die Palästinenser ihn wollen ..... Seite 9

BASTIAN ASSION: Alter Wein in neuen Schläuchen
Wie man die Sharia demokratisch legitimiert, zeigt das Beispiel Sudan ..... Seite 12

JAN HUISKENS: Dialog der Kulturen in Rheinform
Zu der Veranstaltungsreihe *Der neue Orient* ..... Seite 16

WALTER FELIX: Die Linkspartei - Das Original
Über den Wahn-Kampf der SPD ..... Seite 18

DIRK LEHMANN: Wirklicher und unwirklicher Antisemitismus
Der "Fall Martin Walser": a neverending story ..... Seite 23

FABIAN KETTNER: Die Protokolle der Weisen von Hollywood
Christoph Türckes *affirmative turn* ..... Seite 27

Rezensionen ..... Seite 31

GEORG WEERTH: Heute morgen fuhr ich nach Düsseldorf ..... Seite 33

FELIX HEDDERICH: Der braune Gockel
Wie verträgt sich Avantgardismus mit Antisemitismus? Vincent Gallo macht es vor ..... Seite 35

PHILIPP LENHARD: Zurück zum Glück
Eigentlichkeit als Marktvorteil oder: Was ist Deutsch-Pop? ..... Seite 37

ALEX FEUERHERDT: "Was für Eltern muss man haben..."
Der Hass auf den *FC Bayern München*, von den Nazis als "Judenklub" bezeichnet, trägt immer noch antisemitische Züge ..... Seite 43

REDAKTION BAHAMAS: Kritik und Parteilichkeit
Aufruf zur antideutschen Konferenz am 18. und 19. November 2005 in Berlin ..... Seite 46

Termine ..... Seite 52

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Die Website der Prodomo ist zu finden unter

http://www.prodomo-online.org

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

In nicht-revolutionären Zeiten besteht die einzig sinnvolle Form von Praxis in der Arbeit am Begriff, der das Abzuschaffende darstellen soll. Die materialistische Kritik unterscheidet sich darin von der Theorie, dass sie nicht behauptet, das Vorliegende sei ein in sich vernünftiges System, sondern als Bedingung jeder Form von Anschauung die Erfahrung voraussetzt, dass die herrschende Gesellschaftsform für die in ihr lebenden Individuen nicht Glück, sondern Leiden, nicht Freiheit, sondern Zwang bedeutet.

Mit dieser Erfahrung ansetzend wird Kritik zum Mittel der Zersetzung, ihre Form ist nicht der konstruktive Dialog, der verbessern, sondern die Polemik, die zerstören will. Im Bewusstsein, dass die Herrschaft nicht abgeschafft werden kann, ohne einen kollektiven Akt ins Werk zu setzen, bei dem sich die Individuen zum Subjekt ihrer eigenen Geschichte verwandeln, muss die Kritik darauf abzielen, die zur zweiten Natur verfestigte Ideologie der Warensubjekte zu erschüttern. Nur wenn die Kritik ihren Gegenstand trifft, kann sie die Notwendigkeit der kommunistischen Umwälzung aufzeigen: Menschen dort "abzuholen", wo sie stehen, kann also nur dazu führen, notwendig falsches Bewusstsein zu bestätigen - Propaganda statt Kritik.

Mit der *Prodomo - Zeitschrift in eigener Sache* wollen wir einen Beitrag zur materialistischen Gesellschaftskritik leisten, um uns aus dem Zustand der Ohnmacht zu befreien. Diese Zeitschrift wird "in eigener Sache" produziert, weil Arbeitszwang, repressive Gleichheit, die Perspektive der Armut und die entfesselte Gewalt des zum Wahn gesteigerten kapitalistischen Fetischismus uns auch ganz direkt und persönlich bedroht.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder ohne Angst verschieden sein kann: als Individuum und nicht als Exemplar einer Rasse, eines Volkes oder einer Klasse. Aus diesem Grund insistieren wir auf der wichtigsten Errungenschaft der Aufklärung: dem Individuum. Gegen die bürgerliche Gesellschaft, welche die Aufklärung hervorgebracht hat, machen wir geltend, dass sich in ihr die eigenen Versprechen nicht verwirklichen lassen, weil sie anstatt der persönlichen abstrakte Herrschaft hervorgebracht hat, weil in ihr die Befreiung von Stamm und Sippe notwendig in den Zwang durch Familie und Nation umschlägt.

Doch spätestens die Shoah drängte dem Kritiker die Erkenntnis auf, dass es etwas Schlimmeres gibt als den Kapitalismus: einen Anti-Kapitalismus, der sich zwar nicht von den Bedingungen der warenproduzierenden Gesellschaft - Wert und Souveränität - zu lösen vermag, aber die aus der gesellschaftlichen Dynamik des Kapitals resultierende Vermittlung auszurotten droht. In Gestalt des Nationalsozialismus ist eine Bewegung angetreten, die "Einheit des Ganzen" (Scheit) wiederherzustellen, die Krise durch Vernichtung zu bändigen. Deshalb gilt es, sowohl den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus als auch deren Differenz zu betonen: so wenig der Nationalsozialismus sich mit der Kritik der politischen Ökonomie auf den Begriff bringen lässt, so wenig kann auch die Fortexistenz des Kapitalismus analysiert werden, wenn der Nationalsozialismus ausgeklammert bleibt. Der Aufstieg des radikalen Islam als modernisierte Form des Nationalsozialismus macht deutlich, dass der alliierte Sieg über die Deutschen keineswegs dafür gesorgt hat, dass Verhältnisse eingetreten sind, in denen Auschwitz sich nicht wiederholen kann. Im Gegenteil: angesichts des weltweiten Krieges gegen Israel ist die Gefahr einer solchen Widerholung akut.

Die Notwendigkeit der Forderung nach einer Überwindung der falschen Gesellschaft darf niemals dazu führen, sich der Parteilichkeit zu entziehen. Der Kritiker hat den Widerspruch auszuhalten, einerseits gegen das falsche Ganze und andererseits gegen das Falsche im Ganzen streiten zu müssen. Entzöge er sich dieser Parteilichkeit, er wäre kein Kritiker mehr, sondern Idealist: die Erfahrung des Leids würde ihn nicht mehr tangieren, sondern müsste verdrängt werden, um die Einheit seines abstrakten Gedankensystems nicht zu gefährden. So wenig es ein "richtiges Leben im Falschen" (Adorno) gibt, so notwendig ist der Einwand, dass die erste Unmenschlichkeit in der Weigerung erkennbar wird, das Leid seines Nächsten wahrzunehmen.

Wir hoffen, dass wir ganz in diesem Sinne unsere Kritik vorantreiben können und wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre der *Prodomo - Zeitschrift* hoffentlich auch *in* Ihrer *eigenen Sache*. ■

Redaktion Prodomo,
Köln, Oktober 2005

Iran kapituliert

Fragt sich nur wann

THOMAS BECKER

"Trotz all der verschiedenen Umstände, wir sehen Ähnlichkeiten damit, was in den 1930ern geschah, als die Leute das wirkliche Problem unterschätzten, oder sich auf andere Gefahren konzentrierten. Für uns stellt sich das Problem so, dass entweder die Welt Iran angreift, bevor es zu spät ist, oder wir alle die Konsequenzen noch zu spüren bekommen." Yuval Steinitz, Vorsitzender des Ausschusses für Außen- und Verteidigungspolitik des israelischen Parlaments (1)

Iran ist in revolutionärer Stimmung. Die Präsidentenwahl im Juni gewann ein Mann, der versprochen und auch gleich damit begonnen hat, den Reformzirkus der vergangenen Jahre, an den sowieso nur kleine Kinder und die Europäer geglaubt hatten, zu beenden und die revolutionären Tugenden des iranischen Volkes wiederzubeleben. Er heißt Mahmoud Ahmadinejad, war als Aktivist in einer Studentengruppe an der Revolution von 1979 beteiligt, diente dem Regime später als Kommandeur der Revolutionswächter und zuletzt als Bürgermeister Teherans und ist sowohl ein Apparatschik mit militärischem und geheimdienstlichem Hintergrund, als auch ein frommer Moscheengänger, der noch niemals zu spät zum Freitagsgebet erschienen ist und dessen Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft seine Nachbarn loben. Sein politisches Programm besteht v.a. darin, den Ölreichtum Irans zugunsten der Armen umzuverteilen und religiöse Verfehlungen zu bestrafen. Der iranische Sharia-Sozialismus soll der muslimischen Weltgemeinschaft als Modell dienen, ihr demonstrieren, wie ein richtiger Gottesstaat auszusehen hat, und dass Iran der einzige Ort auf der Welt ist, wo ein solcher gegenwärtig existiert.

Solches Marketing wird offenbar für nötig erachtet, weil das iranische Modell unter starkem Konkurrenzdruck steht. Einerseits hat es nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan und des Baath-Regimes in Irak an Attraktivität gewonnen, allein schon weil es - bis jetzt - überlebt hat, aber auch weil Iran dem globalen Jihad die enger gewordenen Ressourcen zur Verfügung stellt, die nur ein Staat aufbringen kann: Trainingslager für Terroristen, die sich auf Anschläge in Israel vorbereiten, militärischen Rückzugsraum für irakische Terrorkommandos, Unterschlupf für die von Al Qaeda, schwere Waffen wie Panzer, Flugzeuge und Raketen, die Arbeitskraft und das Militärpotential eines 70-Millionen-Volkes usw. In Folge des 11. September 2001 müssen die Ayatollahs um ihre Rolle als Speerspitze des Krieges gegen Amerika und Israel jetzt nicht mehr mit Saddam Hussein ringen, dafür aber mit Osama Bin Laden, der es als erster gewagt hatte, den "großen Teufel" direkt anzugreifen. Nach wie vor führt Iran den Krieg gegen Israel an durch die von ihm materiell und politisch abhängigen libanesischen und palästinensischen Terrororganisationen Hizbullah, Hamas und Islamischer Jihad. Das sunnitische Terrornetz zeigte sich jedoch, wo es um den effektivsten Einsatz des Selbstmordterrors auf globaler Ebene geht, dem schiitischen Modell des Gottesstaates überlegen, da dieses, eben weil es Staat ist, für die "asymmetrische Kriegsführung", die der heilige Krieg erfordert, nicht unbedingt geeignet ist. Al Qaeda kann auch außerhalb Afghanistans weiterhin existieren und töten, aber Iran, als Gottesstaat, hätte mit einem Angriff auf das World Trade Center sein Testament unterschrieben, weil der Krieg gegen den Terror einen einfachen und einfach zu fassenden Gegner gehabt hätte. Iran braucht die von ihm abhängigen, aber auch nicht mit ihm identischen Banden, an die die Ausführung von Terroraktionen und die Verantwortung dafür delegiert werden kann.

Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad

Iran hat jedoch noch eine Waffe in der Hinterhand, mit der es die

Führungsrolle auch im Krieg gegen Amerika wiedergewinnen will. Das iranische Atomwaffenprogramm ist schon vor seiner Vollendung, die nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, in dieser Hinsicht dienlich. Bisher verfügt keine Organisation und kein Netzwerk, das sich um die islamische Weltrevolution verdient gemacht hat, über Massenvernichtungswaffen. Aber Iran wird bald Waffen bauen, mit denen man nicht nur 3000 Menschen mit einem Schlag vernichten kann, wie in New York, sondern 30.000 oder 300.000. Und mit nur zwei Atomraketen könnte Iran vollstrecken, was es bei seinen Militärparaden in der "Heiligen Woche der Verteidigung" jeden September seit zwei Jahren als seine Absicht verkündet: "Israel muss aus den Annalen der Geschichte gestrichen werden". (2) So und so ähnlich lauten die Parolen, mit denen die Shahab-3 Mittelstreckenraketen beschriftet sind, die Iran seit jener Zeit besitzt und die einmal mit dem bestückt werden sollen, was gegenwärtig in den Urankonversions- und Anreicherungsanlagen des Iran produziert wird. Die Raketen sind, neben dem Atomprogramm, der größte Stolz der Ayatollahs und v.a. der Revolutionswächter, unter deren Kontrolle sich beide Komponenten der Waffenentwicklung befinden, die Raketen- und die Atombombenproduktion. Iran hatte sich in den vergangenen Jahren auf Kontrollen der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) und auf Verhandlungen mit Europa eingelassen, die dem Regime zwar die Zeit verschafft hatten, das Atomwaffenprogramm fortzuführen, die folgenden Produktionsschritte aber, v.a. die Urananreicherung, zu behindern drohten. Mahmoud Ahmadinejad wäre nicht der Revolutionär, für den er sich hält, hätte er nicht auch diesen Zirkus beendet.

Gleich nach der Übernahme des Präsidentenamtes Anfang August verfügte er die Inbetriebnahme von Atomanlagen, deren zumindest vorübergehende Stillegung Grundlage und Gegenstand der Verhandlungen mit Europa und der IAEA waren. Den Verhandlungen wurde damit der Boden entzogen. Ahmadinejad bezeichnete schon die Absicht, das iranische Atomprogramm zu kontrollieren, als "nukleare Apartheid" und ließ keinerlei Zweifel daran, dass er es auf eine Konfrontation angelegt hatte. Er löste damit eine internationale Krise aus, die Iran den Ruhm des an vorderster Front gegen Israel und Amerika Kämpfenden einbringen sollte, der den Mut und die Macht hat, den Feind herauszufordern und zu bezwingen, aber genauso gut mit einem weiteren Regime Change im Nahen Osten enden könnte.

Der folgende Ablauf der ersten Phase der Krise war lange vorher abzusehen. Die IAEA bescheinigte Iran den Vertragsbruch und drohte, den Fall an den Weltsicherheitsrat zu verweisen, der Iran mit diversen wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen belegen, politisch isolieren und schließlich militärische Aktionen gegen ihn anordnen kann. Die Verhandlungen mit Europa, die Iran Anfang August beendete, hatten nie einen anderen Sinn, als einen solchen Ablauf der Krise, der sich im Herbst 2003 zum ersten Mal abzeichnete, zu umgehen. Dieser wurde dann auch, den Erwartungen Teherans entsprechend, durch eine diplomatische Rettungsaktion der Europäer im letzten Moment verhindert.

Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, dass Iran diesen Crashkurs unbedacht eingeschlagen hätte und daher bald schon seinen Fehler einsehen und den Rückzug antreten könnte. Alle Anzeichen sprechen vielmehr dafür, dass diese Einsicht dem Regime von außen beigebracht werden müsste. Um das zu erreichen, wäre schon eine Koalition von Willigen erforderlich, die entschlossen und stark genug ist, notfalls mit Gewalt zu verhindern, dass sich die Ayatollahs und ihre Revolutionswächter mit Atomraketen bewaffnen. Da dem Regime klar sein muss, dass es einen von Amerika angeführten Angriff nicht überleben würde, könnte es angesichts der Ausweglosigkeit seiner Situation schließlich auf die Idee kommen, vorher zu kapitulieren und dadurch vielleicht einem Regime Change zu entkommen. Das hieße jedoch, vor der Weltöffentlichkeit als Schwäch-

ling dazustehen und würde dem Bild widersprechen, das Mahmoud Ahmadinejad von sich hat. Das Regime könnte natürlich auch auf den irre scheinenden Gedanken kommen, Iran in ein zweites Irak zu verwandeln. Iran hätte die erste Schlacht dieser Krise schon gewonnen, wenn ihm eine Koalition entgegenträte, die Zweifel daran zuließe, auch auf eine solche Situation gefasst zu sein.

Durch seine Rede am 17. September vor der UN-Vollversammlung in New York schaffte Mahmoud Ahmadinejad mehr Klarheit über die Politik des Regimes. (3) Die Europäer, die die Hoffnung niemals aufgeben und der iranischen Propaganda geglaubt hatten, der Präsident würde bei seinem ersten öffentlichen Auftritt außerhalb Irans einen Kompromissvorschlag und den eine Woche später drohenden Verweis an den Weltsicherheitsrat damit unnötig machen, kamen dabei abermals nicht auf ihre Kosten. Statt eines Kompromisses lieferte er der versammelten Staatengemeinschaft eine antisemitische Generalabrechnung mit dem Westen im Allgemeinen und Amerika und Israel im Besonderen, die er "im Namen des Allmächtigen" auf das Publikum herabschmetterte, und mit der er das iranische Atomwaffenprogramm im Namen der "Gerechtigkeit", des "Friedens" und des "Glaubens" verteidigte.

Die Bilder aus New Orleans, die er gerade in seinem New Yorker Hotelzimmer gesehen hatte, hatten ihn zu dem Gleichnis angeregt, das er seiner Strafpredigt vorausschickte und mit dem er die Kathastrophe zur notwendigen Folge des Sittenverfalls im Westen, zur gerechten Strafe Gottes für das Fehlverhalten der Amerikaner erklärte: "Je mehr eine Gesellschaft von dem Gebot der Gerechtigkeit und vom Glauben abweicht, mit desto größerer Unsicherheit wird sie konfrontiert". Man ahnt schon, wie diese Logik weitergeht: Der Terror ist auch so eine Katastrophe, die das Opfer durch sein Fehlverhalten, d.h. weil es zur falschen Zeit am falschen Ort war, selbst zu verantworten hat. In den Worten des Präsidenten: "Diskriminierung produziert Hass, Krieg und Terrorismus". Da nun Amerika, Israel und der ganze Westen, wie man weiß, vom Glauben abgefallen sind und Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt säen, müssen sie mit Widerstand rechnen: "Wenn jene, die von ihrer überlegenen militärischen und ökonomischen Macht abhängen, versuchen, ihre Privilegien auszudehnen, leisten sie der Sache des Friedens einen schlechten Dienst, tatsächlich feuern sie das Wettrüsten an und verbreiten Unsicherheit, Furcht und Täuschung. Wenn die globalen Trends fortfahren, den Interessen von kleinen einflussreichen Gruppen zu dienen, werden sogar die Interessen der Bürger von mächtigen Ländern gefährdet, wie man es an den gegenwärtigen Krisen, sogar an den natürlichen Katastrophen wie dem gegenwärtigen tragischen Hurricane beobachten kann". Es sind also nicht die Terroristen, sondern ihre Opfer, die "Unsicherheit" und "Furcht" verbreiten.

Die Rechtfertigung des iranischen Atomwaffenprogramms fiel nach dieser Einleitung nicht mehr schwer. Amerikanische Geheimdienste steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 und beschuldigten andere. Im "besetzten Palästina" würden "Frauen und Kinder gemordet, Teenager in Gefängnisse gesperrt, Häuser zerstört und Bauernhöfe niedergebrannt, aber wenn das Volk Palästinas sich dem widersetzt, wird es des Terrorismus bezichtigt". Mit einem Wort: "Die ernsteste Herausforderung, mit der wir es heute zu tun haben, ist, dass die Schuldigen für sich die Rolle des Anklägers in Anspruch nehmen." Und "noch gefährlicher ist, dass sich bestimmte Parteien, die von ihrer Macht- und Reichtumssucht abhängig sind und versuchen ein Klima von Einschüchterung und Ungerechtigkeit zu verbreiten und die Welt damit zu terrorisieren und sich dabei auch noch - mithilfe ihrer gigantischen Medienmacht - als Verteidiger der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte aufspielen". Die wahre Demokratie sei Iran. Einige "mächtige Staaten" würden auf der Welt ein Regime der "nuklearen Apartheid" und ein "ökonomisches Monopol" errichten wollen, aber das iranische Volk werde sich dem widersetzen.

Eine Woche nach dieser Rede, am 24. September, verabschiedete der Gouverneursrat der IAEA die Resolution, die Iran vor den Weltsicherheitsrat bringen könnte, falls dies das letzte Wort des Präsidenten zu der Sache gewesen sein sollte. Die Resolution hatten die erschreckten Europäer vorbereitet, und sogar Indien, das Iran zuvor nicht erfolglos mit Öl- und Gaslieferungen umworben hatte, stimmte ihr zu. Europäer und Inder mögen jetzt gemeinsam hoffen, dass Iran den Wink verstanden hat und doch noch nachgibt, weil sie die Konsequenzen ihres Stimmverhaltens im Gouverneursrat doch mehr fürchten als die Konsequenz, die das fortgesetzte Stillhalten gehabt hätte. Es kommt aber für den weiteren Verlauf der Krise weniger darauf an, ob Iran nachgibt, als darauf, dass die Koalition, die sein Atomwaffenprogramm aufhalten will, es nicht tut. Europa und Indien würde man diese Konsequenz nicht mehr zutrauen wollen. Die nur in ihrem Friedenswillen konsequenten Deutschen würden sich als erste verdrücken, wenn es nötig würde, dem Regime ein Ultimatum zu setzen, das tatsächlich ultimativ wäre. Indiens Regierung, die von den kommunistischen und den nationalistischen Parteien politisch unter Druck

gesetzt wird, weil sie sich "Amerika unterworfen" und die "indischen Interessen verraten" habe, hatte gleich nach der Verabschiedung der Resolution beteuert, dass sie zu einem anderen Anlass, nämlich im November, wenn es darauf ankäme, auch anders stimmen könnte. Das Abwägen widerstreitender politischer Interessen wird den Ablauf dieser Krisendiplomatie bestimmen.

Für Israel, für das jüdische Volk, stellt sich das Problem vollkommen anders. Es ist ein Problem, das das Abwägen nicht erlaubt. Ihm droht der atomare Holocaust und eine neue und schlimmere Welle des von Iran gesteuerten Jihad, wenn nichts passiert. Ein israelisches Forschungsinstitut (4) appellierte Anfang Oktober noch einmal an den Verstand in der Welt und verlangte: "Die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen und die EU im Besonderen, müssen verstehen, dass nur eine energische Politik, verbunden mit aggressivem Vorgehen, Iran daran hindern könnte, Atomwaffen zu bauen". Für den Fall, dass der Weltsicherheitsrat, dass eine vollkommene Wirtschaftsblockade und politische Isolation - so die Welt dergleichen überhaupt zustande bekäme - das Regime noch immer nicht dazu bewege, sein Atomwaffenprogramm abzustellen, müsse "die internationale Gemeinschaft dazu bereit sein, ein Risiko einzugehen, ihre Luftwaffe einzusetzen, Marschflugkörper und 'smart bombs' gegen strategische Ziele der atomaren Infrastruktur Irans abzuschießen". In dieser Phase der Krise müssten "die Führer Irans davon überzeugt werden, dass die Drohung, der sie jetzt ausgesetzt sind, anders als jede andere Drohung ist, der sie jemals zuvor gegenüberstanden". Würde auch das nicht zum Erfolg führen, müsse "die internationale Gemeinschaft, geführt von den Vereinigten Staaten, die Erlaubnis dafür haben, jedes Mittel anzuwenden, das notwendig wäre, um den Streit über die atomaren Ambitionen Irans zu beenden, einschließlich massiven Raketenbeschusses und Bombardements aus der Luft".

Israel hat oft und glaubwürdig versichert, dass es, wenn die "internationale Gemeinschaft" es im Stich lässt auf eigene Faust handeln und die für den Bombenbau relevanten Atomanlagen in Iran angreifen wird. Die israelischen Streitkräfte haben in diesem Jahr in Amerika ein Paket von 100 bunkerbrechenden Bomben gekauft, denn Iran hat seine Uranananreicherungsanlage in Natanz unterirdisch installiert, um sie zu schützen. Doch so weit wird es nicht unbedingt kommen. Die Drohungen Israels sind noch Hilferufe, v.a. an die Amerikaner, es mit diesem Problem nicht allein zu lassen. Und sie stoßen in Washington nicht auf taube Ohren.

Militärstrategen, häufig auch solche der Friedensbewegung, behaupten zwar, die amerikanische Streitmacht sei schon zu tief in den Irak verstrickt, um sich eine weitere Schlacht im Nahen Osten leisten zu können. Wenn auch Mahmoud Ahmadinejad damit kalkuliert haben sollte, war es vielleicht seine letzte Fehlkalkulation. Tatsächlich ist das iranische Militär komplett veraltet. Eine Analyse der U.S.Army (5) vom Herbst vergangenen Jahres behauptet, das iranische Militär sei heute in einem schlechteren Zustand als 1979, vor der Revolution und v.a. vor dem Krieg gegen Irak in den 1980er Jahren. Dem Regime müsse es daher vor zwei Jahren eiskalt den Rücken heruntergelaufen sein, als es zusehen musste, wie leicht die amerikanischen Streitkräfte die Truppen Saddam Husseins schlagen konnten: "Im Frühjahr 2003, schafften amerikanische und britische Streitkräfte in einem Monat, was die iranischen Streitkräfte in acht Jahren des Krieges mit Irak zwischen 1980 und 1988 nicht geschafft hatten. Teheran kann nicht umhin anzuerkennen, dass seine konventionellen Streitkräfte wenig Aussicht haben würden, einem amerikanischen Angriff zu widerstehen." Ob Iran eine Atommacht wird, wird also schließlich davon abhängen, ob die amerikanische Regierung dem innenpolitischen und außenpolitischen Druck derer widersteht, die einen Krieg verhindern wollen, der möglicherweise unvermeidlich ist. ■

Anmerkungen:

(1) *Israelis urge U.S. to stop Iran's nuke goals*, Washington Times, 30. September 2005, http://insider.washingtontimes.com/articles/normal.php?StoryID=20050929-114709-2065r.

(2) *Iran Calls for the Destruction of Israel*, Intelligence and Terrorism Information Center at the Center for Special Studies (C.S.S), Special Information Bulletin, November 2003, http://www.intelligence.org.il/eng/bu/iran/shihab_11_03.htm.

(3) *Address by H.E. Dr. Mahmood Ahmadinejad, President of the Islamic Republic of Iran, before the Sixtieth Session of the United Nations General Assembly, New York*, Islamic Republic of Iran, Permanent Mission to the United Nations, 17. September 2005, http://www.un.org/webcast/ga/60/statements/ira050917eng.pdf.

(4) Institute for Counter-Terrorism, http://www.ict.org.il/.

(5) *Iran in Iraq's Shadow: Dealing with Tehran's Nuclear Weapons Bid*, U.S.Army, Herbst 2004, http://www.army.mil/professionalwriting/volumes/volume2/november_2004/11_04_2_pf.html.

Frieden ohne Gaza?

Dafür müssten auch die Palästinenser ihn wollen

SIMONE DINAH HARTMANN

Yehudi Lo Megaresh Yehudi - ein Jude vertreibt keinen Juden - war der Slogan dieses Sommers in Israel. Nicht nur in traditionellen Zentren der nationalreligiösen Bewegung wie Jerusalem wehten orange Fahnen, auch im säkularen Tel Aviv trug beinahe jedes dritte Auto eine orangefarbene Schleife. Orange prangt auf dem Wappen von Gush Katif, einem Ort, der Geschichte ist, wie all die anderen Siedlungen in Gaza und Shomron, die in der glühenden Sommerhitze des August von israelischen Soldaten und Polizisten geräumt wurden. Wer die Bilder des "Abzugs" im Fernsehen sah, mag einen kleinen Einblick in die Tragik dieses Augenblickes gewonnen haben. Auf der einen Seite aufgebrachte Siedler und deren politische Anhänger, auf der anderen Seite Ordnungskräfte, die gemeinsam mit jenen, die sie wenige Minuten später aus der Synagoge tragen werden, ein Gebet sprechen. Es gab auf beiden Seiten viele Tränen.

Viele Israelis sahen in der Abkopplung einen schmerzlichen, aber notwendigen Prozess. Für einen möglichen Frieden müsse man eben auch Abstriche machen, so die oft gehörte Meinung. "Wir haben in Gaza nichts verloren", war bei den Befürwortern des Abkopplungsplans eine der beliebtesten Phrasen. Schließlich riskierten junge Soldaten und Soldatinnen ihr Leben für einen Haufen "fanatischer" Siedler. Anschläge ließen sich ohnehin nicht durch die "Besatzung" stoppen und Israel könne von einem Rückzug eigentlich nur profitieren. Wenn auch nur wenige tatsächlich der Auffassung waren, dass damit die Angriffe auf Israel aufhören würden, meinten doch viele, mit der Übergabe an die Palästinensische Autonomiebehörde könne diese dann vollends für alles verantwortlich gemacht werden, was von Gaza ausgeht, und Israel könne dann, das Recht auf seiner Seite, auch mit den entsprechenden Mitteln zurückschlagen. Unterschätzt wird dabei einmal mehr, wie wenig es auch den internationalen Beobachtern um die Einhaltung rechtlicher Konventionen geht. Israel ist nun einmal an allem schuld, gestern war es die "Besatzung", heute ist es die Schaffung des "weltweit größten Gefängnisses" in Gaza.

Die Gegner der *Hitnatkut* (hebr. Trennung) waren zwar in der Minderheit, aber ob ihrer Lautstärke nicht zu überhören. Viele, aber bei weitem nicht alle, zählen sich zum nationalreligiösen Lager, das einen Rückzug aus den umstrittenen Gebieten strikt ablehnt und sich dabei auf die Tora und tausende Jahre alte historische "Fakten" beruft. Gleichzeitig wurde aber auch auf die jüngste Geschichte Bezug genommen, wenn es darum ging, die Befürworter des Abzugs anzuprangern. "Sharon = Hitler/would have been proud" wurde an eine Wand im Stadtzentrum Jerusalems gesprüht. Die im letzten Jahr geplante "Aktion", sich gelbe Davidsterne anzuheften wurde glücklicherweise aufgegeben. Ihren Höhepunkt fand diese Kampagne während der Räumung Kerem Atzmonas im Gazastreifen, wo einige der Siedler den "Judenstern" in orange trugen, ihr Haus samt ihrer Kinder mit erhobenen Händen verließen und damit ein Bild produzierten, das dem jenes kleinen jüdischen Jungen im Warschauer Ghetto ähnelte, das nicht nur in Israel jeder kennt und das auch auf Postern gegen den Abzug zu sehen war. In den Augen jener bereitet die israelische Regierung mit dem Rückzug aus der Westbank und Gaza anscheinend einen neuen Holocaust vor. Sharon kommt in dieser Analogie der Status eines Kapos zu, der die Vernichtung durch die arabischen Mörderbanden vorwegnimmt.

Natürlich erntete ein solcherart vorgebrachter Protest in nahezu allen politischen Lagern viel Kritik. Sharon hat alles andere vor, als die israelische Nation in die Vernichtung zu führen. Allerdings sind es die wenigen Kritiker, die, wenn auch mit den falschen Mitteln, wenigstens einen Hinweis darauf geben, wem nun eigentlich dieses Land gegeben wird und was das für Juden und Jüdinnen heißt. Warum müssen die Siedlungen evakuiert werden? Warum ist es nicht möglich, dass jüdische Siedlungen unter palästinensischer Autonomie bestehen bleiben? Der Gaza-Streifen ist nun tatsächlich "judenrein". Und für die ganze Welt ist es selbstverständlich, dass erst einmal die jüdischen Siedlungen in den umstrittenen Gebieten verschwinden müssen, bevor es zu einem "echten Frieden" kommen kann.

Während es aber für Israelis auf der Hand liegt, dass ein jüdisches Leben in arabisch-islamischen Staaten aufgrund der Bedrohung kaum möglich ist, verschwenden deutsch-europäische Friedensengel keinen Gedanken an die Verfasstheit einer Gesellschaft, die keine Juden in ihr zulässt. Mit Hilfe der Nachfolgestaaten der nationalsozialistischen Judenmörder entsteht ein Staat der Judenmörder von heute, in dem der Judenhass einen wesentlichen Teil der

Nationalideologie ausmacht. Es mag israelische Militärstrategen geben, die der Meinung sind, dass Angriffe auf Israel zukünftig abnehmen werden - momentan lässt darauf allerdings nichts schließen. Dem Wunsch nach der Vernichtung des jüdischen Staates tut eine Räumung keinen Abbruch. Im Gegenteil: Für Palästinenser jeglicher Couleur stellt sich der israelische Abzug aus Gaza als Sieg dar. Es ist gewissermaßen der erfolgreiche Abschluss der zweiten Intifada und gleichzeitig ein Signal und Aufruf an die islamischen Massen weltweit, dass Terror sich lohnt. Abbas bedankte sich bei einer öffentlich ausgestrahlten Rede in Gaza sowohl bei den Märtyrern, die vom in seinen Augen größten Märtyrer Yasser Arafat angeführt werden, wie auch bei der israelischen Linken für deren Hilfe beim Abzug. Rechtsgerichteten Israelis ist dies nur ein weiteres Argument dafür, dass Sharon eine linke Politik betreibt, die das Land in den Abgrund führen wird. Stattdessen schlagen sie eine Politik der Härte vor. Sie werfen der Regierung vor, nicht konsequent genug den Terrorismus bekämpft und sich dem Druck der Linken und der USA gebeugt zu haben, die den Abkopplungsplan wollten.

Palästinenser feiern den nun "judenreinen" Gazastreifen auf der Ruine der Synagoge von Netzarim

Tom Segev, der sich als "neuer Historiker" auch in Deutschland einen Namen gemacht hat, steht beispielhaft für den Zustand einer Linken, die sich durchaus darüber im klaren ist, wozu der palästinensische Mob imstande ist, aber dennoch nicht die rosarote Brille weglegen will: "Wenn die Palästinenser nichts zu verlieren haben, ist das auch für uns Israelis die schlechteste Situation. Mit Gaza haben sie jetzt etwas gewonnen, was für das Konfliktmanagement sehr wichtig ist. Natürlich gibt es da eine Gefahr, weil sie es durch Terror erreicht haben. Tatsächlich sind wir geschlagen abgezogen. Die Palästinenser haben uns dazu gezwungen. Also macht es Sinn, dass sie uns erneut zu zwingen versuchen könnten. Gut ist das nicht. Trotzdem halte ich für wichtig, dass sie etwas gewonnen haben." (*Frankfurter Rundschau*, 14.09.2005) Es ist unter anderem der unerschütterliche Glaube daran, dass die meisten Palästinenser letzten Endes auch ein Leben in Frieden und Wohlstand dem Krieg gegen Israel vorziehen, der Linke in Israel hoffen lässt, dass der Abzug aus Gaza das Morden von jüdischen Männern, Frauen und Kindern beenden wird.

Selbst wenn das stimmen sollte (einige Umfragen sprechen dafür, andere, sowie das Verhalten zahlreicher Fatahfunktionäre und -anhänger leider dagegen): Seit der Trennung von Gaza sind unzählige Waffen über die ägyptische Grenze geschmuggelt worden und die südisraelische Stadt Sderot wurde mit einem Kassam-Hagel auf den neuen "Frieden" vorbereitet.

Die Palästinensische Autonomiebehörde paktiert wie eh und je mit jenen Kräften, die keinen Hehl daraus machen, dass es ihnen um die Vernichtung des jüdischen Staates geht, wie dem *Islamischen Jihad in Palästina*. Dessen Sprecher Khaled El Batsh führte in einem Interview mit der *Welt* (13.01.2005) aus, was mit der Forderung nach einer Beendigung der israelischen Besatzung gemeint ist: "Wir akzeptieren den israelischen Staat, als fait accompli, als etwas, das wir einzig aufgrund seiner militärischen Stärke akzeptieren müssen. Niemals werden wir Moslems Israel als einen jüdischen Staat respektieren. Kein Moslem kann einen jüdischen Staat respektieren. Die Juden sind im Gegensatz zu uns Moslems unrein, weil sie Alkohol trinken, weil sie rauchen, weil sie Mischehen eingehen, weil sie der Fleischeslust verfallen sind." Ein solcherart begründeter Vernichtungswille würde sich erst dann zufrieden geben, wenn Israel sich aus Israel zurückzöge. ■

anzeige

SATZ LESEN!

PROBEABO

☐ **Ich möchte die Wochenzeitung *Jungle World* fünf Wochen lang für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für fünf Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.**

Datum, Unterschrift

Das Probe-Abo geht an:

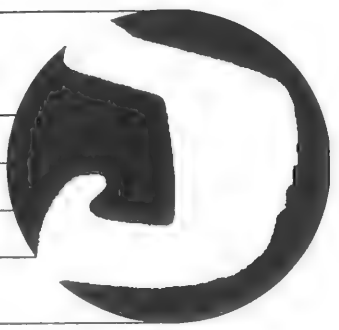
Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel (für evtl. Rückfragen)

Ausfüllen und einschicken an: Jungle World · Bergmannstr. 68 · 10961 Berlin



Alter Wein in neuen Schläuchen

Wie man die Sharia demokratisch legitimiert, zeigt das Beispiel Sudan

BASTIAN ASSION

Die neue Verfassung des Sudan ist das Ergebnis des im Januar diesen Jahres abgeschlossenen Friedensabkommens zwischen der südsudanesischen SPLM (*Sudanese Peoples Liberation Movement*) und der zentralsudanesischen Regierungspartei NCP (*National Congress Party*) des Präsidenten Omar al-Baschir, welches den fast zwanzig Jahre währenden Bürgerkrieg vorerst zumindest formal beendet hat. Der SPLM wird durch diese Verfassung eine Regierungsbeteiligung in Khartum (1) und "für eine Übergangszeit von zwölf Jahren" die Regierungsgewalt im autonomen Süd-Sudan eingeräumt und sie erhält zusätzlich die Hälfte aller Öleinnahmen (2). Nach dieser Übergangszeit soll die südsudanesische Bevölkerung das Recht haben, mittels eines Referendums zu entscheiden, ob sie völlige Unabhängigkeit von Khartum erlangen oder weiterhin Teil des sudanesischen Staatsgebietes bleiben möchte.

Eine "Demokratie" auf Grundlage der Sharia

Die meisten westlichen Beobachter sehen in dieser Gesetzgebung den Schritt zu einem dauerhaften Frieden zwischen dem Süden und dem Rest-Sudan. Sie loben die in der Verfassung enthaltenen Bekenntnisse zu einem demokratischen Staatswesen und den internationalen Menschenrechtsstandards. Verschwiegen wird jedoch, dass die Verfassung lediglich im Süden zu menschenfreundlicheren Zuständen führen dürfte, während sie für den restlichen Sudan keinesfalls eine Befreiung vom islamischen Terror impliziert.

In der Verfassung sind zwar die meisten bürgerlichen Grundfreiheiten wie die Gleichheit aller Sudanesinnen und Sudanesen, das Recht auf Privatsphäre, Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Anerkennung der internationalen Menschenrechte enthalten, doch zu einem Richtungswechsel oder einer Veränderung der politischen Praxis führt dies mit Ausnahme der von der SPLM regierten Gebiete nicht, denn die Verfassung unterscheidet bezüglich der Geltung dieser Rechte deutlich zwischen dem Süden und dem restlichen Sudan. So heißt es dort, dass nur diejenigen Rechte im Zentral-Sudan in Kraft treten sollen, die mit den Prinzipien der Sharia übereinstimmen. Dem entspricht, dass im Gegensatz zum ersten Verfassungsentwurf auch die Amputation von Gliedmaßen und das Auspeitschen in das Strafrecht aufgenommen wurden. Faktisch also ist der demokratische Jargon lediglich eine schöne Fassade für die Aufrechterhaltung der islam-faschistischen Zustände im Sudan. Die Wahl, die den Sudanesen bleibt, ist die zwischen der totalen Unterwerfung unter die Gesetze der Sharia und der Nichtbefolgung dieser Gesetze unter Gefahr für Leib und Leben. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang der Verfassungsabsatz über die Anwendung der Sharia in Khartum, welcher die Verurteilung von Nicht-Muslimen regelt. In dem entsprechenden Artikel heißt es, die Prinzipien der Sharia gälten nur für Muslime, Nicht-Muslime seien daher nachlässig zu behandeln. Weiterhin heißt es, der Präsident richte extra eine Kommission ein, die Empfehlungen und Ratschläge ausarbeite, welche dazu beitragen sollen, dass keine Benachteiligung dieser Gruppe durch die Sharia eintritt. Was als Fortschritt in Richtung einer Säkularisierung des sudanesischen Rechts klingen mag, ist in Wahrheit eine folgenlose Floskel, da die Sharia zwar tatsächlich für Muslime gilt, diesen aber auch vorschreibt, wie sie mit "Ungläubigen" umzugehen haben. Eine Abkehr von dem Absolutheitsanspruch des Koran und dem ihm zugehörigen Rechtssystem ist jedenfalls nicht zu erwarten.

Die Unruhen, die auf die mutmaßliche oder tatsächliche Ermordung John Garangs folgten (3), dürften noch andere Ursachen haben als nur die Trauer der Süd-Sudanesen über den Verlust des Anführers und Idols der SPLM, der für die Unterzeichnung des Friedensabkommens eine entscheidende Rolle spielte. Da die Unruhen größtenteils nicht im Süd-Sudan ausbrachen, sondern ihren Ursprung in Khartum hatten, wo sie von dort lebenden Süd-Sudanesen initiiert wurden, ist damit zu rechnen, dass die Aufständischen durchaus wahrnehmen, dass sich die Errungenschaften des Friedensabkommens einzig auf den von der Zentralregierung derzeit nicht zu kontrollierenden Süden beziehen. Der Tenor westlicher Medien, die Unruhen störten den Frieden und die Demokratisierung im Sudan, zeugt von völliger Realitätsferne gegenüber dem Leben der weiterhin unter der islamischen Unterdrückung leidenden süd-sudanesischen Minderheit im Zentralsudan. Die Ablehnung dieser Unter-

drückung darf jedoch keine Rechtfertigung der Unruhen darstellen, denn diese richteten sich nicht nur gegen das islamische Regime und seine Schergen in Polizei und Justiz, sondern allgemein gegen alle Araber. In einigen Fällen kam es sogar zu regelrechten Lynchmorden. Die Unruhen endeten mit 130 Toten und mehr als 300 Schwerverletzten, in ihnen drückte sich nicht der Wunsch nach besseren Verhältnissen aus, sondern nebst antiarabischem Rassismus nur die Ohnmacht und Kapitulation vor dem staatlichen Handeln. Die SPLM distanzierte sich selbstverständlich von den Aufständischen, europäische linke Kommentatoren sekundierten, der jahrzehntelange Alltagsrassismus der Araber gegen die Südsudanesen habe die Aufrührer erst zu solchen gemacht. (4)

John Garang

Bürgerliches und "Gewohnheitsrecht"

Eine der ersten Amtshandlungen der Autonomieregierung, welche direkt auf das Friedensabkommen - also schon vor Einführung der neuen Verfassung - folgte, war die Außerkraftsetzung der Sharia für den Süd-Sudan. Damit wurde einerseits zwar der Einfluss des Islam auf die Gesetzgebung beendet, andererseits jedoch kann die Geltung der Verfassung im Süd-Sudan immer noch durch einen abstrakt formulierten "Willen der Bevölkerung" oder durch Gewohnheitsrechte eingeschränkt werden (5), was darauf hinweist, wie sehr auch der Süd-Sudan durch archaische Clanstrukturen geprägt ist, die mit einer westlichen Demokratie nicht kompatibel sind. Diese Einschränkung der Absolutheit des Rechts zeigt, dass auch im Süden die Rechtsform nicht notwendig aus der allgemein gültigen Warenform entspringt, sondern vielmehr das Recht in noch immer wesentlich feudalen, auf Subsistenzwirtschaft fußenden ökonomischen Bedingungen ein "Sollen" darstellt (6): Wo Landwirtschaft in großfamiliären Verbänden betrieben wird, um von diesem Ertrag leben und nicht um einen Überschuss auf dem Markt feilbieten zu können, da gilt nicht die allgemeine bürgerliche Rechtsform, sondern ein den Patriarchen und dessen Gemeinschaft stärkendes Stammesrecht. Der daraus folgenden, der Gemeinschaft untergeordneten Stellung des Individuums entspricht, dass auch in der neuen Verfassung sowohl im Süd- als auch im Zentralsudan Grundrechte nicht individuell einklagbar sind, wie etwa die freie Wahl des Partners. Während formal Männer und Frauen in der neuen Verfassung die gleichen Rechte genießen, sind Frauen realiter weiterhin der rigiden Sexualmoral ausgesetzt, ohne über das einklagbare Recht zu verfügen, sich von ihrem Familienclan zu befreien - aber bei welcher Instanz sollte man dieses Recht angesichts eines über keinerlei reale, von den Clans unabhängige Macht verfügenden Souveräns auch einfordern? Recht ohne die es garantierende Souveränität ist nur ein unverbindlicher moralischer Wertekanon.

Dass die SPLM die Abschaffung der Sharia und die Einführung der Verfassung ohne nennenswerten Protest von radikalen Moslems durchführen konnte, liegt auch in der Geschichte des Süd-Sudan begründet. Der Süd-Sudan gilt seit der Unabhängigkeit des Sudan von England als ein Gebiet, das gegen die wechselnden islamisch oder panarabisch geprägten Diktatoren, die in Khartum herrschten, für eine Demokratisierung und Säkularisierung des Sudan eintrat. Deshalb zog er regelmäßig den Zorn der jeweiligen Zentralregierungen auf sich, welche den "Jihad von oben" spätestens in den 80er Jahren rassistisch gegen die Schwarzafrikaner zu betreiben begannen. Der Bürgerkrieg, bei dem die SPLM, beziehungsweise ihr militärischer Arm, die SPLA (*Sudanese People Liberation Army*), die führende süd-sudanesische Kraft darstellte, war somit notwendigerweise auch ein Kampf gegen immer wieder unternommene Versuche einer Zwangsislamisierung des Südens, welche von Khartum ausgingen und in ihrem rassistisch-islamischen Furor auch vor Zerstörungen von Dörfern und Giftgasangriffen auf die Bevölkerung nicht halt machten.

Abwehr der Zwangsislamisierung

Ob das Projekt eines demokratischen und säkularen Süd-Sudan funktioniert, hängt auch davon ab, ob der hauptsächlich von Uganda unterstützte Süden sich militärisch weiterhin gegen die Zentralregierung durchsetzen kann. Deshalb dürfte einer der größten Fehler, den die SPLM mit dem Abschluss der neuen Verfassung begangen hat, die Zustimmung zum Aufbau einer gesamtsudanesischen Armee sein, welche die SPLA deutlich schwächt, da dem Süd-Sudan zwar zum Schutz seiner Grenze eine eigene Armee zugesichert wird, diese jedoch stark reduziert werden muss. Die aus dieser Reduzierung stammen-

den überschüssigen Soldaten sollen in die NAF (*National Army Force*) eingegliedert werden, die faktisch dem Befehl der Zentralregierung untersteht. Doch die Zukunft des Süd-Sudan könnte durch den Tod John Garangs entschieden anders verlaufen als geplant, denn der neu ernannte Präsident des Süd-Sudan, Salva Kiir, gilt im Gegensatz zu Garang als Sezessionist, der das Friedensabkommen als dessen damaliger Stellvertreter ablehnte und für die sofortige Unabhängigkeit des Süd-Sudan weiterkämpfen wollte. Forderungen

Präsident Omar al-Baschir

der Zentralregierung wird er wohl weitaus weniger nachgeben als der um Ausgleich bemühte John Garang, was zwar die Gefahr einer Abspaltung des Südens erhöht, aber auch eine gewisse Hoffnung begründet, dass die Zentralregierung ihren Machtverlust nicht revidieren kann. Angesichts dieses Machtverlustes bedient sich die Zentralregierung einer alten Waffe, die sie mal abkanzelt und in den Knast steckt, mal in die Regierung aufnimmt: Muslimbruder Hassan al-Turabi.

Al-Turabi war einst der Chefideologe des seit 1989 herrschenden Regimes von Omar al-Bashir und damit eine der wichtigsten Figuren der Regierungspartei. Unter anderem war er dabei verantwortlich für die gewaltsame Islamisierung des Süd-Sudan durch die so genannten Jihad-Kampagnen und die dabei verübten Giftgasangriffe auf südsudanesische Dörfer, sowie für die Verschärfung der Sharia durch einen Kleiderkodex für Frauen oder die Geschlechtertrennung in Bussen und auf öffentlichen Plätzen. Des Weiteren baute er den Sudan zum Stützpunkt für den internationalen islamischen Terror aus, indem er die *Popular Arab and Islamic Conference* (Paic) gründete, die eine Ansammlung von radikalen muslimischen Gruppen beherbergte und auch den 1991 aus Saudi-Arabien ausgewiesenen Osama Bin Laden im Sudan versteckte. Nach den Anschlägen auf zwei US-Botschaften in Kenia und Tansania, bei denen festgestellt werden konnte, dass die Drahtzieher ihren Stützpunkt im Sudan hatten und die darauf folgenden US-Luftangriffe auf zwei sudanesische Chemiefabriken, musste al-Bashir handeln, um seine Macht zu retten und ließ al-Turabi auf Druck der USA als Drahtzieher der Terroraktionen verhaften. Al-Turabi gilt jedoch nach wie vor als geistiger Führer der radikalen Moslems im Sudan und hat weiterhin gute Kontakte zu Terrorgruppen wie Al Qaeda und verschiedenen arabischen Staaten. So fungiert er momentan als Chef des Muslimrats für Afrika. Seine Partei, die PCP (*Popular Congress Party*), wurde plötzlich wieder von der Zentralregierung für die kommenden Wahlen zugelassen. Sollte er an Macht gewinnen, stellt er eine große Gefahr für den Süd-Sudan dar, was wohl auch Omar al-Bashir bewusst ist, der al-Turabi als Drohung benutzt.

Unterstützung aus Iran und Deutschland

Wie auch immer die Zukunft des Sudan aussehen mag, die Zentralregierung sitzt auch nach der Einrichtung einer Autonomie des Südens fest im Sattel. Die Unterstützung, die ihr nicht nur durch den Iran, sondern - seit die USA die Verbrechen in West-Darfur als "Völkermord" kritisiert haben - auch von Seiten der BRD zukommt, gibt dem Regime al-Bashirs das berechtigte Gefühl, den Warnungen der USA mit Ignoranz begegnen zu können. Gerade weil Deutschland die Problematik in West-Darfur als erste Macht in der UNO auf die Tagesordnung gesetzt hatte und mit dem Ruf nach einer Intervention vorpreschte, kann es nun mit den Weihen der pazifistischen Moral die USA dafür rügen, in dem Konflikt den Kriegstreiber zu mimen. Sämtliche amerikanischen Vorschläge für Sanktionen, welche die Zentralregierung unter Druck setzen könnten, werden aus Deutschland als drohende Eskalierung des Konfliktes abgelehnt - stattdessen setzt man in Berlin auf die Truppen der *African Union* (AU), die aufgrund ökonomischer und sicherheitspolitischer Überlegungen kein Interesse an einer Beilegung des Konfliktes haben. Eine Gefahr stellt die AU-Intervention für die Zentralregierung aus diesem Grunde nicht dar, sondern eher ein Geschenk: immerhin konnte auf diesem Wege die zeitweilig als sicher geltende westliche Intervention vermieden werden, die deutlich schmerzhaftere Konsequenzen für Omar al-Bashir gezeitigt haben dürfte. Der Sudan - er bleibt wohl bis auf weiteres eine Islamische Republik. ■

Anmerkungen:

(1) Die Regierungsbeteiligung der als demokratisch und säkular geltenden SPLM ist rein provisorisch und wird keinen Einfluss auf die Regierungspraxis in Khartum haben. Zwar ist der Präsident der Autonomieregierung

des Süd-Sudan, Salva Kiir, gleichzeitig auch der Vizepräsident des gesamten Sudan, aber die NCP hat mit ihren 52% an Abgeordneten gegenüber den mageren 28% der SPLM weiterhin die absolute Mehrheit im Parlament. Zudem heißt es in der Verfassung, dass Autonomie- und Zentralregierung aufeinander keinerlei Einfluss nehmen dürfen und ihre Gesetzgebung somit voneinander unabhängig ist.

(2) Die Öleinnahmen des Sudan sind beträchtlich: er ist einer der größten Erdöllieferanten der Welt und deckt 8% des chinesischen Erdölverbrauches. Die Ölquellen liegen ohne Ausnahme im Süden des Sudan, weshalb die Zentralregierung ein dringendes ökonomisches Interesse an einem Friedensabkommen mit dem Süden hat, um diese Einnahmen nicht vollständig zu verlieren.

(3) Die Ursache des Todes von John Garang, der nur drei Wochen nach seiner Vereidigung zum Vizepräsidenten des Sudan mit einem Hubschrauber abstürzte, ist immer noch umstritten. So forderte der ugandische Präsident, mit dessen Hubschrauber Garang geflogen war, eine genaue Untersuchung des Absturzes, da eine Ermordung nicht auszuschließen sei. Dagegen erklärte die Regierung in Khartum, dass der Hubschrauber aufgrund des Wetters und der Dunkelheit gar nicht hätte starten dürfen. Für Kriminologen und Verschwörungstheoretiker sei angemerkt, dass sowohl der ugandische Präsident als auch die Zentralregierung ein Interesse am Tod John Garangs hatten: Ersterer, um die eingetretenen Unruhen heraufzubeschwören und somit den Sudan auch nach dem Friedensabkommen weiter zu destabilisieren, zweitere, um der SPLM die Leitfigur zu nehmen und sie damit zu desillusionieren.

(4) Vgl. Thomas Schmidinger: *Aufstand in der Dreistadt*, in: *Jungle World* 32/2005.

(5) Zu diesem auf dem "Willen des Volkes" beruhenden Gewohnheitsrecht gehören die zwar durchaus mit den Dogmen des Islam zu vereinbarenden, aber auch im mehrheitlich nicht-muslimischen Süden üblichen Genitalverstümmelungen bei kleinen Mädchen. Das neu verabschiedete Gesetz zum Schutz der Kinder vor moralischer oder psychischer Misshandlung gilt nur formal: individuell einklagbar ist es nicht. Das bedeutet, dass die auch in den christlichen Familien durchgeführten Genitalverstümmlungen weiterhin nicht strafbar sind.

(6) Im Zentralsudan drückt sich die Tatsache, dass der Staat hauptsächlich von den Einnahmen aus der verstaatlichten Ölindustrie lebt und eine breite Bürokratie unterhält, in einem wesentlich faschistischen, d.h. den Staat ins Zentrum rückenden Recht aus, dem die Individuen so wenig gelten wie dem "Gewohnheitsrecht" des Südens. An die Stelle der Clans und Banden tritt hier die Staatsbande.

anzeige

Dialog der Kulturen in Rheinform

Zu der Veranstaltungsreihe *Der neue Orient*

JAN HUISKENS

Im Rheinland liegen die Städte dicht beieinander, die Menschen sprechen denselben Dialekt, sind dem Alkohol (ob nun Kölsch oder Alt) nicht abgeneigt und lieben den Karneval - doch gerade aufgrund ihrer Gleichartigkeit müssen sie sich beständig voneinander abgrenzen. So kommt es zu der seltsamen Situation, dass die Kölner die Düsseldorfer für abgehoben und arrogant, die Düsseldorfer wiederum die Kölner für zu proletarisch halten. Die Bonner versuchen sich weltmännisch aus diesem Streit herauszuhalten und betonen bei jeder Gelegenheit, Bewohner der ehemaligen Bundeshauptstadt zu sein.

Aber so sehr auch an allen Ecken und Enden in Deutschland immer wieder der längst beerdigte Charakter der Kleinstaaterei einschließlich seiner diversen lokalen Frotzeleien hervorquillt, es drängt die Deutschen zur Einheit: und wie könnte, wenn die Wirklichkeit beständig die Staatsbürger daran erinnert, dass das Deutsch-Sein sie nicht davor schützt, arm, schwach oder hässlich zu sein, diese Einheit besser realisiert werden als in der Projektion? Immer wieder lockt die Versuchung, die eigene Misere zu projizieren, weil die Projektion der Verdrängung immer noch den Lustgewinn voraus hat, der entsteht, wenn am fremden Objekt das individuelle Unglück abgespalten und gehasst wird. Das fremde Objekt nimmt traditionellerweise "der Jude" ein, der im Wahn des Projizierenden auch schon mal als Amerikaner, Spekulant oder Immobilienhai auftreten kann.

Weil aber der deutsche Souverän es sich derzeit nicht leistet, diesen antisemitischen Wahn aus einem individuellen in einen kollektiven Wahn zu übersetzen, weil also seit der Niederschlagung des Nationalsozialismus der Antisemitismus nicht mehr Staatsprogramm ist, schaut sich der nach Identifikation mit einem übermächtigen Kollektiv sehnende Bürger nach anderen Kollektiven um, die seinem psychologischen Bedürfnis entsprechen könnten. Und da sind sie, klar und hell erleuchtet, vor ihm sichtbar: die Araber, die dem "Koloss auf tönernen Füßen" (Scholl-Latour), dem verhassten Amerika, scheinbar heroisch Widerstand leisten. Sie lassen sich durch nichts und niemanden, das heißt weder durch Dollars noch durch die Kulturindustrie, davon abbringen, ihrer angestammten Kultur die Treue zu halten, also den Judenhass zu pflegen. Der deutsche Bürger ist sich darüber im Klaren, dass er den Antisemitismus der Araber nicht zu frenetisch bejubeln darf, sondern sich stattdessen auf deren differente Kultur und Religion beziehen muss, die in einem multikulturellen und weltoffenen Deutschland beliebte Güter sind. Deshalb geht er gerne zum "Tag der offenen Moschee" und lässt sich den Döner so richtig schmecken, ist aber peinlich berührt, wenn er im Ägypten-Urlaub freudig mit "Heil Hitler!" begrüßt wird.

Eine breit angelegte Veranstaltungsreihe soll dieses arabophile Bedürfnis nun befriedigen und zugleich dafür sorgen, dass Deutschland Exportweltmeister bleibt, indem der gigantische arabische Markt nach und nach durch deutsche Firmen mit "Pro-Islam"-Bonus erschlossen werden kann. Zusammengeschlossen haben sich die Rheinstädte Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg, um das regionale Kulturprojekt "Der neue Orient" zu gründen. Mit Unterstützung des Landes NRW und des *Westdeutschen Rundfunks* wurde eine beachtliche Fülle an Veranstaltungen organisiert, die von September bis Dezember in allen vier Städten verteilt stattfinden sollen. Neben den Themen "bildende Kunst", "Film", "Musik", "Literatur" und "Tanz/Theater" wird selbstverständlich mit dem Thema "Islam - zur Kultur einer Religion" aufgewartet, das am 10. Februar mit einem internationalen Symposium unter dem Titel "Feindbild Orient - Feindbild Westen" ausklingen soll.

Zuvor jedoch muss erst einmal in aller Breite dargestellt werden, worin das "Feindbild Orient" besteht und warum das "Feindbild Westen" gar keines ist, sondern eine Kritik der westlichen Lebensweise: Dr. Georges Tamer etwa, Mitarbeiter des Institutes für außereuropäische Sprachen und Kulturen der Universität Nürnberg, vertritt die These, "dass es neben dem westlichen Weg zur Zivilgesellschaft" auch einen gleichberechtigten "orientalisch-muslimischen Zugang" gebe, "der sich aus den Traditionen und dem Geist des Islam" herleite. Dr. Hussein Omran, seines Zeichens Botschafter der Arabischen Republik Syrien, fügt auf seiner Veranstaltung "Zusammenprall - Dialog der Kulturen" hinzu, dass das "Vertrauen zwischen den Kulturen" notwendig sei und meint damit vermutlich, dass nie-

mand zu genau nachfragen solle, wie weit Syrien bereits mit seinem Nuklearwaffenprogramm vorangekommen ist.

Die islamwissenschaftliche Zunft wird u.a. vertreten durch Dr. Stefan Leder, Vorsitzender der *Deutsch-Morgenländischen Gesellschaft*, der auf der Veranstaltung "Die politische Theorie des Islam" wohl keine Einführung in die Rechtstheorie der Sharia geben wird, sondern wie alle anderen für einen "Dialog mit den islamischen Akteuren" eintritt.

Plakat zu Veranstaltungsreihe Der neue Orient

Doch im Themenbereich "Tanz/Theater" geht es wie gewohnt kritisch zu: das HipHop-Tanztheaterstück "Kopf & Tuch" wendet sich etwa der Frage zu, "was uns ausmacht: Herkunft, Glaube, Kopf oder Tuch?" Auf diese Frage wird es keine einfachen Antworten geben. Nicht bei einem Publikum, das sich subversive Geister wie den bei *Kanak Attak* engagierten Feridun Zaimoglu zu Gemüte führt, dessen Buch "Koppstoff" im Rahmen der Veranstaltungsreihe das erste Mal als Theaterstück aufgeführt wird und der höchst selbst Liebesgeschichten vorliest und mit Weisheiten wie jener aufwartet, die Kampfansage der Gotteskrieger laute "Menschenbomben gegen Sexbomben" - also irgendwie alles dasselbe. Veranschaulicht wird die These der Menschen- gegen die Sexbombe durch den Film "Paradise Now", einem antizionistischen Propagandafilm, von dem an anderen Stellen bereits zur Genüge die Rede war. Welche verzweifelte Situation die Palästinenser überhaupt erst in die Lage versetzt, sich in eine menschliche Bombe verwandeln zu wollen, erklärt der Film "Mauer", der den israelischen Sicherheitszaun als Zubetonierung der palästinensischen Freiheit darstellt und damit einmal mehr Ursache und Wirkung verkehrt.

Kurzum: Ein kompaktes Programm, etwa 190 Veranstaltungen intensivieren den "Austausch mit einer uns nahen und doch zugleich fernen Kultur" (Vorwort der Veranstalter). Dass dem Individuum mittels der Projektion das ferne scheinbar nah werden kann, berührt trotz allem nicht den Umstand, dass das Objekt dieser psychischen Leistung, der Orient, keineswegs zufällig gewählt ist.

Wie die Nazis sich einst mit den urgermanischen Horden identifizierten, weil diese wie sie nichts als Raub und Mord im Sinn hatten, so identifizieren sich die heutigen Deutschen nur allzu gerne genau deshalb mit den Arabern, weil diese spätestens in den letzten hundert Jahren bewiesen haben, dass "ihre Kultur" in vielerlei Hinsicht mit der deutschen kompatibel ist: insbesondere mit dem Hass auf die Juden. ■

Alle Zitate aus::
Der Neue Orient. Zeitgenössische Kunst und Kultur, Programm September - Dezember 2005, Bonn 2005.

Die Linkspartei - Das Original

Über den Wahn-Kampf der SPD

WALTER FELIX

"Ein Deutscher ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben.

Die Phrase: 'Kommt überhaupt gar nicht in Frage', die im Berlin der zwanziger Jahre aufgekommen sein dürfte, ist potentiell schon die Machtergreifung. Denn sie prätendiert, daß der private Wille, gestützt manchmal auf wirkliche Verfügungsrechte, meist auf bloße Frechheit, unmittelbar die objektive Notwendigkeit darstelle, die keinen Einspruch zuläßt. Im Grunde ist es die Weigerung des bankrotten Verhandlungspartners, dem andern einen Pfennig zu zahlen, im stolzen Bewußtsein, daß es bei ihm ja doch nichts mehr zu holen gibt. Der Trick des betrügerischen Advokaten tut sich großmäulig als heldische Unbeugsamkeit auf: sprachliche Formel der Usurpation. Solcher Bluff definiert gleichermaßen den Erfolg und den Sturz des Nationalsozialismus." (Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*, Frankfurt a.M. 1985, S. 141)

Die Angst vor dem Untergang und die Flucht nach vorn.

Als die SPD am Wahlabend enthemmt die eigene Niederlage beklatschte, war das bereits die zweite, allerdings deutlich eskalierte Wiederholung eines schon bekannten Schauspiels. Schon ein Jahr zuvor, als die SPD in Sachsen die drittstärkste Partei wurde, weit abgeschlagen hinter CDU und PDS und knapp vor der NPD, waren die Genossen eigentümlich berauscht von einer "Trendwende", die sich im Wahlergebnis angeblich zeige. Am 22. Mai, dem Tag der Landtagswahlen in NRW, versetzte die Ankündigung der Neuwahlen eine eben noch entsetzte Partei in "Euphorie", wie die Zeitungen am nächsten Tag zu berichten hatten. Irgendeinen vernünftigen Grund zur Euphorie hatten die Genossen damals genauso wenig wie jetzt; weder konnten sie in ihrem "Stammland" NRW weiterregieren, noch schien irgendeine realistische Aussicht auf einen Wahlsieg im September zu existieren. Jetzt, nach der vorgezogenen Bundestagswahl, wird der Grund für die Euphorie klar. Wer nämlich einen Wahlkampf auf aussichtslosem Posten führen kann, hat manchmal einen entscheidenden Vorteil. Mit der Aussicht auf den Sieg geht auch die Notwendigkeit verloren, zwischen den Wahlkampfphrasen einerseits, der bisherigen und zu erwartenden Regierungspolitik andererseits, einen plausiblen Zusammenhang herstellen zu müssen. Es eröffnet sich somit die Möglichkeit, von dem Verdacht befreit, die Wahlversprechungen hinterher nicht einhalten zu wollen, die Ressentiments der Klientel ungehindert bedienen zu können.

Ziel Nummer eins der Neuwahl-Kampagne war umgehend erreicht, denn es bestand in der Herstellung des wohldosierten Ausnahmezustandes, wie er in jedem Wahlkampf herrscht. Die Wirkung dieses Ausnahmezustandes verstärkt sich, wenn die Entscheidung zu Wahlen aus höherer staatspolitischer Notwendigkeit und am Rande der Legalität getroffen wird. (1)

Gegen den Geist - für die Dummheit:

Die sozialdemokratische Seele

Dieser nun eingetretene politische Ausnahmezustand hat dazu geführt, dass jegliche innerparteiliche Opposition in sich zusammengefallen ist. Eine Partei, in der sich Gemurre über den Kurs der Regierung regte und in der bereits laut über die Zeit nach Schröder nachgedacht wurde, konnte erfolgreich in das geschlossen auftretende Sprachrohr des Kanzlers zurückverwandelt werden, das sie normalerweise ist. "Entweder ihr stellt euch hinter mich oder wir verlieren die Wahl" - dies ließ sich die eben noch mit dem Kanzler hadernde Partei kein zweites Mal sagen. Der Grund, weshalb die Partei ein solch autoritäres Gehabe hinnimmt, ist wohl in der sozialdemokratischen Seele zu finden.

Die sozialdemokratische Psyche ist so beschaffen, dass selbst heftige Unzufriedenheit mit der Parteilinie keinen ernsthaften Loyalitätsverlust nach sich zieht. Mögen sie noch so viel über die Parteispitze und ihre Regierung nörgeln und murren, regelmäßig mit der ultima ratio drohen, die SPD-Mitgliedern zur Verfügung steht - dem Stimmentzug oder gar dem Parteiaustritt - im Augenblick der Gefahr stehen die Genossen zu ihrem Ober-Genossen. Denn das Schlimmste, was sich ein deutscher Sozialdemokrat vorstellen kann, ist eine Spaltung oder gar der Untergang der SPD, weil er dann allen Halt in der Welt verlieren würde. Die Treue zur SPD gründet nicht in erster Linie auf politischer Überzeugung, sondern auf der sozialdemokratischen Identität. Die Partei ist kein Verein, aus dem man

austritt, wenn einem die Linie nicht mehr passt, sondern eine große Ersatzfamilie. "Mitgliederpartei heißt auch Mitmachpartei. Mitmachpartei bedeutet: Gemeinsame Ziele in einer großen Gemeinschaft durchsetzen", heißt es in einem Flugblatt der SPD. Aus dieser Nestwärme im Partei-Kollektiv resultiert die Fähigkeit, jeden Verrat an den eigenen Überzeugungen zu überleben. Die SPD ist die älteste der deutschen Parteien, und das bedeutet, dass sie die einzige der Parteien ist, die alle Katastrophen des 20. Jahrhunderts locker weggesteckt hat und jeden opportunistischen Schwenk als Zugewinn an Realismus betrachtet. Voraussetzung für diese Flexibilität und unglaubliche Robustheit ist ein Bewusstsein, das sich gegen Erfahrung absichert, indem es keine Vergangenheit kennt und immer nur in die Zukunft blickt.

Ferkel, Heuschrecken und andere Volksfeinde.

Die Genossen glaubten tatsächlich, mit dem Ende der rot-grünen Regierung stehe auch das Ende der SPD als "Volkspartei" bevor; und auf das Ende der Volkspartei SPD folge unweigerlich die Invasion globalisierender Heuschrecken. Die "rote Heidi" Wieczorek-Zeul erhob die Wahl in den Rang einer "Schicksalswahl", in der das letzte Gefecht gegen die neoliberale Globalisierung geführt werde.

Das Kunststück, das die SPD vollbringen musste, bestand darin, die Parolen: "Gegen Sozialabbau" und die scheinbar entgegen gesetzte Parole "Für die Agenda 2010" in Einklang zu bringen. Ein Kunststück, das nur unter Aufbringung erheblicher Portionen deutschen Gemeinschaftssinnes und Irrationalismus gelingen konnte. Dass die deutsche Sozialdemokratie hierzu im Stande ist, hat sie schon im Anti-Amerika-Wahlkampf 2002 bewiesen. Dieses Mal gaben sich die Genossen alle Mühe, noch irrationaler, noch demagogischer und noch nationalistischer zu agieren. Zunächst konnte die SPD von der oben erwähnten Vergangenheitslosigkeit (die, wie noch zu sehen sein wird, die GRÜNEN mit der SPD teilen) profitieren. Die beiden Parteien führten den Wahlkampf so, als seien sie die letzten sieben Jahre in der Opposition gewesen und als sei die Agenda 2010 eine Erfindung nicht von Rot-Grün, sondern von Schwarz-Gelb. Mit Parolen wie "Für soziale Gerechtigkeit, gegen den sozialen Kahlschlag" präsentierte sich die SPD als eine Partei, die wieder "zur sozialdemokratischen Sprache zurückgefunden hat", wie ein Zeitungskommentator schrieb. Der Preis für diese wieder gefundene Treue zu den eigenen Überzeugungen ist aber der komplette Realitätsverlust und das Überschreiten von Hemmschwellen, die auch im Wahlkampf von Vertretern demokratischer Parteien üblicherweise eingehalten werden.

Wohl das erste Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte druckte eine der amtierenden Regierung nahe stehende Tageszeitung (die *taz*) Aufkleber, auf denen die Spitzenkandidatin der Opposition als ein das Vaterland verratendes Schwein karikiert wurde. Der projektive Charakter des auf einem der Aufkleber abgedruckten Spruches "Pfui Sozialabbau. Ferkel muss weg" wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die *taz* seit einem Jahrzehnt in ihrem Wirtschaftsteil nichts anderes tut, als eben die Einschnitte zu fordern, die sie jetzt anklagend der Union anlastet. Ein anderer Aufkleber zeigte Merkel mit Stahlhelm vor einer US-amerikanischen Flagge (und das in jener Zeitung, die zehn Jahre lang die Vorbereitung des Kosovo-Kriegs aktiv betrieben hatte). Es gibt nicht das geringste Indiz dafür, dass eine unionsgeführte Regierung sich am Krieg gegen das Baath-Regime beteiligt hätte, allenfalls hätte sie sich geschickt aus dem Konflikt herausgehalten. Wohl kaum allerdings hätte eine CDU-Regierung jene jeder Vernunft enthobene Friedenssehnsucht angefeuert, die sich in den Anti-USA-Aufmärschen Bahn brach. Die "Party im Irrenhaus" (Henryk M. Broder) wäre um einiges nüchterner ausgefallen; genau das ist es, was die *taz* Angela Merkel übel nimmt. Auf einer Wahlkampfkundgebung redete Franz Müntefering so, als wolle er praktisches Anschauungsmaterial für das oben wiedergegebene Adorno-Zitat liefern: "Die SPD hat noch nie Deutschland in einen Krieg geführt und es bleibt dabei". Und er wurde nicht ausgelacht, sondern beklatscht. Diese Lüge wird nun nicht deshalb geglaubt, weil die Erinnerung an den Überfall auf Jugoslawien ausgelöscht ist, sondern weil sie allzu präsent ist, wenn auch nur noch sehr ungern darüber gesprochen wird. Augenzwinkernd verständigt Müntefering sich mit seinem Anhang darüber, wie man den Jugoslawienkrieg zu betrachten habe. Erstens sei damals gar kein Krieg geführt worden (2), zweitens habe Deutschland den Krieg auch gar nicht gewollt, sondern sei schon damals von anderen Mächten dazu gezwungen worden, und zwar nicht nur von Jugoslawien, sondern auch von den USA (3).

Im Wahrheitsbegriff der deutschen Sozialdemokratie drückt sich ein Verhältnis zu den Tatsachen aus, wie es Hannah Arendt nach 1945 in Deutschland beobachtete und worin sie die bleibende Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda ausmachte: "Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen. (...) Die Lügen totalitärer Propaganda unterscheiden sich von den gewöhnlichen Lügen, auf welche nichttotalitäre Regime in Notzeiten zurückgreifen, vor allem dadurch, daß sie beständig den Wert von

Tatsachen überhaupt leugnen: Alle Fakten können verändert und alle Lügen wahrgemacht werden. Die Nazis haben das Bewußtsein der Deutschen vor allem dadurch geprägt, daß sie sie darauf getrimmt haben, die Realität nicht mehr als Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten wahrzunehmen, sondern als Konglomerat ständig wechselnder Ereignisse und Parolen, wobei heute wahr sein kann, was morgen schon falsch ist. (...) Man hat es hier nicht mit Indoktrination zu tun, sondern mit der Unfähigkeit und dem Widerwillen, überhaupt zwischen Tatsache und Meinung zu unterscheiden." (4)

Die Müßiggänger schiebt beiseite

Ebenso wenig, wie es für die SPD einen Widerspruch darstellt, vom Frieden zu sprechen, während die Bundeswehr Bombenangriffe auf Belgrad fliegt, oder die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Hizbullah konferiert, ist es ein Bruch mit den sozialdemokratischen Prinzipien, gleichzeitig die Erhaltung des Sozialstaates zu verlangen und mit Hartz IV Arbeitlose auszuhungern. Den Grund dafür findet, wer sich den Text der Parteihymne der SPD, der *Internationale*, durchliest: "In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,/ Wir sind die stärkste der Partei'n./ Die Müßiggänger schiebt beiseite,/ diese Welt muss unser sein./ Unser Blut sei nicht mehr der Raben/ Und der mächt'gen Geier Fraß./ Erst wenn wir sie vertrieben haben,/ scheint die Sonn' ohn' Unterlass."

Schon damals störten sich die Sozialdemokraten weniger an der Plackerei der Lohnarbeit, sondern an dem Müßiggang der Kapitalistenklasse. "[In Deutschland] hat eine seit ihren Anfängen völkisch und vaterländisch empfindende Sozialdemokratie stets die Illusion verbreitet, Wohlstand sei vor allem eine Frage des Charakters: Wo bescheidene, verantwortungsbewußte Unternehmer und fleißige, strebsame Arbeiter einander als Sozialpartner verbunden sind unter weiser, starker sozialdemokratischer Lenkung, muß die Wirtschaft florieren und keiner um seinen Arbeitsplatz fürchten, solange die Idylle nur erfolgreich gegen Spekulanten, Finanzhaie, raffgierige Schmarotzer und den kommunistischen Umsturz verteidigt wird. Nur allzu willig waren die deutschen Arbeiter bereit, das Recht auf Revolution gegen das Versprechen einzutauschen, das Vaterland gewähre ihnen ein Recht auf Arbeit, ein Recht, welches im Ursprung, im ersten Weltkrieg, schon kein Recht, sondern die Dienstverpflichtung gewesen war, ein Recht auch, welches auf die Freiheit hinausläuft, sich dem Zwang, dem man unterworfen ist, auch beugen zu dürfen, und welches daher zu jenen Erscheinungen der deutschen Geschichte gehört, für die man viele Ursachen angeben kann, aber keinen hinreichenden Grund." (5)

In den Diskussionen, die der Verkündung der "Agenda 2010" vorausgingen, machte Rudolf Scharping deutlich, dass die Sozialdemokratie auch Arbeitslose, die sich nicht genügend anstrengen, als Müßiggänger, welche es beiseite zu schieben gilt, anzusehen gewillt ist. "Es gibt kein Recht auf Faulheit" - gemeint waren arbeitsunwillige Sozialhilfeempfänger. Die Agenda 2010 ist gar kein Widerspruch zu den "sozialdemokratischen Werten", sondern deren konsequenter Ausdruck. Insofern hätte die Aufschrift "Für die Ein-Euro-Jobs, gegen den Müßiggang" ganz gut auf die Wahlplakate der SPD gepasst. Leider fiel die Parole niemandem ein, stattdessen plakatierte die Partei, an die Nazi-Parole "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" anknüpfend: "Für den Gemeinsinn, gegen die Gier". Dies hatte den Vorteil, dass der Betrachter sich aussuchen konnte, ob zur Rettung des deutschen Nationalsozialstaates faule Arbeitslose, polnische Schwarzarbeiter, fiese "Heuschrecken"-Kapitalisten oder alle drei "beiseite" zu schieben sind.

Ohne Führer keine Gemeinschaft

Wer die vom Ressentiment gegen "die da oben" Besessenen zur Gefolgschaft zwecks Erringung der Macht im Staat organisieren möchte, muss sich zwangsläufig als "Mann aus dem Volk" inszenieren; eine Rolle, die Schröder, selber ein Aufsteiger "von ganz unten", bekanntlich ganz hervorragend zu spielen weiß. Die in Wahlkämpfen übliche und oft beklagte Personalisierung steigerte sich bei den Sozialdemokraten zum Personenkult um den Kanzler, der gleichzeitig als Staatsmann und Volkstribun präsentiert wurde. Auf den Wahlplakaten der Bundes-SPD gab es neben Parolen nur ein einziges Bild: Schröder, Schröder und nochmals Schröder in verschiedenen Posen, jeweils passend zu dem daneben abgedruckten Satz. Einmal Schröder, den Betrachter fixierend, "Kraftvoll, mutig, menschlich", einmal Schröder in Feldherrenpose "Wer Frieden will, muss standhaft bleiben", dann wieder Schröder als Volksredner im offenen Hemd, mit geballter Faust in ein Mikrofon redend und von unten fotografiert: "Wer Gerechtigkeit will, muss das Soziale sichern".

Ein bekanntes deutsches Sprichwort besagt "Schadenfreude ist die schönste Freude" und drückt, wenn auch affirmativ, so doch präzise eine hierzulande verbreitete Stimmungslage aus. Unfähig, eigene Erfolge zu genießen, empfindet der Schadenfrohe die Demütigung des anderen als die tiefste Befriedigung. Sogar Jürgen Elsässer fühlte sich angesichts Schröders Häme gegenüber Angela Merkel an die Nazis erinnert: "Es ist politisch unfair, aber atmosphärisch naheliegend: Eine solche

wahnsinnige Siegestrunkenheit im Angesicht schwerer eigener Verluste gab es zuletzt im Sportpalast, als Goebbels sprach. ‚Wollt Ihr den totalen Kanzler?' - auf diese Frage hätte das fanatisierte Parteivolk mit Ja gebrüllt. [...] In der SPD sind die demokratischen Strukturen einem Verhältnis von Führer und Gefolgschaft gewichen" (*jW*, 20.9, Rechtschreibung etc. im Original). Und Frank Schirrmacher attestierte in der *FAZ*: "Eine fassungslose Nation spürte zum ersten Mal, wie es sein könnte, wenn einer kurzerhand die demokratischen Regeln außer Kraft setzen will. (...) vorgestern abend (hat Schröder) bewußt oder endorphingesättigt für einige Momente die Rolle des charismatischen Herrschers gespielt, der auf eine Zustimmung bauen kann, die gleichsam noch höher, noch substantieller als das Wahlergebnis selber ist." (*FAZ*, 20.9.05)

Wahlplakat mit dem Durchhalte-Kanzler

Schröder, der Volkstribun

Kaum waren am Wahlabend die ersten Prognosen gesendet, steigerte die SPD die autoritäre Rebellion gegen die Opposition bis an die Grenze zum Putschismus. In seinen Auftritten am Wahlabend präsentierte sich der Kanzler als mit allen Wassern der Demagogie gewaschener Volkstribun. Insbesondere die *Elefantenrunde* in der ARD sorgte für einige Aufregung. Nachdem der Moderator Schröder mit den Worten "Sie sind ja noch Bundeskanzler" ansprach, verlor der Kanzler die Fassung. Er pöbelte Merkel, Westerwelle, Stoiber und die Moderatoren an und ent-wikkelte die Argumente, mit denen die SPD in den folgenden Tagen ihren Machtanspruch trotz verlorener Wahl begründen sollte. (6)

1 Der Kanzler als einsamer, von Feinden umstellter Kämpfer für die Gerechtigkeit hat es mit Hilfe seiner treuen Gefolgschaft noch einmal geschafft, den für übermächtig gehaltenen Gegner in die Schranken zu weisen: "Wir haben etwas erreicht, was viele der professionellen Beobachter für völlig unmöglich gehalten haben. Aus einer angeblich heillosen, defensiven Situation hat die SPD mit Hilfe wacher Bürger das Ergebnis gewendet. Ich bin stolz auf die Menschen in unserem Land, ich bin stolz auf eine demokratische Kultur, die bewiesen hat, dass Medienmacht und Medienmanipulation das demokratische Bewusstsein nicht erschüttert," (dieses und die folgenden Zitate sind O-Ton Schröder vom Wahlabend und dem folgenden Tag). Hat er zwar die Wahl nicht gewonnen, so sei er doch ihr "moralischer Sieger", weil er die Übermacht der Medien gegen sich gehabt habe.

2 Es habe neben der tatsächlichen noch eine zweite, heimliche Wahl stattgefunden (nämlich in den eben noch gescholtenen Meinungsumfragen), aus der er, Schröder, als Sieger über Angela Merkel hervorgegangen sei. Deshalb müsse solcher Kleinkram wie die Mehrheitsverhältnisse auch einmal hintanstehen: "Gucken Sie sich doch einmal an, was den Aufholprozess in dieser Gesellschaft im Wahlkampf wirklich verursacht hat, das war doch neben dem inhaltlichen Vergleich auch ein Vergleich der handelnden Personen und deswegen kann es doch hier nicht darum gehen, irgendwelche Machtansprüche aus formalen Gründen zu erheben, so sehr sie Ihnen auch nahe sein mögen. Das wird nicht akzeptiert werden."

3 Nachdem er damit das Wahlergebnis zur irrelevanten Bagatelle erklärt hatte, stellte er sich als der starke Mann dar, der als einziger in der Lage ist, das drohende Chaos und den Untergang der Nation abzuwenden. Ich oder die Sintflut: "Niemand außer mir ist in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden." Das ist eine *self-fulfilling prophecy* und es steckt die offene Drohung darin, den Versuch der

Union, eine solche stabile Regierung zu bilden, zu hintertreiben.

4 Er und seine Partei haben den Willen zur Führung bekräftigt; dieser Wille ist kein bloß subjektiver, sondern resultiert aus dem Auftrag einer höheren Macht, des Volkes oder des Schicksals: "Unsere Aufgabe ist es, diesen erklärten Willen unserer gesamten Partei umzusetzen". Er leitet also seinen Machtanspruch aus dem Willen seiner Partei ab - darin drückt sich der Putschismus aus.

Weil er, Schröder, der vom Schiksal berufene Kanzler ist, ist die Opposition zur Gefolgschaft verpflichtet und muss auf ihre Ansprüche verzichten, da sie sich ansonsten der staatspolitischen Verantwortung entziehen würde. Nicht die CDU/CSU sei die stärkste Partei, sondern vielmehr die SPD, da die Unionsparteien zwei Parteien seien. Daher stehe der SPD der Kanzlerposten in einer großen Koalition zu. Dass die Union diesem Deal zustimmen müsste, unterschlägt Schröder.

6 Ganz im Stile Jörg Haiders, der, wenn er mit Kritik konfrontiert ist, in einem nebensächlichen Aspekt einen Rückzieher macht, den hauptsächlichen Angriff aber noch verschärft, "bedauerte" auch Schröder seinen Auftritt einige Tage später. Er habe den Moderator nicht der "parteiischen Berichterstattung" bezichtigen wollen. Sein Auftritt sei aber "ehrlich gewesen", so Schröder. Genau das ist es, was der Anhang eines charismatischen Führers immer gerne hört.

Demokratische und plebiszitäre Herrschaft

In den nächsten Tagen konnte man an den SPD-Funktionären studieren, wie es ablaufen könnte, wenn die demokratisch legitimierte, auf dem Kompromiss zwischen den Machtgruppen basierende Herrschaft von einer plebiszitären, auf Befehlen beruhenden Form abgelöst würde; und zwar von einer sicheren Warte, da nicht ernsthaft zu befürchten ist, dass der Machtwahn der SPD sich durchsetzt, sondern die Frage nur ist, wie lange es dauern wird - Tage oder doch Wochen - bis der Wahn an der Realität zerschellt und auf den Machtanspruch verzichtet wird. Solange bis das passiert, dürfen die unteren und mittleren Parteichargen, angeführt von Müntefering, ein bisschen Staatsstreich spielen. Ihr Auftreten und ihre Physiognomie bleiben davon nicht unberührt. Wer den zackigen Offizierston gehört hat, den Müntefering am "Tag danach" auflegte, oder den, mit dem Ludwig Stiegler sekundierte: "Wir haben einen Kanzler, alle anderen sind nur Würstchen" (7), oder, wer die auftrumpfende Geste beobachtet hat, mit der alle möglichen Hinterbänkler die Worte des Kanzlers und des großen Vorsitzenden wiedergaben, hat eine Vorstellung davon.

Wie es um die sozialdemokratische Seele nach diesem Wahlkampf bestellt ist, formulierte auf geniale Weise Sigmar Gabriel. "Es gibt in der SPD ganz viele, die nun sicher sind, dass Schröder auch über Wasser laufen kann. Und ich bekenne freimütig: Ich gehöre dazu." (8) Schröder ist jenes "höhere Wesen", das die Partei aus dem Elend schlechter Umfrageergebnisse erlöste, jenes "höhere Wesen" dessen Existenz in der zweiten Strophe der *Internationale* noch vehement bestritten worden war. Mit diesem neuen Heiland an der Spitze steht der deutschen Sozialdemokratie wohl noch eine große Zukunft bevor. ■

Anmerkungen:

(1) Das ist keine Lappalie; das Grundgesetz erlaubt es dem Bundestag nicht ohne weiteres, seine Auflösung zu beschließen. Es muss dafür einen triftigen Grund geben, nämlich einen Zustand, in dem es der Regierung unmöglich ist, die Regierungsgeschäfte weiter zu betreiben. Die Opposition, der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht gaben sich alle Mühe, den Vorgang zu legalisieren. Anders die SPD, deren Vorsitzender im Bundestag am 1.7. die Fiktivität des Vertrauensverlusts offen eingestand. Müntefering sprach: "Versuchen Sie doch einmal, ein konstruktives Misstrauensvotum zu beantragen. Dann werden Sie sehen, dass die Fraktion der SPD hinter dem Kanzler steht."

(2) Man erinnere sich an die folgenden Sätze aus Schröders Kriegserklärung vom 24.3.99: "Wir führen keinen Krieg, sondern setzen eine Friedenslösung mit militärischen Mitteln durch."

(3) Man denke an Schröders Zigarrenlüge; er behauptete, Bill Clinton habe ihm eine Zigarrenlänge Zeit gegeben, zu entscheiden, ob er den Krieg wolle oder nicht

(4) Hannah Arendt: Besuch in Deutschland. In: Zur Zeit, politische Essays, Berlin 1986, S.47f.

(5) Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit, Hamburg 1991, S. 31.

(6) Hinter dieser Pöbelei vermutete Jürgen Elsässer die bewusst verfolgte Strategie, Angela Merkel als nicht schlagfertig genug vorzuführen (anders als der Moderator konnte sie Schröder nicht Paroli bieten) und sie damit als Bundeskanzlerin unmöglich zu machen. Das ist ein Gedanke, der durchaus einige Plausibilität hat.

(7) Zitiert nach: Die Zeit, 22.9.05

(8) ebd.

Wirklicher und unwirklicher Antisemitismus

Der "Fall Martin Walser": a never ending story

DIRK LEHMANN

Es ist ein Leichtes, den pöbelhaften Radau obskurer (Rasse-)Antisemiten vom Schlage eines Eugen Dühring, Theodor Fritsch oder Wilhelm Marr in ihren Publikationen, Schmähreden und sonstigen Anstößigkeiten als eben antisemitisch aufzuweisen. Indes gerät die Auseinandersetzung mit dem zumal noch zu belegenden Vorbehalt, ja Ressentiment gegenüber den Juden, geachteter Schriftsteller oftmals quälend und mündet nur allzu regelmäßig in der Frage, ob der betreffende Urheber, der gewiss mindestens einen Juden zu seinem Freundeskreis zu zählen weiß, tatsächlich Antisemit ist und wie die inkriminierten Stellen *wirklich* zu verstehen sind. Der "Fall Richard Wagner", den der Heidelberger Germanistik-Professor Dieter Borchmeyer seit Jahr und Tag sinn- wie erfolglos vom Vorwurf des Antisemitismus zu befreien sucht, unterscheidet sich letztendlich nicht grundlegend vom "Fall Rainer Werner Fassbinder", dessen Theaterstück über Stadt, Müll und Tod immer mal wieder Anlass gibt, gegen den vermeintlichen Zeitgeist anzudenken. Dabei sind die Ergebnisse biographischer Annäherung wie auch philologisch-kritischer Textexegese von Leben und Werk der einschlägigen Literaten, Gelehrten und Künstler eindeutig: "Judenbilder transportieren stereotype Ressentiments, affirmieren Feindbilder, und dies in besonderem Maße, wenn die negativen Judenbilder Bestandteil erstklassiger Literatur, die Autoren renommiert sind." (Wolfgang Benz)

Der "Fall Martin Walser"

Spätestens seit 1998 gibt es einen weiteren Fall von Auseinandersetzung mit dem Judenbild eines geachteten Schriftstellers, an dem recht anschaulich beobachtet werden kann, wie peinigend akribische Analyse und hermeneutische Strenge mitunter geraten können.

Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels hält Martin Walser, um dessen literarisches und essayistisches Werk es hier geht, seine als Selbstgespräch inszenierte Rede über die *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede*. Martin Walser, der "es geschafft (hat), in jeder Phase der bundesrepublikanischen Entwicklung als 'bad guy' dazustehen", so genussvoll der handzahme Haus- und Hofbiograph des Geehrten, Jörg Magenau, in der *taz* vom 23.09.2005, empfiehlt sich, unter stehenden Ovationen fast der gesamten Festgesellschaft, auch mit dieser Stellungnahme als Kreuz- und Querdenker der Republik. Anlass, Applaus zu spenden, geben Passagen wie die folgende: "Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, dass die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, dass sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern"? Ausgehend von diesem knappen Abschnitt aus der Festrede des Preisträgers lassen sich Teile des Weltbildes Walsers rekonstruieren. Walser geht von einem eigentümlichen Dualismus zwischen den "Intellektuellen", die via Medienmacht die NS-Vergangenheit vorhalten, und einem passiv erduldenden "Wir", dem diese vorgehalten wird, aus. Mit ihrem "Erinnerungsdienst" versuchen die schon mal als "Gewissenswarte" oder auch "Meinungssoldaten" vorgeführten "Intellektuellen" sich, laut Walser, der historischen Last zu entledigen, die Seite der Täter zu verlassen.

Für den Preisträger hingegen steht unverrückbar fest, diese Seite, i.e. die "Seite der *Be*schuldigten" niemals verlassen zu können. Dies darf allerdings nicht als ein spätes Schuldeingeständnis missverstanden werden. Vielmehr kommt in solchen Auslassungen des Dichters sein nationalvölkisches Deutungsmuster zum Ausdruck. In einem früheren Essay aus dem Jahr 1965, veröffentlicht unter dem vielsagenden Titel *Unser Auschwitz*, findet sich eine Passage, die dieses Muster näher erläutert: "Wenn aber Volk und Staat überhaupt noch sinnvolle Bezeichnungen sind für ein Politisches, für ein Kollektiv also, das in der Geschichte auftritt, in dessen Namen Recht gesprochen und gebrochen wird, dann ist alles was geschieht, durch dieses Kollektiv bedingt, dann ist in diesem Kollektiv die Ursache für alles zu suchen. Dann ist keine Tat mehr bloß subjektiv, dann ist Auschwitz eine großdeutsche

Sache. Dann gehört jeder zu irgendeinem Teil zu der Ursache von Auschwitz. Dann wäre es eines jeden Sache, diesen Anteil aufzufinden". Das "Volk" also ist die letzte Ursache allen Geschehens. Subjektives Handeln erscheint nur als solches, ist in Wahrheit durch und durch vom "Volksganzen" her bestimmt, ja bloßer Ausdruck völkischer Einheit. Demnach hat jedes Glied seinen Anteil an der Geschichte des Kollektivs. Auschwitz ist für Walser ganz und gar deutsche Tat, darum *unser* Auschwitz. Die hier aufgestellte Forderung, Auschwitz als Selbstverhältnis zu begreifen, hat mit einem dialektischen Geschichtsverständnis aber nur sehr wenig zu tun. Das "Selbst", von dem Walser hier redet, ist ein deutsches "Wir-Selbst", das sich durch die gemeinsame Tat konstituiert. "Volk", "Heimat" und "Nation" bilden ontologische Substanzen, denen sich niemand entziehen kann. Nachgerade auf der Hand liegt, dass in diesem "Tätervolk" für eine Gruppe kein Platz ist: denn, wo Kollektivität rein negativ vermittelt ist durch die Tat, da bleiben die Opfer notwendig außen vor. Die deutsche Nation konstituiert sich erneut gegen die Juden. Zwar leugnet Walser Auschwitz keineswegs, aber er macht es zu einer "großdeutschen Sache", die allein durch die substanzielle Kollektivität begriffen und "bewältigt" werden kann.

Deutsche und Möchtegernopfer

An anderer Stelle seiner Preisrede gibt Walser den aufmerksam-einfühlsamen Zuhörer und Analysten. "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie noch nie zuvor. Wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, dass öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken". Walser spricht jeder Form des öffentlichen Gedenkens, ja bereits der Darstellung seine beziehungsweise ihre Ernsthaftigkeit ab. Als öffentliches ist es lediglich seinsvergessener und volksfremder Ausdruck der Vorhaltung durch sauertöpfische und miesepetrige Opfer und Möchtegernopfer. Schließlich sind es doch gerade sie, die in ihrer Urteilskraft nur zu beschränkt sind. Aufnehmen, behalten und tragen können nur die Deutschen, noch mal: unser Auschwitz. Sie waren im Gegensatz zu den Juden fasziniert vom Nationalsozialismus und haben ihn bis zum Untergang verteidigt. Schönes Erinnern ist deutsche Kernkompetenz. Literarisch verbrämt heißt das dann bei Walser, im Gespräch mit Ignaz Bubis: "Darf ich ihnen mal einen ganz riskanten Satz von Jakob Taubes vorlesen, diesem *jüdischen* Religionsphilosophen...: Es ist kein Geheimnis, dass ich Jude bin... und das bringt für mich einige Probleme mit sich, überhaupt in deutschen Landen. Konträr zu dem, was viele tun, bringt mich das in die Lage, mich des Urteils zu enthalten. (...) Wer keine Wahl hat, ist auch im Urteil eingeschränkt. Das heißt, er kann nicht beurteilen, was die Faszination anderer ist, die *stolpern*, die *rutschen*, die wollen, die *fasziniert* sind"

.

In solchen Auslassungen liegt aber ein Element von "Wahrheit", insofern als Walser dem "Leid des deutschen Volkes" zur Sprache verhilft. Hieraus gewinnt er seine Stärke. Zuhauf finden sich Passagen, nicht allein in seiner Sonntagsrede, in denen es um das vermeintliche Trauma der Deutschen geht, um die Deutschen, die sich abgeurteilt fühlen und sich als Verlierer der Geschichte begreifen. Beständig kreist Walser um das Sentiment der kleinen Leute, nämlich zu den Opfern von Krieg und Vertreibung zu zählen und in diesem Opferstatus doch keinerlei Anerkennung zu finden. Seine Reden versprechen Linderung. Noch dazu, wo er im "Volk" lediglich eine verführbare Masse erkennt.

Über die Deutschen urteilt er: "Fromm und lenkbar. Deshalb auch zum Schlimmsten verführbar. Das heißt aber, glaube ich, dass wir auch zum Besten verführbar wären". In dem Satz, den der Festredner vor "Kühnheit" zitternd seinem Publikum aufsagte, bündelt sich vermutlich ein guter Teil der Abwehrhaltung der sich vernachlässigt, übergangen und verführt Fühlenden: "Aber in welchen Verdacht gerät man", spekuliert der Redner kühn und ängstlich, "in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft"? - "Moralkeulen", "Gewissenswarte", "Instrumentalisierung zu gegenwärtigen Zwecken". In solchen Wendungen erkannte der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, der die Sonntagsrede in der Paulskirche hörte und als einziger dem Festredner den Beifall verweigerte, seinerzeit zu Recht "geistige Brandstiftung". Mit Walser nahm einer der führenden bundesdeutschen Schriftsteller Begriffe, Behauptungen und Anschauungen, die zuvor fast ausnahmslos in den Gazetten und Schmierblättern der extremen Rechten zu finden waren, in den honorablen Diskurs auf.

Ein denunziatorisches Buch mit inquisitorischer Akribie

Noch einmal dramatisiert wird der "Fall Martin Walser" im Jahr 2002 mit der Veröffentlichung seines "Schlüsselromans" (*Tod eines Kritikers*), so Elke Schmitters im *Spiegel* vom 5.09.2005. In diesem phantasiert Walser nur zu offensichtlich über die Ermordung Marcel Reich-Ranickis und bedient sich dabei freizügigst antisemitischer Klischees. Spätestens seit diesen Ereignissen stehen Walsers Äußerungen sogar beim *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher unter Verdacht; eine philologisch-kritische Exegese seines Oeuvres, das sich nicht allein auf Literarisches beschränkt, sondern auch Beiträge für Rundfunk und Fernsehen, Rezensionen, Hörspiele und Theaterstücke zu zeitpolitischen Themen umfasst, blieb bislang Desiderat. Matthias N. Lorenz legt nun mit seiner Dissertation "*Auschwitz drängt uns auf einen Fleck.*" *Judendarstellung und Antisemitismusdiskurs bei Martin Walser* (J.B. Metzler Verlag, Stuttgart 2005, 560 Seiten, 50 Euro) eine Arbeit vor, die den Nachweis führt, dass weder *Sonntagsrede* noch der *Tod eines Kritikers* Betriebsunfälle in Walsers umfangreichem Werk sind, sondern dass dies vielmehr "tatsächlich und zwar von Anfang an, von antisemitischem Ressentiment durchzogen ist" (Micha Brumlik in der *Frankfurter Rundschau* vom 8.09.2005).

Salonantisemit Walser

Mit der Publikation hat der Doktorand eine öffentliche Erregung hervorgerufen, die fast an die Wallungen deutscher Historiker, Publizisten etc. zu Zeiten Goldhagens *Hitlers willige Vollstrecker* erinnert. Wo damals die Rede von einem schlichtweg schlechten und methodisch nicht haltbaren Buch, manchmal auch einfach das Wort von einem jüdischen Scharfrichter, war, da spricht man heute von einem "in Aufbau und Umfang monströse(n), im Gehalt denunziatorische(n) Buch", das auf "wissenschaftlich indiskutable Weise" argumentiere, so der bereits erwähnte Germanist und Wagnerfreund Borchmeyer in der *Süddeutschen Zeitung* vom 23.08.2005. Ulrich Greiner schimpft in der Zeit (1.09.2005) über eine "Fleißarbeit mit 1660 Fußnoten", die mit dem "Auge des Verdachts" Walsers Werk "durchpflügt" und, was Wunder bei so viel unterstellter Voreingenommenheit, "überall hässliche Spuren" findet. In der *taz* vom 23.09.2005 darf der servile Biograph, Jörg Magenau, ganz gegen den Zeitgeist der "Anti-Antisemitismusfraktion", über Lorenz' "inquisitorische Akribie" fabulieren. Lorenz zählt wohl nun zu jener Gattung zwar "sportiver" aber doch "pedantischer Sprach-Inspektoren". Einen notorischen Querdenker wie Walser ficht dies aber nicht an. "Kann es sein", fragt Magenau schließlich, "dass Lorenz' Befund weniger dem Werk Walsers als der Brille geschuldet ist, mit der es betrachtet"? Andere halten dem Doktoranden einen "Tunnelblick" vor, der "Entlastungsmomente" ausspare, so Roman Bucheli in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 13.09.2005. Lorenz verfehle damit den "Grundkonflikt" Walsers: "eine nie verwundene, weil angesichts der übrigen Opfer unstatthafte Verletztheit".

Ein wahrer Freund Victor Klemperers

Solcherlei Vorwürfe sind so wenig einfallsreich, wie sie witzlos sind.

Immer wieder trifft die kritische Analyse antisemitischer Phänomene im Schaffen respektabler Gelehrter, Literaten und Künstler solcher Vorhalt. Von ganz anderer Qualität ist hingegen das Urteil, zu dem die Fachwissenschaftler kommen, so sie sich nicht primär als Spezialisten ihrer Disziplin äußern, sondern als Deutsche. In den Augenblicken anschwellender Erregung finden sich dann einige - gelinde gesagt -interessante Blüten darüber, was deutsch ist.

Hellmuth Karasek nimmt in der *Welt* vom 30.07.2005 seine Leser mit auf eine Erinnerungsreise in die 1960er Jahre, eine Zeit, in der Walsers Argumentationsmuster ihm noch nicht so verfestigt erscheint. Karasek wagt den Versuch, Walsers frühe Arbeiten zu kontextualisieren und nennt daraufhin Lorenz' Ergebnisse als "aus dem politisch gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen". Auch wenn Karasek hier eher verdruckst suggeriert, Walser habe sich vom Furor der 68er, das heißt ihrer "antizionistischen Terroristenbewunderung", mitreißen lassen, um ihn so zumindest ein wenig zu retten, so liefert er an anderer Stelle doch einen wertvollen Hinweis auf Walsers Laudatio anlässlich der posthumen Verleihung des Geschwister-Scholl-Preises an Viktor Klemperer. Genau diese Rede nämlich dient Dieter Borchmeyer als letztgültiger Aufweis, dafür, dass Walser, dem die Publikation der Tagebücher Klemperers "zu verdanken" ist, gar kein Antisemit sein könne. Der Beweis: im Anschluss an die Rede umarmte der Neffe des Verstorbenen, Peter Klemperer, Walser und bekannte, frei nach Borchmeyer: "So wie Walser seinen Onkel geschildert habe, sei er wirklich gewesen. Seither stehen Walser und Peter Klemperer in freundschaftlicher Verbindung". Der alte Trick klappt noch immer. Von irgendwoher taucht immer noch ein jüdischer Freund auf, der den schlagenden Beweis für die Unschuld des Gescholtenen liefert. Die Anspielung aber reicht Borchmeyer nicht aus. Mit aller Deutlichkeit stellt er Klemperer jun. und Walser als den "anscheinend nichtsahnende(n) Jude(n) und de(n) neuerdings entlarvte(n) Antisemit(en)" vor, um schließlich Walsers Unschuld zu beweisen. Tatsächlich ist dieser voll des Lobes ob der biographischen Leistungen Viktor Klemperers. Interessant aber ist, was der Laudator hervorhebt. Anhand der "Klemperer-Geschichte" soll sich nämlich zeigen, "dass das deutsch-jüdische Verhältnis nicht in Auschwitz hätte enden müssen. Es hätte unvorstellbar harmonischer verlaufen können". Das "Wie" ist bei Walser dann von bestechender Einfachheit: wären die Juden nämlich nur dem Beispiel Klemperers gefolgt, hätten sie nur von ihrem Judentum abgeschworen, sich voll und ganz assimiliert, es wäre heute nicht von "unserer Schande" zu reden. Walser, wie nach ihm Borchmeyer, werden den Juden Auschwitz wohl nie verzeihen.

Braune Stelle auf deutscher Oberfläche

Überboten wird solcherlei Nonchalance einzig noch von Ulrich Greiners fast schon obszöner Freizügigkeit. Im bereits zitierten *Zeit*-Artikel schreibt er ernsthaft: "Wer lange genug an der Oberfläche eines durchschnittlichen Deutschen kratzt, muss sich nicht wundern, wenn er irgendwann eine braune Stelle findet. Das bedeutet aber nicht viel. Walser hat an keiner Stelle seines Werks getrennte Parkbänke gefordert. Er ist ein Deutscher und legt Wert darauf, es zu sein. Das schließt gemischte und heikle Empfindungen naturgemäß ein. Wer sich aber vor Augen hält, was der wirkliche, der aggressive Antisemitismus, wie man ihn bei radikalen Muslimen oder auf der äußersten Rechten findet, zu bewirken vermag, der kann das Antisemitismusspiel nur erbärmlich finden". Dass Walser und mit ihm die ganz gewöhnlichen Deutschen nun gleich mit Sprengstoff und Brandsätzen bewaffnet gegen jüdische Einrichtungen zu Felde ziehen, das hat weder Lorenz noch sonst irgendwer behauptet. Warum seine Verteidigungsrede so gerät, weiß vielleicht nur der Greiner selbst.

Allerdings stellt sie dem Literaten, wie auch dem Volk, in dessen Namen er schreibt, ein Zeugnis aus, dessen Offenherzigkeit nur dankbar zu nennen ist. Von nun an wird man wohl unterscheiden müssen zwischen einem "wirklichen Antisemitismus", der ganz schlimm und ganz aggressiv ist, und einem naturgemäßen, durchschnittlich deutschen, der angesichts brennender Synagogen im Gaza-Streifen "erbärmlich" und bedeutungslos ist. Dass es einen Zusammenhang zwischen dem von der 68er Linken beeinflussten Antisemitismus Martin Walsers und dem "aggressiven Antisemitismus" "radikaler Muslime" geben könnte, verdrängt Greiner. Antisemiten - das sind bloß die Anderen. In dieses Horn stößt schließlich auch der erwähnte Jörg Magenau, insofern als er sich für die Debatte um Walser und vermutlich auch für all die anderen zahlreichen Antisemitismus-Debatten wünscht, den "Oberbegriff ‚Antisemitismus' ersatzlos (zu) streichen".

Was an solchen Äußerungen angesehener Literatur- und Kulturwissenschaftler überrascht, ist weniger der Umstand, dass sie einmal mehr aus Überzeugung statt aus Vernunft handeln. Das ist seit Richard Wagners berühmt berüchtigtem Wort, nach dem Deutschsein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, bekannt. Überraschen könnte vielmehr, wie pudelwohl sich deutsche Ressentiments in den Redaktionsstuben liberaler Zeitungen fühlen. Man sieht dem deutschen Liberalismus die Beschädigung an, die der Nationalsozialismus an ihm hinterlassen hat. ■

Die Protokolle der Weisen von Hollywood

Christoph Türckes *affirmative turn*

FABIAN KETTNER

Der gewagte Denker ist philosophisch bewandert und vermag damit zu beeindrucken und einzuschüchtern, weil die Unbelesenen glauben, die philosophisch Gebildeten hätten sich etwas angeeignet, was anderen nicht zugänglich sei. Denn ihnen allen gilt Philosophie als Schatz, nicht als Entwicklung der Gedanken, die jeder in sich trägt. Sie tragen die Dialektik der Philosophie als Einheit von Herrschaftswissen einerseits und Ausgang aus Unmündigkeit andererseits nicht aus.

Das gewagte Denken traut sich was, aber es bricht keine Tabus. Der gewagte Denker ist kein "Querkopf". Querköpfe waren anfangs friedensbewegte Pastoren und von der Theologie kommende Papst-Kritiker. Sie moralisierten und klagten Heuchelei an. Damit standen sie gut erkennbar im Licht des Humanismus. Der gewagte Denker aber sucht das Abseitige. Inzwischen ist jeder ein Querkopf, (Vgl. Hecht 1997) doch damit lässt sich keine Distinktion erzielen. Für einen Querkopf ist das gewagte Denken qua akademischen Werdeganges nicht nur zu gebildet, sondern auch zu klug. Dies gilt für Linke noch mehr, denn diese müssen sich auf Grund ihres Stallgeruchs wesentlich mehr anstrengen, um Anerkennung zu erlangen. Anders als Rechte wie bspw. Ernst Jünger, der auch bei Abwesenheit literarischen Talents gefeiert wurde und brav die Pose einnahm, für die andere ihn verehrten; anders als Rechte werden Linke nicht von dem profitieren, was sie für andere nur vorbereiten durften, indem sie sagten, was andere sich angeblich nicht trauen durften. Zurecht ist man von der Linken angeödet und angewidert, aber man hält auch auf Distanz zu offensichtlich rechten Positionen. Stattdessen liebäugelt das gewagte Denken mit einer konservativen Haltung und mit der der Geistesaristokratie in Geschmack, Kleidung und Pose für den Fotografen. Man hält Äquidistanz.

Die gewagten Denker verstoßen gegen ihre ideologische Herkunft. Sie sind Renegaten gegen ihre Zunft, indem sie sie übertreffen wollen. Kommen sie von rechts, kokettieren sie mit revolutionären Ideen, mit Vorstellungen von Umsturz, die einer alten Mär zufolge dem autoritären Charakter widersprächen. Kommen sie von links, sehnen sie sich nach der Chimäre eines "echten Konservatismus". Sie möchten nicht sehen, dass bei den Linken die Idee gegen eben diese, gegen ihre Theorie und Praxis, noch zu retten ist - bei den Rechten hingegen nicht. Weil die Linke versagte, will man nicht nur von *ihr* nichts mehr wissen, sondern auch gleich von dem Vorhaben, eine "vernünftige Gesellschaft" (Adorno) herbeizuführen. Weil man an einer vernünftigen Gesellschaft nicht interessiert ist, weil in ihr die Pose, die man pflegt, nicht mehr gefragt wäre, deswegen zeigt man mahnend bis herablassend auf die Linke und ihr Versagen.

Christoph Türcke, Jahrgang 1948, ist gegenwärtig Professor für Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig und Privatdozent am Philosophischen Seminar der Universität Leipzig. Er galt lange als fähiger Schüler der Kritischen Theorie und als scharfer Kritiker. Andere, Klügere, freilich erkannten in ihm bereits früher die "Charaktermaske des objektiven Unfugs" (Schenk 1984, S. 120), die er ist. Seine stetig wiederholten und immer weiter eingekochten Parforceritte durch die Philosophiegeschichte, stets wie aus dem kleinen Störig abgeschrieben, aber mit marxistischem Standpunkt, seine oberflächlichen Einlassungen zur Kritik der politischen Ökonomie, v.a. aber sein angedrehter Ton, der stets gellte, hier künde einer Unerhörtes, haben inzwischen ein neues Stadium erreicht.

Eine "ausschließlich an Marx geschulte Urteilskraft" (2002, S. 318) tauge nicht, wie er mit einem Zitat der *Marxistischen Gruppe* (MG) zu belegen weiß. Veraltet sei am Marxschen Werk die objektive Arbeitswerttheorie, welche sich in ihm zwar nicht finden lässt, die Türcke aber dort entdeckt zu haben meint (vgl. ebd., S. 281). Ebenso sei die bürgerliche Nationalökonomie veraltet, mit der Türcke jedoch darin konform ist, den Kapitalismus auf Grund der von ihm erpressten Innovationsfreude im Ganzen zu legitimieren (vgl. ebd. S. 306), genauso wie der Marxismus, von dem Türcke sich absetzen will. Stattdessen hat er nun mit den Postmodernen, sowie diversen Theoretikern der *no globals* ein gemeinsames Projekt.

War es bislang eine seiner Pointen, das unbedingte Heilsversprechen der Theologie gegen den sozialtechnologischen Revolutions- und Kommunismusgedanken des Marxismus hochzuhalten und so deren Gemeinsamkeit mit Marx und Kritischer Theorie herauszustellen (vgl. 1983, 1984, 1990b), so tadelt er nun letztere genau deswegen für ihre "infantile Allmacht der Gedanken" (2002, S. 303). Der sozialistischen wie der theologischen Vision sei eine "krasse Fehleinschätzung des Machbaren" (ebd., S. 309) gemein: "sie lassen sich nicht realisieren" (ebd., S. 305). Wo man sich an dieser Realisierung doch versuchte, sei das schlechte Wesen der Idee folgerichtig zur Erscheinung gekommen (vgl. ebd. S. 304). Stattdessen spricht er, der früher Adornos so genannte Praxisverweigerung verteidigte (vgl. 1990a, 1992), sich nun für die Zapatisten und für Naomi Kleins *No Logo!* aus, dessen Gedankenarmut er früher nur zerlegt hätte, für *Greenpeace* und für das von Pierre Bourdieu formulierte "Gegenfeuer" der NGOs (vgl. 2002, S. 315ff.). Seine Gedanken decken sich erstaunlich weitgehend mit denen der *no globals*. Wie andere ihrer Theoretiker (1) so kann auch Türcke den "gemeinsame(n) Nenner zahlloser zerstreuter, zusammenhangloser Aktionen und Tätigkeiten" sehen, "in denen das diffuse Aufruhrpotential der allgemeinen Suchtverfassung die Kontur des Widerstands bekommt." Ihnen allen sei der "Gedanke des Bremsens" gemeinsam (ebd., S. 310). Warum und wofür gebremst wird, interessiert Türcke freilich nicht. Aber er weiß, wie es geht und wann es Not tut. Er findet sich nämlich in "lauter kleinen alltäglichen Notwehrlagen" wieder, die aber, so Türckes Version angewandter Dialektik, "in ihrer ganzen Trivialität eine ungewohnte Bedeutungsschwere" bekämen: "etwas so Läppisches wie die Entscheidung, ob man sich Hintergrundmusik im Restaurant gefallen läßt oder nicht, kann plötzlich zur Prinzipienfrage, zum Probierstein von Zivilcourage werden" (ebd., S. 311). Er, der Marx' Bemerkung über die Verkürzung des Arbeitstages (vgl. MEW 25, S. 828) nutzt, um jenen einer "bemerkenswert bescheidene(n) Utopie" zu tadeln (2002, S. 305), entdeckt für sich die Wohltaten des harten, exerzitienhaften Lebens und der Entsagung: "Das Abschreiben von Texten und Formeln (...) kann unter den Bedingungen allgemeiner Bildschirmunruhe (...) unversehens zu einer Maßnahme der motorischen, affektiven, mentalen Sammlung, der inneren Einkehr, um nicht zu sagen, des Eingedenkens werden" (ebd., S. 311).

Im gewagten Denken treffen sich Links und Rechts. Man ist gegen den Zeitgeist, steht quer zu ihm. Hier hält man sich für kritisch. Das gewagte Denken rezipiert, was für andere anrüchig ist: Friedrich Nietzsche, Martin Heidegger, Carl Schmitt, Otto Weininger, Ernst Jünger, Richard Wagner usf. Alles, was bereits für einen Flirt oder mehr mit dem ästhetischen oder politischen Faschismus taugte. Man beschäftigt sich mit Dunklem, mit dem Verfemten, dem, was unter der Oberfläche lauere, weil einen die irrationale Gewalt fasziniert, deren Quell man dort vermutet; jedoch nicht, um dem "unerhellten Trieb" (Adorno) zu seinem Recht zu verhelfen.

Mit den Anschlägen auf das World Trade Center vom 11.09., so einer der Topoi der europäischen - und vor allem deutschen - Interpretamente, sei die Gewalt, die von den USA in die Dritte Welt ausgegangen sei, dorthin zurückgekehrt, sei das Verdrängte wieder hervorgebrochen. Ein Zusammenhang wird konstatiert. Die behauptete Wechselbeziehung ist so allgemein, so abstrakt, dass sie immer irgendwie stimmen kann und dass man dem, der sie äußert, keinerlei Sympathie für die Anschläge nachweisen kann. Die Konstatierung allerdings wird mit einem Gefühl der Genugtuung verbunden: *Recht so!* Auf die erste Stufe: *Konstatierung* folgen die Stufen *Plausibilisieren*, *Verstehen* und *entschuldigendes Verständnis*.

Türcke entschuldigt nicht. Er nennt die Anschläge "ein ganz gemeines Verbrechen" (2003, S. 9), diejenigen, die sie verübten, allerdings schon "diejenigen, die beim Wettstreit der Kräfte auf der Strecke geblieben waren" (ebd., S. 7). Aber es sprechen aus ihm gewisse Sympathien für den Islam, den er ordentlich vom Islamismus unterscheidet, wenn er ihn als "stolze Siegerreligion" bezeichnet, die, gegen das Christentum gehalten, "im Sieg nicht so maßlos zudringlich und ressentimentgeladen" sei, sondern "vergleichsweise generös" (ebd., S. 94). Dem Massaker vom 11.09. habe zum einen "die geheime Furcht" zugrunde gelegen, "dass gegen die flüchtige [...] Sende- und Bildmacht" des modernen Westens, die alles entweihe, "alles, was bis anhin ‚Gott' oder ‚Allah' hieß, nicht aufkommt" (ebd., S. 150). Zum anderen sei der Anschlag Ausdruck eines inneren Kampfes gewesen. Die ökonomische wie militärische Gewalt der USA, die über die islamischen Länder kam, habe die Attentäter als Angehörige einer Siegerreligion an sich selbst erinnert. In der Gewalt, die von den USA ausgehe, erkenne der militante Islam seine eigenen Wunschbilder. Um nun diese Wunschbilder "im eigenen Inneren nicht hochkommen zu lassen, stürzten sich die Attentäter in die Twin Towers." Man habe sein Spiegelbild vernichten wollen, das man "nicht ertragen konnte." Das Massaker vom 11.09. sei also ein verworrener Weg der Abwehr von Vernichtungs- und Allmachtphantasien gewesen, - nicht deren Realisierung. "Der Weltfundamentalismus stieß mit sich selbst zusammen" (ebd., S. 151). Auf den miserablen Weltzustand im Allgemeinen beruft man sich seit dem 11.09. immer dann, wenn man islamistische

Massaker in einer Gemengelage von Gewalt und Extremismus verschwinden lassen und aus ihnen ableiten möchte. Von ihm ist nicht mehr die Rede, wenn man über das spricht, was einen an diesem Weltzustand ganz persönlich besonders stört.

Der Fundamentalismus, den man dem Islamismus ankreidet, so weiß auch Türcke, habe nicht nur seinen begrifflichen Ursprung in den USA. Türcke untersucht vier Typen von Fundamentalismus, die alle um 1910 entstanden sein sollen. Zwei von ihnen seien jüdischer Natur, ein dritter, der sogenannte "weiche Fundamentalismus" des Christentums, jüdischer Abstammung (vgl. ebd., S. 88). Aber für die Fundamentalismen jüdischen Wesens reiche "der Verständnisschlüssel des Christentums" nicht aus (ebd., S. 99). Da werden also Dimensionen gesprengt. Der Zionismus und damit auch die Gründung des Staates Israel sei nämlich getragen von dem "Wunsch (...), das jüdische Blut möge sich endlich auf dem ihm einzig angemessenen Boden entfalten" (ebd., S. 107). Mit diesem Wunsch sei der Zionismus "eher ein Pionier als ein Ausläufer des neuen Erdkults" (ebd., S. 145) gewesen. Was Türcke nicht schreibt, aber suggeriert, das kann der Sympathisant vervollständigen: ist der Zionismus ein Pionier der Erdkulte, dann hat er anderen Erdkulten den Boden bereitet. Wohlgemerkt schreibt Türcke hier über den Stand der Dinge im Jahre 1910. Zu diesem Zeitpunkt aber war der Erdkult *völkische Bewegung* in Deutschland bereits fünfzig bis sechzig Jahre alt und hatte sich ab der Reichsgründung 1871 verfestigt. (Vgl. Mosse 1991) Wenn aber, wie Türcke meint, der Zionismus "eher" ein Mitinitiator der Erdkulte war, so kann man weiter denken und die einmal angestoßene Logik in ihrem Verlauf weiter beobachten: Ist dann den Zionisten mit dem Nationalsozialismus nicht ein Bumerang gegen den Kopf geflogen? Hat sich nicht ihr eigenes Prinzip gegen sie selbst gewandt? Und hat man dann nicht endlich die alle Antisemiten umtreibende Täter-Opfer-Verkehrung vollzogen? Auch wenn Türcke es nicht schreibt, so verweigert er dem Sympathisanten des gewagten Denkens doch nicht die Erfüllung: im Grunde habe der Zionismus die Lebensraumpolitik des Nationalsozialismus schon vorweggenommen. Denn dieser "neue Erdkult" (ebd., S. 109) habe dazu geführt, dass die Urbevölkerung der Region, die man seinerzeit Palästina nannte, nicht nur "vertrieben" sondern sogar "ausgerottet" (ebd., S. 110) worden sei. Und es sei "diese Erdkult-Logik im Zionismus selbst", die heutzutage immer noch die Politik in Israel bestimme, indem beispielsweise "kleine ultrareligiöse Parteien in den Rang von ‚Königsmachern' gehoben" (ebd., S. 118) und über eine mächtige Sperrminorität verfügen würden.(2) "Der libidinös, politisch, militärisch besetzte Boden Palästinas ist nur ein besonders exponiertes" Beispiel für die Tendenz des Kapitalismus, "profane, triviale Gegenstände [...] mit höherer Bedeutung" aufzuladen (ebd., S. 119f.). Dann lässt sich aber weder erklären, wieso Türcke seinerseits vom "palästinensischen Boden" (ebd., S. 118, 144) spricht, den es laut ihm gar nicht geben kann, noch wieso er, wie alle anderen Ankläger der neuen Weltordnung, den Israel-Palästina-Konflikt dermaßen in den Mittelpunkt stellt. Ist darüber hinaus Israel nicht nur mit Bedeutung hoch aufgeladen, sondern tatsächlich von hoher Bedeutung, weil es nämlich das Land ist, in das alle Juden jeglicher Herkunft jederzeit vor ihren Feinden flüchten und von wo aus sie sich gegen diese wehren können?

Das gewagte Denken begibt sich auf "Grenzgänge". Da ist es einsam, wie um Nietzsches Zarathustra im Gebirge. Da werde man nicht nur missverstanden. Hier sage man Wahrheiten, die von den Kritikern des gewagten Denkens sofort mit "Denkschablonen" und "Denkverboten" gebannt würden. So etwas braucht das gewagte Denken, denn so kann es sich immunisieren und das, was gesagt wird, von vornherein freisprechen, - und das Schlechte, was gesagt wird, den Wahrnehmungssperren seiner Kritiker zuschreiben. Die gewagten Denker und ihre gesinnungslinken oder gutmenschelnden Kritiker brauchen einander. Klagen diese an, so ist dies für jene schon Beleg genug, einen ebenso gewagten wie wahren Gedanken geäußert zu haben.

Bei den Juden tut sich für Türcke immer wieder ein Abgrund auf und als in der Wolle gefärbter Theologe entlässt er sie nicht aus der Bibel. Die Bücher Josua und Richter, in denen die Landnahme nach dem Auszug aus Ägypten beschrieben wird, seien Teil einer "abgründigen literarischen Komposition" (ebd., S. 110) und die Doppeldeutigkeit des Symbols im Allgemeinen habe sich im Ritus des Passahfestes "auf abgründige Weise niedergeschlagen" (ebd., S. 111). Die Gründung des Staates Israel sei "nach einem alten theologischen Modell gedacht" worden (ebd., S. 105), auch wenn die Belege, die er dafür heranzieht, dies nicht bestätigen. Die Landnahme in Palästina sei wie unter Josua erfolgt (vgl. ebd., S. 110). Auf irgendeine Weise möchte Türcke den Judenstaat und die USA, die jeder Antiamerikaner und Antizionist als Agentur des Weltjudentums kennt, zusammenbringen. Also nennt er Hollywood das "Gegenstück" zu Palästina (ebd., S. 120). Die von den Juden dort produzierten Filme, mit denen sie zum "Tanz ums bewegte Bild" einluden (ebd., S. 147), seien ihnen "wie ein brennender Dornbusch" aufgeleuchtet (ebd., S. 125). Ihr Aufstieg von den Hinterhöfen ins glänzende Hollywood nennt er den Auszug "aus der modernen Knechtschaft Ägyptens" (ebd., S. 139).

Laut Türcke existiert eine besondere Affinität der Juden zum Film. Die vorherrschende Stellung von Amerikanern jüdischer Herkunft leitet er aus sozialen und kulturellen Umständen ab. Weder vertritt er einen rassentheoretischen Antisemitismus, noch phantasiert er eine jüdische Weltverschwörung zusammen. Er versammelt nur die Stereotypen, die man aus jenem ideologischen Fundus kennt und sprachlich teilt Türcke so aus, dass es einem kultivierten Nazi das Herz wärmt. Für einen Juden sei, in Türckes Diktion, "die Region um Los Angeles [...] sein Palästina, Hollywood sein Jerusalem, Beverly Hills sein Zion" (ebd., S. 134). Von "Filmjuden" spreche er nur, weil filmhistorische Literatur dies tue (ebd., S. 127, Fn. S. 136). Auch wenn es so schlagelüstern und verächtlich klingt wie "Judenbengel", soll man ihm aus Wörtern keinen Strick drehen dürfen. So abgesichert kann man sich die kernige, knurrende Sprache derjenigen genehmigen, die wie Türcke wissen, dass Juden in Hollywood nicht nur eine "Weltmacht ohnegleichen" gründeten (ebd., S. 122), sondern sich stets geschickt in ihren Wirtsvölkern zu verbergen wussten: "Die volle Bedeutung von Hollywood" aber erschließe sich erst, "wenn man diesen Namen als Kryptogramm für Jerusalem, als Fluchtpunkt der jüdischen Religionsgeschichte - als Punkt ihrer äußersten Selbstverleugnung begreift" (ebd., S. 141). Die erlangte "Weltmacht ohnegleichen" "siegte nicht mit Waffengewalt, aber nachhaltiger als es Militärs je könnten: indem sie mentale Standards produzierte, die zu Schemata der allgemeinen menschlichen Wahrnehmung und Mitteilung aufstiegen" (ebd., S. 122). Diese Schemata seien "gleichsam ins Grundwasser der menschlichen Kommunikation eingedrungen" (ebd., S. 141). Nun ist es vergiftet. Wer mag noch die Brunnen nutzen, die zu ihm führen? Schöner hat noch niemand Habermas' "systemisch verzerrte Kommunikation" unter Zuhilfenahme von Formeln aus dem *Kulturindustrie*-Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* von Adorno und Horkheimer ins Antisemitische übertragen.

Vielleicht merkt Türcke nicht, was er schreibt; vielleicht spricht nur etwas aus ihm, das sich in seine Texte verteilt. Mag sein, dass er seine Texte nur schreibt und nicht liest. Genauso wenig wie sein Verlag, denn sonst wären Türckes Flüchtigkeitsfehler, wie der, einmal George Orwell (vgl. ebd., S. 116), dann Aldous Huxley (vgl. ebd., 135) zum Autor von *Animal Farm* zu machen, getilgt worden. Wieso *zu Klampen* ein solches Buch verlegt, ist fraglich. An fast all den Büchern und Aufsätzen der Nachfolger und Nachlassverwalter, der Werkrekonstrukteure und Aspektsachbearbeiter (*Adorno und ...*) der Kritischen Theorie, die sich um den *zu Klampen*-Verlag sammeln, aber fällt eines auf: dass man einen Bogen um ein Herzstück der Kritischen Theorie macht, nämlich um die Kritik des Antisemitismus. Bei Christoph Türcke ist nun plausibel, warum. Verstehen kann man es nicht, entschuldigen schon gar nicht. ■

Anmerkungen:

(1) Vgl. Hardt & Negri 2002, 44, 67, 70f., 142 und Holloway 2002, 173, 179, 216, 217, 236.

(2) Türcke bezieht sich hier selbstredend auf den Kronzeugen des deutschen Antizionismus, Moshe Zuckermann.

Literatur:

Hardt, Michael & Negri, Antonio, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M - New York 2002.

Hecht, Martin, *Unbequem ist stets genehm. Die Konjunktur der Querdenker*, Reinbek 1997.

Holloway, John, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster 2002.

Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 23-25, Berlin 1989.

Mosse, George L., *Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 1991.

Schenk, Jörg M., *Einige Probleme der Sprache*, in: Martin Büchsel & Henri Lonitz (Hgg.): *Dialectica negativa I. Wider den Fortschritt der Regression des Denkens*, Lüneburg 1984, S. 103-121.

Türcke, Christoph,
- *Über die theologischen Wurzeln der Marxschen Kritik*, in: Gerhard Schweppenhäuser, Dietrich zu Klampen, Rolf Johannes (Hgg.): *Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie*, Lüneburg 1983, S. 15-30.
- *Gottesgeschenk Arbeit. Theologisches zu einem profanen Begriff*, in: Michael Löbig, Gerhard Schweppenhäuser (Hgg.): *Hamburger Adorno-Symposion*, Lüneburg 1984, S. 87-98.
- *Praxis und Praxisverweigerung nach Adorno*, in: Frithjof Hager, Hermann Pfütze (Hgg.): *Das unerhört Moderne. Berliner Adorno-Tagung*, Lüneburg 1990, S. 48-62 (1990a).
- *Zum ideologiekritischen Potential der Theologie. Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation*, Lüneburg 1990 (1990b).
- *Abwarten*, in: Frithjof Hager (Hg.): *Geschichte denken. Ein Notizbuch für Leo Löwenthal*, Leipzig 1992, S. 137-140.
- *Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation*, München 2002.
- *Fundamentalismus - maskierter Nihilismus*, Springe 2003.

Sei doch kein Muselmann - Eine Koranrezension

GERHARD HENSCHEL

An und für sich, ursprünglich und genaugenommen wäre der Islam eine liberale, tolerante und menschenfreundliche Religion, wenn Walter Jens, George W. Bush und der Präsident der Stiftung Weltethos recht hätten. Haben sie aber nicht. Sure 22, Vers 20-22: "Die aber ungläubig sind, zugeteilt sind ihnen Kleider aus Feuer, siedendes Wasser wird über ihre Köpfe gegossen. Schmelzen wird dadurch, was in ihren Leibern, und ihre Haut; eiserne Keulen sind ihnen. Sooft sie aus Schmerz daraus entfliehen wollen, sie werden darin zurückgebracht. Kostet nun die Qual des Brandes!"

Von solchen und ähnlichen Strafgerichtsträumen wimmelt es im Koran. "Keine Verzeihung jedoch denen, die Böses tun, bis der Tod ihnen nahe ist, dann aber sagen: traun, nun bereue ich. Auch nicht denen, die als Ungläubige sterben; diesen haben wir qualvolle Strafe bereitet" (4. Sure, V. 22). "Und denen, die Gold und Silber aufspeichern und es nicht für den Pfad Gottes aufwenden, verkünde qualvolle Strafe. An jenem Tage werden sie im Feuer der Hölle geglüht und damit gebrandmarkt ihre Stirnen, ihre Seiten und ihre Rücken: dies, was ihr für euch aufgespeichert; nun kostet, was ihr aufgespeichert!" (9. Sure, V. 34-35). "Wahrlich, die Sünder sind in Irrung und Wahnsinn. An jenem Tag werden sie auf ihren Gesichtern ins Fegefeuer geschleift: Kostet nun die Berührung der Hölle!" (Sure 54, V. 47-48).

Dem unbefangenen Leser stellen sich die anonymen Autoren des Korans als zürnende Wüstensöhne dar, die sich aus Hass auf andersgläubige Nachbarn im speziellen und die Menschheit im allgemeinen nichts Schöneres ausmalen konnten als das Hackfleisch aus jenen, die da Götzendiener, Frevler, Heuchler, Sünder und Hoffärtige hießen: "Wenn du dich ihrer im Krieg bemächtigest, zersprenge mit ihnen ihre Nachfolge, auf dass sie eingedenk seien" (8. Sure, V. 59). Unter dem Zersprengen der Nachfolge durfte und darf man wohl das Totschlagen von Säuglingen und Kleinkindern verstehen.

Mord und Totschlag galten den Altvorderen Moslems sowieso als erforderlich: "Sind die heiligen Monate vorüber, dann tötet die Götzendiener, wo ihr sie auch findet, fanget sie ein, belagert sie und stellet ihnen nach aus jedem Hinterhalt" (9. Sure, V. 5). Was Kriegsgefangenen blühte, ist Vers 28 der 18. Sure zu entnehmen: "Wir aber bereiteten für die Frevler ein Feuer, dessen Rauch sie umfangen wird. Und wenn sie um Regen bitten, werden sie mit einem Wasser wie Gusserz beregnet, das die Gesichter röstet. Wie schlimm ist der Trank, wie böse das Lager!" Und so heißt es auch in Sure 23, V. 106, über das Schicksal der Ungläubigen: "Rösten wird das Feuer ihre Gesichter, und sie zähnefletschend darin." Ein neuer Einfall zur Folterung Ungläubiger wird in Sure 38 bekannt gegeben: "Die Hölle, in der sie braten, wie schlimm ist das Lager! Dies, und kosten sollen sie es, siedendes Wasser und Jauche."

Zusammenfassend heißt es dann in Sure 44, V. 43-48: "Wahrlich, der Höllenbaum. Er ist die Speise des Sünders. Wie Gusserz brodelt es in den Bäuchen. Wie das Brodeln siedenden Wassers. Ergreift ihn und zerrt ihn in die Mitte des Feuerpfuhls. Dann gießet über sein Haupt von der Qual des siedenden Wassers." Noch genauere Anweisungen zur Folterung des störrischen Mitbürgers sind Sure 69 zu entnehmen: "Ergreifet ihn und fesselt ihn. Dann lasset ihn im Feuerpfuhl braten. Dann in eine Kette, deren Länge siebzig Ellen, und schleppt ihn. Denn er glaubte nicht an den gewaltigen Gott." All das hat selbstverständlich im Namen Gottes zu geschehen, des Allerbarmers, des Allbarmherzigen. Es ist die Pflicht der Diplomaten, sich mit Abergläubischen in aller Welt zu arrangieren und ihnen nach dem Munde zu reden, wenn es die weltpolitische Lage gebietet. Zu den Rechten, die dabei verteidigt werden sollen, gehört allerdings auch das Recht, den Islam als Religion für blutrünstige Irre zu bezeichnen.

Die im Koran aufgelisteten Höllenstrafen für Ungläubige können nur Sadisten, Pyromanen und Menschenfeinde ersonnen haben, die nicht mehr alle Tassen im Schrank hatten und leider auch literarisch nur mäßig begabt waren. In der Bibel gibt es immerhin einige Passagen von großer poetischer Kraft. Der Koran ist nur ein langes und langweiliges Gekeife selbstgerechter Miesepeter, die den Juden, den Christen und überhaupt jedermann außerhalb ihrer Aberglaubensgemeinschaft die Butter auf dem Brot nicht gönnten und im übrigen davon träumten, allen Ungläubigen zur höheren Ehre Gottes kochendes Wasser über den Kopf zu gießen. ■

Alle Zitate nach: *El Koran, das heißt Die Lesung. Die Offenbarungen des Mohammed Ibn Abdallah, des Propheten Gottes*. Zur Schrift gebracht durch Abdelkaaba, Abdallah Abu-Bekr, übertragen durch Lazarus Goldschmidt im Jahre der Flucht 1334 oder 1916 der Fleischwerdung. Fourier, Wiesbaden 1993.

(Zuerst erschienen in *Konkret* 12/2001. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.)

Mohammed´s enemies

PHILIPP LENHARD

Es erscheint mittlerweile eine so große Zahl an Büchern über den Islam und die islamistische Bewegung, dass es wahrlich keine Schande ist, den Überblick verloren zu haben. Neben Berichten von Frauen, die ihr Leid in der islamischen Alltagskultur darstellen, gibt es vor allem solche Veröffentlichungen, die dem Leser noch ein weiteres Mal weismachen wollen, der Islam habe mit dem Islamismus überhaupt nichts zu tun.

Einer, der in eine ähnliche Kerbe schlägt, ist Abdelwahab Meddeb in seinem Buch *Die Krankheit des Islam*. Der viel versprechende Titel, der an Thomas Manns Rede vom Nationalsozialismus als Krankheit der Deutschen angelehnt ist, hält jedoch nicht, was er verspricht. Meddeb geht es nämlich nicht darum, aufzeigen, wie die islamische Bewegung aus dem Geist des Koran heraus in der Moderne angekommen ist und wie sich diese eigenartig ambivalente, ständig zwischen tiefstem Mittelalter und modernster Technologie changierende Bewegung aufmacht, die Worte des Propheten auf furchtbare Weise in die Tat umzusetzen. Vielmehr ist es ihm darum zu tun, die "islamische Zivilisation" gegen ihre vermeintlichen Zerstörer zu verteidigen: einerseits gegen die wahabitische Clique in Saudi-Arabien, andererseits gegen den Westen, der Meddebs Buch zufolge dem Islamismus aus geostrategischen Gründen auf die Sprünge geholfen hat und zugleich die Muslime in globalem Maßstab verhöhnt und erniedrigt.

Dass eine solche Argumentation gegen radikale Moslems nichts ausrichten können wird, weil diese selber auf der Suche nach der glorreichen Zeit unter dem Kalifat sind und nicht nur den Westen, sondern auch die islamisch-aristokratischen Regimes stürzen möchten, um anstatt ihrer eine echte Gottesherrschaft einzusetzen, stört keinen der reichlich Lob austeilenden Rezensenten von der *FAZ* bis zur *Neuen Zürcher Zeitung*.

Gänzlich sympathischer verfährt der unter dem Pseudonym Ibn Warraq schreibende pakistanische Autor des Buches *Warum ich kein Muslim bin*. In frühesten Kindesjahren durch die streng religiöse Familie auf eine Koranschule geschickt, stellte er immer mehr fest, dass der Islam fundamental individueller Freiheit widerspricht. Die Fatwa gegen Salman Rushdie wegen dessen Blasphemie in den *Satanischen Versen*, die Ayatollah Khomeini 1989 ausgesprochen hatte, wurde für Warraq zu einem Wendepunkt: von nun an wollte er sich nicht nur vom Islam abwenden, sondern zugleich über diesen aufklären und für dessen Opfer einstehen. Das ist ihm in seinem Buch auch hervorragend gelungen. Die einzige Gemeinsamkeit, die Warraq mit dem Koran hat, sind die vielen Wiederholungen, die jedoch nicht weiter stören, weil das Buch dennoch flüssig geschrieben und gut lesbar ist. Trotz der umfangreich zitierten Sekundärliteratur ist *Warum ich kein Muslim bin* an keinem Punkt langweilig oder aufgeblasen: aus jeder Zeile spricht die Wut über das Erlebte. Penibel verleiht Ibn Warraq längst vergessenen Ketzern Lebendigkeit, indem er sie genau das tun lässt, was die Tugendwächter aus vergangenen Zeiten geflissentlich verhindern wollten: er lässt sie über den Islam sprechen und über Mohammed spotten.

Darüber hinaus klärt Warraq schonungslos über das autoritäre Wesen des Islam auf; stellt ihn als unvereinbar mit einer freien Gesellschaft dar. Der einzige Wermutstropfen ist Warraqs Wissenschaftsfetisch. So meint er tatsächlich, der Islam lasse sich "wissenschaftlich widerlegen". Einen Glauben, noch dazu einen "ungeglaubten Glauben" (Adorno), mit den Mitteln der Vernunft widerlegen zu wollen, kommt dem Versuch gleich, einem Geisteskranken als Therapie vorzuschlagen, Kants "Kritik der reinen Vernunft" ausgiebig zu studieren. Zum Glück ist das Buch nicht so akademisch, wie es der Autor vielleicht gerne hätte, sondern besticht vor allem durch Polemik. Diese ist scharf und sie kann von einem Apologeten des Islam nur durch das Schwert oder durch absolute Selbstverleugnung stumpf gemacht werden. Leider, das sollte man schon einräumen, ist der Islam eine Ideologie, die nicht gerade resistent gegen Selbstverleugnung macht. Das ist auch das Ergebnis von Ibn Warraqs Buch, der damit auch das Dilemma seines eigenen Unterfangens benennt. ■

Meddeb, Abdelwahab, *Die Krankheit des Islam*, Heidelberg 2002.

Warraq, Ibn, *Warum ich kein Muslim bin*, Berlin 2004.

anzeige

Heute morgen fuhr ich nach Düsseldorf

Heute morgen fuhr ich nach Düsseldorf
In sehr honetter Begleitung:
Ein Regierungsrat - er schimpfte sehr
Auf die Neue Rheinische Zeitung

"Die Redakteure dieses Blatts",
So sprach er, "sind sämtlich Teufel;
Sie fürchten weder den lieben Gott
Noch den Ober-Prokurator Zweiffel.

Für alles irdische Mißgeschick
Sehn sie die einzige Heilung
In der rosenrötlichen Republik
Und vollkommener Güterteilung.

Die ganze Welt wird eingeteilt
In tausend Millionen Parzellen;
In so viel Land, in so viel Sand
Und in so viel Meereswellen.

Und alle Menschen bekommen ein Stück
Zu ihrer speziellen Erheitrung -
Die besten Brocken: die Redakteur'
Der Neuen Rheinischen Zeitung.

Auch nach Weibergemeinschaft steht ihr Sinn.
Abschaffen wolln sie die Ehe:
Daß alles in Zukunft ad libitum
Miteinander nach Bette gehe:

Tartar und Mongole mit Griechenfraun,
Cherusker mit gelben Chinesen,
Eisbären mit schwedischen Nachtigalln,
Türkinnen mit Irokesen.

Tranduftende Samojedinnen solln
Zu Briten und Römern sich betten,
Plattnasige düstre Kaffern zu
Alabasterweißen Grisetten.

Ja, ändern wird sich die ganze Welt
Durch diese moderne Leitung -
Doch die schönsten Weiber bekommen die
Redakteure der Rheinischen Zeitung!

Auflösen wollen sie alles schier;
Oh, Lästrer sind sie und Spötter;
Kein Mensch soll in Zukunft besitzen mehr
Privateigentümliche Götter.

Die Religion wird abgeschafft,
Nicht glauben mehr soll man an Rhenus,
An den nußlaub- und rebenbekränzten, und nicht
An die Mediceische Venus.

Nicht glauben an Kastor und Pollux - nicht
An Juno und Zeus Kronion,
An Isis nicht und Osiris nicht
Und an deine Mauern, o Zion!

Ja, weder an Odin glauben noch Thor,
An Allah nicht und an Brahma -
Die Neue Rheinische Zeitung bleibt
Der einzige Dalai-Lama."

Da schwieg der Herr Regierungsrat
Und nicht wenig war ich verwundert:
Sie scheinen ein sehr gescheiter Mann
Für unser verrückt Jahrhundert!

Ich bin entzückt, mein werter Herr,
Von Ihrer honetten Begleitung -
Ich selber bin ein Redakteur
Von der Neuen Rheinischen Zeitung.

Oh, fahren Sie fort, so unsern Ruhm
Zu tragen durch alle Lande -
Sie sind als Mensch und Regierungsrat
Von unbeschränktem Verstande.

Oh, fahr er fort, mein guter Mann -
Ich will ihm ein Denkmal setzen
In unserm heitern Feuilleton -
Sie wissen die Ehre zu schätzen.

Ja, wahrlich, nicht jeder Gimpel bekommt
Einen Tritt von unsern Füßen -
Ich habe, mein lieber Regierungsrat,
Die Ehre, Sie höflich zu grüßen.

GEORG WEERTH

Aus: *Sämtliche Werke in fünf Bänden*, Herausgegeben von Bruno Kaiser, Erster Band, Gedichte, Aufbau-Verlag, Berlin 1956, S. 266-268.

Dieses Gedicht wurde ausgewählt von der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln.

anzeige

konkret

lesen, was andere nicht wissen wollen

Ja ich will **konkret** drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen

O Scheck O Bargeld O Briefmarken

in dieser Höhe bei.

Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg
oder: http://www.konkret-verlage.de/kvv

Der braune Gockel

Wie verträgt sich Avantgardismus mit Antisemitismus? Vincent Gallo macht es vor

FELIX HEDDERICH

Mit *Buffalo 66*, seinem 1998er Debüt als Filmemacher, gelang es Vincent Gallo, in Europa noch mehr als in den USA, mit einem Schlag zum Kritiker-Liebling aufzusteigen. Vorher vor allem als Model für Calvin Klein bekannt, zeigte sich Gallo als talentierter Regisseur und Schauspieler und darüber hinaus verantwortlich für den Soundtrack des Films. Alles in allem, da war sich die Presse mit Gallo einig - ein "Meisterwerk". Fünf Jahre später langweilte und verärgerte Gallo die Jury und das Publikum von Cannes mit seiner zweiten Regiearbeit *The Brown Bunny*. Der Film ist jetzt um 30 Minuten gekürzt auf DVD erschienen.

I.

Und wieder einmal hat Vincent Gallo alles alleine gemacht. Er hat sogar persönlich die Filmrollen seines zweistündigen Films nach Cannes eingeflogen und sich, nachdem *The Brown Bunny* als schlechtester Film in der Geschichte von Cannes verrissen wurde, auch ganz schnell wieder mit dem Filmmaterial verkrümelt. Jedoch nicht ohne vorher noch für einen Skandal um den Skandal zu sorgen, indem er den Filmkritiker Roger Ebert als "fettes Schwein" beschimpfte und ihm den Krebs an den Hals wünschte.

Gallo, das ist offensichtlich, kann mit Kritik an seiner Person nicht umgehen. So unnahbar Gallo sich in seinen Filmen zeigt, so verhält er sich auch privat. Auf Kritik reagiert er wie ein kleines Kind: er beschimpft einfach seine Kritiker und gesteht sich selbst keine Fehler ein.

Stattdessen ist er kritisch allen anderen Menschen gegenüber. "Kannst du irgendjemandem trauen? - Nein." Menschen sind für ihn nur "creepy creeps". Er selbst aber hält sich für eine Art Jesus. Kein Gallo-Artikel in einer Zeitschrift, wenn Gallo nicht auch auf dem Cover abgebildet ist. "Würde ich mich nicht kennen, wäre es mein Traum, mich zu treffen." Nur was er selbst macht ist gut genug für ihn. O-Ton Gallo: "Das beste Interview mit Vincent Gallo wurde von Vincent Gallo geführt, die besten Artikel über Vincent Gallo wurden von Vincent Gallo geschrieben, die beste schauspielerische Leistung von Vincent Gallo gab es unter der Regie und Bearbeitung von Vincent Gallo nach einem Drehbuch von Vincent Gallo, sogar die besten Fotos von Vincent Gallo wurden von Vincent Gallo geschossen."

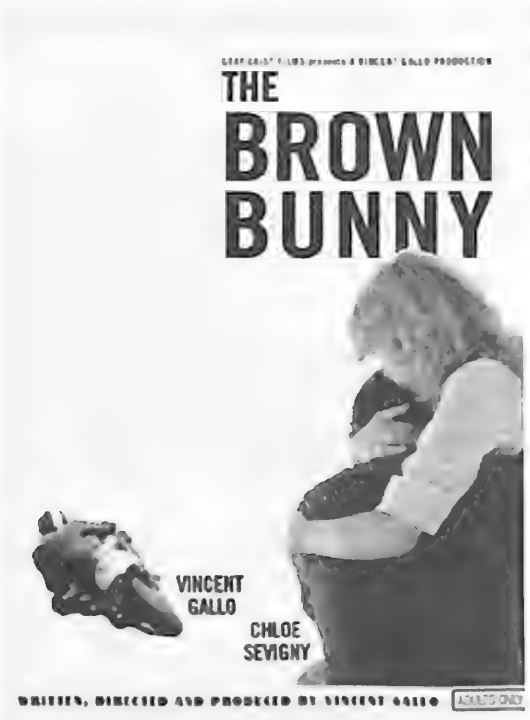
Dass *The Brown Bunny* in Cannes floppte kann aus dieser Sichtweise heraus natürlich nicht an Gallo selbst gelegen haben. Schließlich hat er wiedereinmal Regie, Produktion und Hauptrolle übernommen. Schuld an seinem filmischen Misserfolg kann in einer Welt, wie Gallo sie sich erklärt, demnach nur die Presse ("Es tut mir Leid, dass ich nicht schwul oder jüdisch bin und somit keinen speziellen Kreis von Journalisten habe, der mich unterstützt") oder die Jury ("Ich möchte einen Film mit einer *handicapped Black Jew lesbian*-Hauptdarstellerin machen, damit ich bei Sundance gewinnen kann.") haben.

II.

Über den Film *The Brown Bunny* gibt es eigentlich nur wenig zu sagen. Der Film ist, anknüpfend an *Buffalo 66* eine weitere Variation des Themas vom einsamen Vincent Gallo. "I'm always sad when I'm lonely" singt Gallo auch auf seiner letzten CD *When*. War *Buffalo 66* noch bis in die Nebenrollen mit Hollywoodstars besetzt, wenngleich der Film kein Hollywood-Film, sondern das eigenwillige Projekt Vincent Gallos war, so verzichtet Gallo nun bis auf Chloë Sevigny völlig auf Stars und setzt ganz allein auf sich als Schauspieler. Das mag sowohl daran liegen, das er mit niemand anderem zusammenarbeiten kann, sicher aber auch umgekehrt daran, dass mittlerweile niemand mehr Lust hat an Gallos Filmen mitzuwirken.

In *The Brown Bunny* spielt Gallo den Motorradfahrer Bud Clay, der sich in einem schwarzen Van auf die Suche nach seiner großen Liebe Daisy (Chloë Sevigny) begibt. Der Zuschauer blickt durch die Augen Gallos und durch eine verschmutzte Autoscheibe auf die verlassenen Straßen anonymer amerikanischer Städte. Nur hier und da stoppt Gallos Fahrt. An einer Tankstelle, bei Daisys Eltern und in einer Tierhandlung, in der Bud nach einem braunen Hasen sucht. Einen solchen hat Daisy nämlich einst besessen und Bud versucht alles, um die Erinnerung an Daisy und darüber hinaus Daisy selbst zurückzugewinnen. Drei Versuche, sich auf seiner Reise mit anderen Frauen einzulassen scheitern. Aber allein dieser Versuch eines Flirts zeigt das Alter Ego Gallos

viel aufgeschlossener als noch *Buffalo 66*. Dort spielte er noch den verschlossenen und verklemmten Billy Brown, der nicht pinkeln kann, wenn in einer öffentlichen Toilette ein Mann neben ihm steht, der in Unterhose in die Badewanne geht und mit seiner Filmpartnerin Layla (Christina Ricci) ein Paar spielt, "das sich nicht anfasst." Wie *Buffalo 66* endet auch *The Brown Bunny* in einem Hotelzimmer. Die dortige Begegnung mit Daisy, die sich letztendlich nur als Traum herausstellt, endet mit einem mehrminütigen Blowjob, der etwa die Hälfte von Chloë Sevignys Rolle im Film einnimmt. Eine derartige Darstellung wäre noch in *Buffalo 66* undenkbar gewesen. Dort ist Billy weniger auf der Suche nach einer Freundin, als nach einem Ersatz für die Mutter, die ihn nie geliebt hat. Die Bettszene im Hotelzimmer macht dies überdeutlich: Anstatt Sex sieht der Zuschauer Billy, wie er sich in Embryo-Stellung an Laylas Schulter schmiegt. Weiter, als die in *Buffalo 66* autobiografisch verarbeitete mangelnde Liebe der Eltern für seine Einsamkeit verantwortlich zu machen, geht Gallo mit seinen Filmen nicht. Ging es den anfänglichen avantgardistischen Filmemachern noch um Subversion und die Infragestellung der Realität mit filmischen Mitteln, so liegt Gallo nichts an derlei Absichten - auch wenn er auf einige Stilmittel des avantgardistischen Kinos, wie Split-Screen oder Einzelbildmontage, zurückgreift. Ihm geht es einzig und allein um die Darstellung seiner selbst und die Erregung von Mitleid beim Publikum.



Filmplakat von The Brown Bunny

III.

So wie er es liebt sich sowohl privat als auch mit seinen Filmen als Avantgardist zu geben, so vermeidet Gallo es peinlich genau, auch nur in den Verdacht zu geraten ein Intellektueller zu sein. Laut *spiegel-online* ist er stolz darauf, nie ein Buch gelesen zu haben und bezeichnet sich in Interviews gern selbst als "smallminded".

In seinen Filmen eher verschwiegen und verschlossen ist er privat ein ziemliches Großmaul, gerade wenn es darum geht sich über die Minderheiten in der amerikanischen Gesellschaft auszulassen. Die oben erwähnten Äußerungen bilden da keine Ausnahme, sind keine Ausrutscher. So beschwert sich Gallo in einem Interview unter anderem über Demonstrationen von Puerto Ricanern und Homosexuellen (die er "spics" - ein Schimpfwort für "hispanics" - und "fags" - Schwuchteln - nennt) in der Innenstadt von New York. Dafür hat Gallo kein Verständnis, stattdessen fordert er: "Reden wir über Rache." "Ich bin ein extremer Rechtskonservativer" brüstet sich Gallo und bezeichnet auf seiner Homepage (www.vincentgallo.com) ein ehemaliges Mitglied seiner ersten Band *The Blue Mood* als fetten, hässlichen Juden. Erleichtert schreibt er an gleicher Stelle über seine zweite Band *Zephyr*: "Eine perfekte Band - keine Juden, keine Rotschöpfe." In einem mit sich selbst geführten Interview für das *Grand Royal Magazine* der *Beastie Boys* beschimpft er unter anderem Todd Feldman als "kleinen Juden-Bastard" und schwafelt an anderer Stelle von der jüdischen Dominanz in Hollywood. Auf Pressekonferenzen trägt er gerne T-Shirts mit der Aufschrift "Fuck Israel", oder auch schon mal ein Hakenkreuz an seiner Lederjacke.

In einem Interview mit der Zeitschrift *Spex* konnte man unkommentiert lesen: "Martin Luther King hatte keine Bedeutung. Seine größte Bedeutung war seine Ermordung, retrospektiv, ein Melodrama. Richard Nixons Einfluss war weitaus fundamentaler. Die wichtigste Person des 20. Jahrhunderts war ohnehin Hitler. Als das Life-Magazin die Wahl zum bedeutendsten Menschen des 20. Jahrhunderts ausgeschrieben hat, haben sie nur Einstein genommen, weil die Juden massiv Geld ausgegeben haben, um per Mail tausendfach abzustimmen." "Ich bin kein Antisemit, aber..." - diese Floskel gehört mittlerweile zum guten Ton eines jeden Antisemiten. Und auch Gallo, der einem Interviewer auf die Frage, ob er Jude sei die Antwort gab: "Nein, ich habe nicht das Juden-Gen", behauptet von sich "Ich bin mit Sicherheit kein Juden-Hasser".

Was in der Zukunft noch alles von Vincent Gallo zu erwarten sein wird, kann man sich denken. Wahrscheinlich ein Film, der gänzlich auf andere Schauspieler verzichtet und nur noch Gallo, Gallo und nochmals Gallo zeigt. Und bis es soweit ist: eine Reihe weiterer Hasstiraden auf Juden und Schwule. Für Letzteres sollte Gallo endlich einmal in erster Linie kritisiert werden, ganz gleichgültig, was man von seinem nächsten Film halten mag. ■

Zurück zum Glück

Eigentlichkeit als Marktvorteil, oder: Was ist Deutsch-Pop?

PHILIPP LENHARD

"Kultur heute schlägt alles mit Ähnlichkeit", schrieben Horkheimer und Adorno Anfang der 40er Jahre in der *Dialektik der Aufklärung*. (Horkheimer/ Adorno 1998: S. 128) "Die ästhetischen Manifestationen noch der politischen Gegensätze" verkündeten "gleichermaßen das Lob des stählernen Rhythmus."

Betrachtet man vor dem Hintergrund, dass die Kulturindustrie alle musikalischen Ergüsse in identische Schemata zwingt, das Phänomen des Deutsch-Pop, welches derzeit die Hitparaden stürmt und der noch vor ein paar Jahren angeblich tief in der Krise steckenden deutschen Plattenindustrie Gewinne beschert, die alle vorherigen heimischen Musikerzeugnisse in den Schatten stellen, so muss man den Hype um den deutschen Pop als bloßen Schein entlarven, der die tatsächliche Monotonie der Kulturindustrie notdürftig verdeckt. Und wirklich: All das Geschrei über ein angeblich neu gebrochenes Tabu des Deutsch-Singens kann als Scheingefecht bezeichnet werden, um dem Gleichklang der Popmusik wenigstens illusorisch noch etwas Differenz abzutrotzen. Denn auf deutsch wurde in Deutschland schon immer gesungen, die Ausnahme stellte eine Periode dar, in der aufgrund der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg sämtliche Wahn- und Wunschvorstellungen eines "Lebensraumes", "Herrenvolkes" etc. untergingen und das Deutsche mittelfristig beschämt als der amerikanischen Kultur unterlegen betrachtet wurde. Nach 1945 nahm der Rock´ n´ Roll seinen Siegeszug auch in Deutschland auf, die Massenbegeisterung für Elvis Presley dürfte sich nicht nur durch dessen Musik und Image erklären lassen, sondern auch durch den unreflektierten Umschlag von antisemitischer Raserei in philo-amerikanisches Konsumentendasein. (1) Trotz des enormen Einflusses der amerikanischen Massenkultur waren deutsche Liedermacher, Volksmusiker und Schlagersänger niemals von der Bildfläche verschwunden, im Gegenteil: Noch in den 90er Jahren wurden die meisten Schallplatten und CDs mit Abstand im Bereich Schlager und Volksmusik verkauft.

I.

Der Deutsch-Pop steht also genau betrachtet in zwei Traditionen: er verbindet den heimeligen Schlager mit der mittlerweile globalisierten Pop-Musik, sein Begriff "Deutsch-Pop" spricht diese Janusköpfigkeit offen aus. Doch Schlager und Pop als Gegensätze zu verwenden, als die sie hier erscheinen könnten, geht fehl, weil die Kulturindustrie längst alle Differenz eingeebnet hat. Wer sich deutsche Popbands anhört, wird immer ein nichtdeutsches Pendant finden, und je mehr die Popmusik in sich differenziert erscheint, desto größer ist ihre Einigkeit, wenn man die Motive betrachtet, die sie benutzt. Sowohl die rhythmische Regression, die alle Musik in einen Vier/Viertel-Takt presst (2) und damit zum Gefängnis wird, als auch die einfachen Harmoniefolgen, die zu allem Überdruss noch so oft wiederholt werden, dass sie sich dem Konsumenten einhämmern, verheißen nichts als das stumpfe Spiegelbild des ohnehin schon kargen Lebens. Nicht nur ihre Autonomie, auch ihren Charakter als ein immanent über sich hinausdenkendes hat die Kunst eingebüßt. Das, was an ihr erscheint, ist nichts als ein Verrat an Utopie. Das "Lob des stählernen Rhythmus" vereint alle populäre Musik, sei es Hip Hop oder Soul, Punk oder Heavy Metal. Zugleich appelliert sie an die niedersten Instinkte ihrer Hörer, ist denkfeindlich und auf bloßen Konsum, im Sinne einer Vernichtung von Gebrauchswerten, abgestellt. Nichts an ihr darf den alltäglichen Trott stören, sondern nur die jeweiligen Stimmungen der Konsumenten und ihre nach Unterscheidbarkeit schreiende Identität bestätigen, wobei noch jene Identität ihr Ideal am Souverän ausbildet und folglich alle vermeintliche Differenz in Konformismus ersäuft: Individualität wird undenkbar, geschweige denn realisiert. Was bleibt, ist der "Konsument als Ideologe" (Enderwitz), d.h. der Staatsbürger.

Warum also sollte der Deutsch-Pop eine Besonderheit darstellen, wo doch seine Mittel die gleichen stereotypisierten der Kulturindustrie sind, die keine Landesgrenzen kennt? Die besondere Abscheulichkeit des Deutsch-Pop liegt außerhalb des musikalischen Materials in den Texten, die bestimmte Bedürfnisse der Konsumenten befriedigen. Sind die kulturindustriellen Güter grundsätzlich affirmativ, so sind sie namentlich in Deutschland ekelhaft, weil sie das Bestehende nicht nur bestätigen, sondern ihm ein anzustrebendes "Eigentliches" entgegensetzen, getrieben durch eine barbarische Sehnsucht nach Ursprünglichkeit. Der Titel der neuen Platte der *Toten Hosen* drückt das unverhohlen aus: "Zurück zum Glück". Das Motiv, das durch Kommerz verstellte Eigentliche wiederfinden zu müssen, die ausgegorene Zivi-

lisationsfeindlichkeit, die jede Vermittlung als widernatürliche Machenschaft geißelt und sich auf Ursprung,

Das aktuelle Album der Toten Hosen

Tradition, das Echte (3) und deshalb Unmittelbare kapriziert, ist dem Deutsch-Pop jeder Ausprägung zu eigen. Sei es der Deutschen Liebling, *Herbert Grönemeyer*, der in seinem Song "Mensch" einem wie auch immer moralisch verquasten Menschen an sich auf der Spur ist und in regressiver Sehnsucht die Mächte verteufelt, die den Menschen von seiner eigentlichen Bestimmung abhielten - Mächte, die er einige Jahre zuvor schon mit dem Namen "Amerika" deutlich benannt hat; sei es die Punkband *Kettcar*, die gerne auf Innerlichkeit macht, an der Welt verzweifelt und in einer Art Spiegelfechterei von ihren Kollegen *Oma Hans* dafür kritisiert wird, dass sie ihre deutsche Soße aus rein kommerziellen Interessen produziere und also gar nicht echt sei - "Ausverkauf" heißt das dann, womit durchscheint, wie wenig den Akteuren die Warenförmigkeit ihrer Musik bewusst ist; sei es die deutsche Version des amerikanischen Tierrechts-Softtechno-Stars *Moby*, eine Band mit dem nicht zufällig narzisstischen Namen *Ich + Ich*, die wissen will, "wer du wirklich bist": Sie alle stehen in der nicht abreißenden deutschen Tradition der "negativen Aufhebung" bürgerlicher Gesellschaft, die der Ansammlung von Vereinzelten auf dem Markt die Sehnsucht nach echter Gemeinschaft, der zivilisatorischen Herrschaft über die Natur die vermeintliche Verschmelzung *mit* Natur und der Reflexion Tiefe und Innerlichkeit entgegensetzt.

II.

Nun mag man einwenden, diese Innerlichkeit sei nun wirklich nichts spezifisch deutsches, auch in anderen Ländern gebe es Musik, Kunst und Literatur, die Gefallen an romantischer Selbstbespiegelung finde. Der Kitsch in den Filmen des Hollywood-Kinos sei doch gerade von der Kritischen Theorie dafür kritisiert worden, einen falschen Schein zu erzeugen und die Zuschauer um das ihnen vorgegaukelte Glück zu betrügen. Doch so falsch es wäre, die deutsche Ideologie als ein außer der kapitalistischen und daher totalen Welt hockendes Wesen zu behaupten, so falsch wäre es auch, alle historisch entstandenen Unterschiede einzuebnen. Dass die ganze Welt eine kapitalistische ist und sich folglich die Kulturproduktion überall nach den Gesetzen von Wert- und Warenform richtet, also den Kulturwaren allgemein ein Fetischismus anhaftet (Vgl. Adorno 1997b: S. 24f.), der die Erkenntnis über ihre gesellschaftliche Genesis versperrt, bedeutet auch, die *spezifische* Durchsetzung der Warenform und das mit ihr unauflöslich verbundene Bewusstsein gerade nicht *allgemein* zu untersuchen. Es gilt das Paradox zu ergründen, wie das Allgemeine im Besonderen erscheint und umgekehrt. Denn das Allgemeine ist ohne das Besondere lediglich eine leere Abstraktion, während umgekehrt das Besondere *an sich* nicht mit dem Allgemeinen in Zusammenhang zu stehen scheint.

Die deutsche Ideologie - und über diese ist notwendig zu reden, wenn das Besondere des Deutsch-Pop herausgearbeitet werden soll - ist, wie bekannt sein dürfte, kein ontologischer Tatbestand des "deutschen Menschen", sondern ein zum Sozialcharakter verfestigtes Verhältnis zwischen Individuum und Souverän, zwischen Arbeit und Kapital. Marx hat dieses Verhältnis anhand der im bürgerlichen Subjekt erscheinenden Dualität von *bourgeois* und *citoyen*, der "Verdoppelung aller Elemente in bürgerliche und Staatswesen" (Marx 1959: S. 537), veranschaulicht: Wie die Ware einen Gebrauchs- und einen Tauschwert besitzt, ist auch der Warenhüter ein in sich gespaltenes Wesen. Ständig verheddert er sich in Widersprüche, weil er zwar seine Interessen ganz egoistisch verfolgt, aber zugleich für den Staat in die Bresche springen muss, der die Fortexistenz des Ganzen garantiert. Während in den westlichen Industriestaaten das bourgeoise Einzelinteresse mit der bürgerlichen Revolution die Oberhand gewann, zerfiel der Bürger in Deutschland nicht in egoistisches Einzelwesen und Staatsbürger, sondern beide waren immer schon identisch.

Der konstitutive Widerspruch des bürgerlichen Subjektes wurde durch die Herausbildung des Volksstaates, der die Einzelnen schicksalsgleich an den naturalisierten Staat, den völkischen Organismus schweißte, hypostasiert. Individuelles Profitstreben, das Glück des Einzelnen, galt als verpönt, insofern es nicht dem Gemeinwohl diente. Mit der verspäteten Geburt des deutschen Nationalstaates war von Anbeginn untrennbar die Unmöglichkeit zur Ausbildung von auf egoistischem Interesse fußen der Individualität verbunden. Die Deutschen "haben nämlich die Restauration der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen." (Marx 1962: S. 95) Denn zur Revolution fehlte "jeder besonderen Klasse

in Deutschland nicht nur die Konsequenz, die Schärfe, der Mut, die Rücksichtslosigkeit, die sie zum negativen Repräsentanten der Gesellschaft stempeln könnte", sondern auch "jene revolutionäre Kühnheit, welche dem Gegner die trotzige Parole entgegenschleudert: *Ich bin nichts, und ich müsste alles sein.* Den Hauptstock deutscher Moral und Ehrlichkeit, nicht nur der Individuen, sondern auch der Klassen, bildet vielmehr jener *bescheidene Egoismus*, welcher seine Beschränktheit geltend macht und gegen sich geltend machen lässt." (S. 105) Anstatt der Herausbildung bürgerlicher Subjektivität, welche aufgrund der Abtrennung vom familiären und lokalen Zwangsverband historisch erst das Individuum ermöglichte, transformierte sich die deutsche Feudalgesellschaft unter dem Eindruck der Durchkapitalisierung in eine völkische Schicksalsgemeinschaft: "Gutmütige Enthusiasten dagegen, Deutschtümler von Blut und Freisinnige von Reflexion, suchen unsere Geschichte der Freiheit jenseits unserer Geschichte in den teutonischen Urwäldern." (S. 96) Die romantische Sehnsucht nach vermeintlich rosigen vergangenen Zeiten ist daher entgegen ihrem Schein kein Überbleibsel der alten Gesellschaft, welches bloß noch in Vergessenheit geraten müsste, sondern ein Produkt der deutschen "bürgerlichen" Gesellschaft. Die deutsche Ideologie lässt sich auf die das Opfer zur Substanz der völkischen Gemeinschaft erhebende Kurzformel "Du bist nichts, dein Volk ist alles!" bringen.

III.

In dem Bestseller des Nationalsozialismus, Ernst Wiecherts *Das einfache Leben*, lässt der Autor seinen Romanhelden folgendes verlautbaren: "Es schien ihm, als wisse er nun erst, was Stille sei, der tiefe Atem eines Daseins, das nichts wollte und nichts begehrte, nichts zu bedauern und sich an nichts zu erinnern hatte, das nicht fröhlich oder traurig war gleich einem menschlichen Herzen, sondern das abrollte wie eine Sternenbahn, groß, weil es ein Gesetz erfüllte, und gut, weil es notwendig war." (Wiechert 1939: S. 231) Jenes Ideal vom "einfachen Leben" ist von einem Realitätsverlust geprägt, der die gegebenen Verhältnisse und Entwicklungen verleugnet, anstatt sich mit ihnen abzufinden oder sie gar zu bekämpfen. Besonders auffällig an Wiecherts Roman ist, dass trotz allem überbordenden Kitsch, trotz dieser ausgemachten Schnulzigkeit des ständig mit sich hadernden Helden, Gefühle überhaupt keine Rolle spielen. Körperliches Empfinden, also erlittener Schmerz und das Verlangen nach Glück, werden verdrängt, der Leib gemartert, um die eherne Notwendigkeit des "Gesetzes" vollziehen zu können.

Verknüpft ist zweierlei: die Absage an die Vernunft und die Verleugnung des eigenen Körpers. Das Individuum ist vollständig "aufgehoben", ist identisch geworden mit der Volksgemeinschaft, die mythisch zur Schicksalsgemeinschaft verklärt wird. In dieser falschen Allgemeinheit verwirklicht sich Gemeinschaft gerade nicht als Versöhnung von Individuum und Gesellschaft, sondern in der vollständigen Regression individueller Ansprüche. Mit dem bürgerlichen Egoismus stirbt auch die Fähigkeit, an den Waren den Gebrauchswert genießen zu können, weil alle sinnliche Erfahrung radikal verdrängt werden muss. Konsumtion gilt lediglich als Ausweis des gesunden Volksempfindens, als Beleg für die Mitgliedschaft in der Produktionsgemeinschaft: der Volksgenosse hat den Wert zu denken. Für das musikalische Bewusstsein der Massen bedeutet das: "Genußfeindschaft im Genuß". (Adorno 1997b: S. 19) Und nicht zufällig regrediert die Musik im Nationalsozialismus zum technischen Mittel der Herrschaft, wird also Unterhaltungsmusik für Hitlers willige Vollstrecker.

IV.

Der Deutsch-Pop ist vor allem deshalb erfolgreich, weil er als authentisch gilt. Selbstzufrieden lobt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die jungen Musiker für ihre "Unbefangenheit", "Natürlichkeit" und "Ehrlichkeit". Einfach nur nette Jungs von nebenan seien die Bands, gänzlich ohne Star-Allüren oder übertriebenen Kitsch. Das Attribut "deutsch" gilt daher als Gegenstück zur amerikanischen Unterhaltungsapparatur, der Begriff "Kulturindustrie" hat sich längst von seiner bei Adorno intendierten universalen Bedeutung gelöst und ist zum antiamerikanischen Propagandabegriff avanciert. (Vgl. Claussen 1999) Deutsche Musik soll echt sein, weshalb sie auch möglichst einfach und schlecht produziert ist (4), ihre Interpreten, allesamt Charaktermasken, die sich niemals vom Gemüsehändler oder von der Jura-Studentin unterscheiden dürfen. Ein deutscher Michael Jackson, eine deutsche Madonna - schier undenkbar. (5) Nicht etwa der Schein von Künstlichkeit wird kritisiert, also dass die ganze Show, die schicken Klamotten, der sexy Augenaufschlag, die exaltierte Hitzigkeit der Musik nur vom Klang des Immergleichen ablenken, sondern dass diese Form der Kulturindustrie überhaupt noch vorgibt, etwas anderes zu sein als verdinglichter Tauschwert. Gleichzeitig jedoch präsentiert der Deutsch-Pop sich ebenfalls als könne er sich der Warenförmigkeit entziehen: nur verheißt er nicht Glück, nicht das Entkommen aus der Hölle des allgegenwärtigen Zwanges, sondern Ursprünglichkeit. Er will nichts als Gebrauchswert sein, konkret und einfach aus der Tiefe der Seele sprudelnd. Doch dass auch er sich gesellschaftlicher Vermittlung durch den Wert verdankt, wird geflissentlich da-

durch verdeckt, dass der Deutsch-Pop das Image der aufgeregten Jugendlichkeit pflegt.

Wir sind Helden, Juli, Tocotronic - sie sind nette Studis, die richtig wütend werden, wenn da draußen in der großen weiten Welt Globalisierung und Krieg, Rassismus und Nationalismus herrschen. (Vgl. Misik 2005: S. 94-120) (6) Sie sind scheinbar die Sachwalter des kleinen, aber jungen Mannes, der auf irgendeine diffuse Weise genug hat von all den Anforderungen, die der Alltag der Konkurrenz in Zeiten der Überflüssigkeit an das Subjekt stellt. Musikalisch mögen sie den stumpfen Trott nur reproduzieren, wenn sie ihre immer wiederkehrenden Harmoniefolgen runterspulen, oft in die Länge gezogen bis zur Monotonie: textlich verkörpern sie jene schale Kulturkritik, die sich nach einem Zustand zurücksehnt, den es niemals gab. Sie fordern die Aufhebung aller Vermittlung, möchten bloß noch schwerelos und konfliktfrei dahinvegetieren: zurück zur Mutterbrust, um auf diese Weise mit der Welt wieder eins zu werden. (7) Sie predigen blinden Konsum, der Inhalt spielt keine Rolle mehr, sondern nur noch der Störenfried, der sich der narzisstischen Vereinnahmung widersetzt. (8) Alles, was different erscheint, soll identisch gemacht werden, um die Welt als organisches Ganzes zu konstituieren, in das der Einzelne sich bloß noch einfügen muss. (9) Auch die eigene Individualität, das reflektierte Begehren, wird diesem Identitätszwang geopfert.

V.

Nun möchte man entgegenhalten, das alles möge ja für diese und jene Band seine Richtigkeit haben, es gebe aber auch tolle Gegenbeispiele: gerade *Tocotronic* sei doch eine Band, die stets ihre Distanz zu Deutschland ausgedrückt und sich dagegen gewehrt habe, in den Deutsch-Pop-Topf gesteckt zu werden. Eine Initiative, die solcherlei Thesen vertritt, um mit dem Pop gegen das Attribut "deutsch" zu streiten, heißt *I can't relax in Deutschland!* Die Initiative besteht aus unabhängigen und unkommerziellen Konzertveranstaltern, Internet-Foren, dem *Conne Island* in Leipzig und einer subkulturellen Plattenfirma und hat soeben einen Pop-Sampler einschließlich Buch gegen die "Nationalisierung des Pop" herausgegeben. Dass das Projekt grandios scheitert, hängt nicht nur damit zusammen, dass die Initiative sich mit Roger Behrens, Martin Büsser und der Gruppe *Sinistra!* nicht gerade große Denker engagiert hat, um den deutschen Nationalismus zu kritisieren. (10) Das Problem liegt darin, dass die Initiatoren den Deutsch-Pop zu einem Bekenntnisproblem machen. In die Kritik gerät einzig, wer laut "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!" schreit. Immer wieder kapriziert sich die Deutsch-Pop-Kritik deshalb auf *Mia.* und das Duo *Heppner/von Dyk*, weil diese es so einfach machen, den Nationalismus zu kritisieren ohne allzu substantielle Kritik üben zu müssen - die möglicherweise auch die eigenen Favoriten in Mitleidenschaft ziehen könnte. Die anvisierte antideutsche Kritik gerät dem Sampler-Projekt zum bloßen Anti-Nationalismus, das Ziel wird also meilenweit verfehlt.

Dieser Anti-Nationalismus unterscheidet sich kaum von dem neuen deutschen Selbstbewusstsein, welches er zu kritisieren vorgibt. So schreibt der *I can't Relax*-Vorbereitungskreis: "Einen ernsthaften Bruch mit der Gemeinschaft, die Auschwitz hervorgebracht hat, kann es solange nicht geben, wie an der tief im reaktionären Denken des 19. Jahrhunderts wurzelnden deutschen Nation festgehalten wird." (Relax 2005: S. 8f) Dieses reaktionäre Denken habe in den rassistischen Pogromen Anfang der neunziger Jahre seinen Ausdruck gefunden. Doch mittlerweile sind die rassistischen Pogrome passé, Neonazis werden von Staats wegen bekämpft, die Bundesregierung geht auf Abstand zu revisionistischen Positionen und bemüht sich, ein nicht-völkisches Staatsbürgerrecht zu etablieren. Die Initiative will dergleichen Entwicklungen nicht wahrhaben, weil nicht sein kann, was nicht sein darf: dass die BRD längst eine anti-nationale Macht ist, deren Zusammenhalt nicht in der Identifikation, sondern vielmehr in einem Bruch mit Auschwitz gestiftet wird. (Vgl. S. 20) Gerade die Verdrängung des Zusammenhanges zwischen postnazistischem Sozialstaat und Vernichtungs- und Raubkrieg fördert immer wieder die offensive Abgrenzung gegenüber dem Rechtsvorgänger zu Tage und lässt die Deutschen den Nationalsozialismus in Serben, Israelis oder Amerikanern erblicken. Von "Schlussstrich" jedoch kann - wie die Gruppe *Sinistra!* behauptet (S. 23) - keine Rede sein.

Im Gegenteil: Die Funktion der Schlussstrichdebatte besteht gerade darin, die Vergangenheit niemals enden zu lassen, sondern sie immer wieder neu als moralisches Kapital instrumentalisieren zu können - der Vorwurf der "Instrumentalisierung unserer Schande" (Walser) insistiert auf dem deutschen Exklusivitätsanspruch, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben. Die Kritik des Deutsch-Pop geht fehl, weil trotz aller weitschweifigen philosophischen Diskurse völlig im Dunkeln bleibt, was das *deutsche* des Pop ausmacht. Mit einer bloß oberflächlichen Nationalismus-Kritik und der Aufzählung von ganz besonders reaktionären Diskursen kann jedenfalls weder dem Deutsch-Pop zu Leibe gerückt werden noch den herrschenden Verhältnissen. So ehrenhaft der Versuch auch ist, er schlägt doch nur wieder um in ein Partikel des anderen, neuen, besseren Deutschland.

Anmerkungen:

(1) Dan Diner hat darauf hingewiesen, dass dieser Umschlag keineswegs so bruchlos und total war, wie es des Öfteren dargestellt wird. Die "Entfremdung Deutschlands von sich selbst" sei "nach 1945 ein immer wiederkehrender Topos amerikafeindlicher Rede" gewesen und stellte somit eine Abwehrhaltung gegenüber der westlichen Kultur dar. (Diner 2003: S. 115f.)

(2) Im Jazz hat durch die neumodische Melange aus Jazz und Hip Hop oder Rock ein reduzierter und ohne synkopische Finessen auskommender Vier-Viertel-Takt Einzug erhalten und etwa den wenigstens noch Aufbrechendes vorgaukelnden Cakewalk-Rhythmus (3/16+3/16+2/16 aufgelöst in einem Zwei-Viertel-Takt) verdrängt. Beschrieb Adorno noch den "Scheintakt" (Adorno 1997a: S. 70), also die Pseudo-Freiheit, die dem Jazz anhaftete, so legt heute niemand mehr auf solche Abenteuer wert. Die "maschinenhaft starr festgehaltene Grundzählzeit" (ebenda) ist den Konsumenten schon so in Fleisch und Blut übergegangen, dass es ihnen nicht einmal mehr auffällt.

(3) So klagt etwa die Band *Virginia Jetzt!*: "Diese Zeit hat keinen Namen/ Und keine echten Ideale/ Doch wir irren durch unser Leben/ Auf der Suche nach Erinnerungen/ Um festzuhalten, was schön ist - obwohl hier gar nichts geschehen ist" in ihrem Song "Das ganz normale Leben" auf dem Album "Anfänger" (2004).

(4) Die schlechte Qualität der Produktion äußert sich darin, dass viele Aufnahmen, erwähnt sei etwa die erste Platte der Band *Juli*, einen sehr direkten, scheinbar ungeschliffenen Zugang des Hörers zum musikalischen Material suggerieren. Die Produktion ist klar, verzichtet auf sofort identifizierbare Effekte und vermeidet somit, dass die Distanz zwischen Hörer und Stück bei der Konsumption ins Bewusstsein dringt. Eine "gute" Produktion würde diese Distanz reflektieren und verstünde sich darauf, diese durchaus kunstvoll zu setzen.

(5) Ganz in diesem Sinne geißelt die Band *Wir sind Helden* den amerikanischen Pop mit den Worten: "Zieh dir was an - Mädchen/ Was glaubst du, was das bringt, außer dreckigen Zoten/ Außer dem kleinen bisschen besseren Quoten/ Außer den paar Werbeangeboten/ Und einem Erfolg der stinkt wie Hundepfoten" in dem Song "Zieh dir was an" von der Platte "Von hier an blind" (2005). Dass sie auf Amerikaner anspielt, ist daran zu erkennen, dass sie das besungene Pop-Sternchen an einer anderen Stelle des Liedes als Kind von "Quäkern" identifizierbar macht. Kein Wunder, dass das oberflächliche Geschwätz, welches jeder anständige Deutsche mit "dem Amerikaner" verbindet, mit dem jiddischen Begriff "Geschäker" bezeichnet wird - es reimt sich ja auch so schön.

(6) Rätselhaft bleibt, warum Misik trotz seiner bisweilen vortrefflichen Analyse doch nicht zum letzten Schritt gelangt, die von ihm bei den Jugendbewegungen prognostizierte Sehnsucht nach "Eigentlichkeit" als reaktionär zu verwerfen, sondern warum er immer wieder darauf verfällt, doch noch positives, kreatives etc. finden zu wollen.

(7) Auf der Platte "Pure Vernunft darf niemals siegen" (2005) von *Tocotronic* heißt es paradigmatisch: "Im Blick zurück entstehen die Dinge/ Die dazu führen, dass wir uns finden/ Dass unsere Träume uns gelingen/ Bevor sie sanft ins All verschwinden". Ein unveröffentlichter Text von den *Sternen* beginnt ganz ähnlich folgendermaßen: "Du hast die Welt in deiner Hand/ Du hast die Welt in deiner Hand/ Du hast die Welt in deiner Hand/ Du hast die Welt in deiner Hand/ Gib sie wieder her/ Ich brauche sie so sehr/ Gib sie wieder her/ Bring sie doch zurück zu mir". (http://skyeyeliner.endorphin.ch/sternetexte.html)

(8) Noch einmal O-Ton *Die Sterne*: "Hier geht's nicht um Inhalt/ hier geht's um uns!/ Nehmt dies als Warnung/ und nicht als Kunst!" in ihrem Song "Wir/Ihr" (sic!) auf der Platte "Das Weltall ist zu weit" (2004).

(9) *Tocotronic* sangen einmal: "Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein" auf der Platte "Digital ist besser" (1995). Auch wenn sich Sänger Dirk von Lotzow angesichts des von der *Jungle World* und der *KP Berlin* organisierten "Deutschland, du Opfer"-Festivals, zu dem eine nonkonforme Minderheit von 10.000 Antinationalisten zusammenkam, in der *taz* (7.5.05) betonte, in diesem Lied sei es um die Unmöglichkeit einer *deutschen* Jugendbewegung gegangen: der Wunsch, Glied auch nur irgendeiner Bewegung zu sein wird in dem Text mehr als deutlich. Die Form der Masse ist in diesem Falle gegenüber ihrem Inhalt gleichgültig, auch wenn die Form in Inhalt umschlägt.

(10) Das gedankliche Geschwurbel zu kritisieren, würde nicht nur zu weit führen, sondern ist angesichts des erheblichen Mangels an logisch stringenten Argumenten geradezu unmöglich. Stattdessen herrscht Jargon vor. Exemplarisch sei hier Roger Behrens zitiert: "Die Nation wird zum Leitbild der Kultur, die Kultur wird zur Bühne eines Nationalismus, der als Gesinnung begriffen werden muss. Popkultur als populäre Kultur gründet in der Gesinnung; sofern die populäre Kultur in Deutschland ihre volkstümliche Wurzel nie abgeschlagen hat, ist diese Gesinnung auch in der deutschen Popkultur immer die deutsche Gesinnung gewesen." (Relax 2005: S. 39) Interessant auch Martin Büssers Engagement für vermeintlich nicht-warenförmige "schwarze" Musik: "Im Gegensatz zur Lohnarbeit bewegt sich der Körper hier aus freien

Stücken heraus, ohne einem erkennbaren ökonomischen Zweck zu dienen und wird sich so über die zweckfreie Bewegung des Unterdrücktseins bewusst" (S. 33) - bloß dass die Bewegung um ihrer selbst Willen nichts mit einer Kritik des ökonomischen Zwanges zu tun hat, sondern ausdrückt, wie ohnmächtig das Subjekt sogar seinem eigenen Körper gegenübersteht. Büsser, der die Sublimationskraft der Kunst am liebsten austilgen und der elitären Hoch- eine demokratische Popkultur gegenüber stellen möchte, steht dem, was deutsch ist, so dermaßen blind gegenüber, dass man sich fragt, was sein Beitrag überhaupt in einem solchen Sampler zu suchen hat. ■

Literatur:

Adorno, Theodor W., *Theorie der neuen Musik. Neunzehn Beiträge über neue Musik*, in: Theodor W. Adorno, *Musikalische Schriften V*, Gesammelte Schriften 18, Frankfurt a. M. 1997a.

Adorno, Theodor W., *Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens*, in: Theodor W. Adorno, *Dissonanzen. Einleitung in die Musiksoziologie*, Gesammelte Schriften 14, Frankfurt a. M. 1997b.

Claussen, Detlev, *Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker*, in: Detlev Claussen, Oskar Negt, Michael Werz (Hrsg.), *Keine Kritische Theorie ohne Amerika*, Frankfurt a. M. 1999.

Diner, Dan, *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München 2003.

Diverse, *I Can't Relax In Deutschland*, Sampler und Buch, Köln 2005.

Horkheimer, Max/ Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 1998.

Marx, Karl, *Die bürgerliche Gesellschaft und die kommunistische Revolution*, in: MEW 3, Berlin 1959.

Marx, Karl, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: MEW 1, Berlin 1962.

Misik, Robert, *Genial dagegen. Kritisches Bewusstsein von Marx bis Michael Moore*, Berlin 2005.

Wiechert, Ernst, *Das einfache Leben*, München 1939.

anzeige

"Was für Eltern muss man haben..."

Der Hass auf den *FC Bayern München*, von den Nazis als "Judenklub" bezeichnet, trägt immer noch antisemitische Züge

ALEX FEUERHERDT

Ist ausgerechnet Oliver Kahn - Torwart nicht nur des *FC Bayern München*, sondern auch der deutschen Nationalmannschaft - am Ende gar ein vaterlandsloser Geselle? Vor dem alles entscheidenden Meisterschaftsspiel seines Vereins in Hamburg am letzten Spieltag der Saison 2000/01 gefragt, was er denn für eine Atmosphäre erwarte, antwortete er jedenfalls: "Bis auf die Bayern-Fans wird das ganze Stadion, wird ganz Deutschland gegen uns sein - was Schöneres gibt es doch gar nicht!" Recht hat er, und doch ist Kahn national unzuverlässiger Neigungen natürlich leider unverdächtig. Gleichwohl klingt in seinem Statement zumindest an, dass dem prominenten Keeper Scheußlichkeiten wie "Gemeinwohl" oder "nationales Interesse" bisweilen herzlich egal sind. Der FC Bayern - erfolgreichster deutscher Fußballklub und in dieser Hinsicht das Maß aller Dinge - verfolgt seine eigenen Absichten und Ziele, die er auch ganz offen und unverblümt benennt. Das stößt in einem Land, in dem man die Dinge lieber um ihrer selbst - und also um des großen Ganzen - willen tut und in dem interessengeleitetes Handeln - noch dazu für Geld! - unter Generalverdacht steht ("Amerikanisierung"), naturgemäß auf wenig Gegenliebe.

Sicher, Bayern München ist hierzulande der Fußballverein mit den meisten Mitgliedern und Fans. Inwieweit seine Erfolge von seinen Anhängern gewissermaßen kompensatorisch herangezogen werden, um sich das eigene trostlose Leben dadurch ein bisschen zu versüßen, dass man sich selbst als Teil einer Truppe von Siegern fühlt, muss hier genauso unerörtert bleiben wie die Frage, ob Glanz & Glamour des Münchner Klubs nicht einfach bloß einen ähnlich projektiven Reiz ausüben wie Pop- und Filmstars oder das britische Königshaus. Vielmehr soll an dieser Stelle von denen die Rede sein, die den FC Bayern abgrundtief hassen und darin antiliberale, deutsche Ressentiments von der Leine lassen.

Bodenständig bleiben

Geradezu prototypisch für diesen gesellschaftlichen Mainstream ist die Düsseldorfer Popgruppe *Die Toten Hosen*, die vor knapp fünf Jahren mit ihrem Anti-Bayern-Song Volkes Stimme in den Charts etablierte. Für Campino & Co. steht fest: "Es kann so viel passieren, es kann so viel geschehen, nur eins weiß ich hundertprozentig: Nie im Leben würde ich zu Bayern gehen." Sondern natürlich - so viel "Lokalpatridiotismus" (Karl Selent) muss sein - bodenständig bleiben, im heimeligen Düsseldorfer Kiez nämlich, und bei ekligem Altbier und fettiger Bratwurst mit den anderen Fußballvolksgenossen darüber lamentieren, dass es in dieser Sportart, zuvörderst bei den Bayern, ja nur noch ums Geld gehe, die Scheiß-Millionäre eh' alle viel zu viel Geld verdienten und nicht mehr ehrlich malochten wie noch zu Fritz Walters Zeiten. Deshalb wissen die "Hosen" genau, was sie denn täten, wenn sie "20 wären" und "supertalentiert": Gegen Angebote von *Real Madrid* und *Manchester United* hätten sie nichts einzuwenden, auch "für Deutschland" würden sie natürlich spielen. Doch wenn Bayern-Manager Uli Hoeneß "auf der Matte stehen" würde, wäre aber so was von Feierabend: "Ich würde meine Tür nicht öffnen, weil's für mich nicht in Frage kommt, sich bei so Leuten wie den Bayern seinen Charakter zu versauen."

Denn dort pflegt man keine Proletenromantik, kein Blut-Schweiß-und-Tränen-Ideal und keine volksgemeinschaftliche, biergeschwängerte Vereinsheimidylle, wie es die meisten deutschen Fußballfreunde tun, die "ehrliche" Spieler und einen "sauberen" Sport sehen wollen, frei von Kommerzialisierung und anderem kapitalistischen Unbill. Man träumt - ganz romantizistisch und reaktionär, also deutsch - von den guten alten Zeiten, in denen die Kicker noch für lau unterwegs waren, in Nibelungentreue zu ihrem Verein standen und in der Region des Klubs Wurzeln geschlagen hatten.

Arbeiter- versus "Judenklub"

Da gibt der FC Bayern in vielfacher Hinsicht natürlich ein ideales Feindbild ab. Bereits in den 1920er Jahren - als andernorts noch Turnvater Jahn angebetet und das Deutschtum gepflegt wurde - spielte der Klub häufig gegen internationale Mannschaften und verpflichtete internationale Trainer. Der langjährige Präsident Kurt Landauer, ein kosmopolitischer Jude, wurde 1939 von den Nazis ins KZ deportiert und floh anschließend ins Schweizer Exil. Dort besuchte ihn - gegen das ausdrückli-

che Verbot durch die Nazis - die komplette Mannschaft, die sich nach ihrer Rückkehr massiven Repressalien ausgesetzt sah. Landauer wurde nach 1945 übrigens wieder als Präsident eingesetzt, womit die Bayern quer zur allgemeinen Entwicklung in anderen Vereinen lagen, in denen die Vereinsführung oft genug aus Nationalsozialisten bestand, die nach dem Krieg rasch wieder in Amt und Würden kamen.

Den Nazis galt der FC Bayern als "Judenklub", und es gelang ihnen erst 1942, den Klub zu "arisieren" und einen nationalsozialistischen Präsidenten zu installieren. Zuvor war Bayern München ein bürgerlicher Verein, metropolitan, liberal und mit einer beträchtlichen Zahl an jüdischen Mitgliedern. Etliche von ihnen bestimmten maßgeblich die Geschikke des Vereins, etwa der Gründer der Fachzeitschrift *kicker*, Wal-ther Bensemann, Trainer Richard Dombi oder Jugendleiter Otto Beer. Nationalspieler "Ossi" Rohr ging 1933 als einer der ersten deutschen Kicker überhaupt als Profi nach Frankreich und wurde dort 1940 von den Nazis ins KZ deportiert, weil sie den bezahlten Fußball für eine jüdische Erfindung hielten. Der FC Bayern versuchte immer wieder, aus der miefigen, deutschen Enge auszubrechen, begriff sich als moderner, weltoffener Klub mit internationalen Ambitionen, dem das germanische Ideal des Amateurismus fremd war und der seinen Spielern die Möglichkeit geben wollte, mit dem Fußballspielen auch Geld verdienen zu können. Wie anders verlief dagegen beispielsweise die Geschichte des bis heute als Arbeiterklub abgekulteten *FC Schalke 04*, der des Führers Vorzeigeverein war, sechs seiner sieben deutschen Meisterschaften zwischen 1933 und 1945 gewann und seinerzeit auch einen beträchtlichen Teil der deutschen Nationalmannschaft stellte.

Doch die *Toten Hosen* schert das genauso wenig wie das Gros der deutschen Fußballfans. "Ganz egal wie hart mein Schicksal wär', ich würde nie zum FC Bayern München gehen", trällert Campino, und der Mob grölt es mit. "Nicht das tatsächlich Negative, das abstrakte, das objektive Kapitalverhältnis ist Thema der Toten Hosen, nein, das Abstrakte wird konkretisiert und personalisiert im Lackstiefelclub FC Bayern München, um es sodann austreiben zu können", brachte es Karl Selent vor fünf Jahren in der Düsseldorfer Monatszeitung *Terz* auf den Punkt. Die "Hosen" hingegen sind noch lange nicht fertig: "Was für Eltern muss man haben, um so verdorben zu sein, einen Vertrag zu unterschreiben bei diesem Scheißverein?" Das müssen dann wohl die Feinde des Volkes sein - Juden, Amerikaner, Bonzen oder was auch immer -, bei deren Sprösslingen der Apfel nicht weit vom Stamm fällt - "von solchem proletenhaften Abstammungsdenken war es einst nur ein Katzensprung zum Rassenantisemitismus gegen den ‚Judenclub' FC Bayern München." (Selent)

Als "Judenklub" werden die Bayern heute in der Regel nicht mehr beschimpft, aber die Ressentiments, die sich gegen sie entladen, sind dennoch von typisch antisemitischen Stereotypen durchsetzt. Man hasst den Klub, weil er erfolgreich ist und dieser Erfolg angeblich ausschließlich dem vielen Geld zu verdanken ist, das der Verein besitzt, zu dem er mühelos und ohne Arbeit gekommen zu sein scheint - vermutlich durch undurchschaubare Transaktionen und zwielichtige Geschäfte - und das sich wie von selbst zu vermehren scheint, während andere Klubs darben und ständig um ihre Existenz kämpfen müssen. Hier deutet sich die uralte antisemitische Aufspaltung in "schaffendes" (also deutsches) und "raffendes" (vulgo: jüdisches) Kapital mehr als nur an. Man wirft dem FC Bayern vor, gewissermaßen ein Kunstprodukt zu sein und seine Erfolgsteams bloß zusammengekauft zu haben, statt sie von Kindesbeinen an wachsen zu lassen.

"FC Hollywood"

Auch wenn Ressentiments nicht durch das Benennen von Fakten aufklärbar sind, sei der Vollständigkeit wegen darauf hingewiesen, dass der Verein sich lediglich ein bisschen geschickter anstellt als seine Konkurrenten: Das große Olympiastadion etwa sorgte für höhere Einnahmen bei den Spielen, und das Management hatte ein feines Gespür für die Möglichkeiten finanzieller Akquise. Als erster deutscher Fußballklub dehnte der FC Bayern seine Werbung um Sympathien, Mitglieder und Fans auf das gesamte Bundesgebiet aus (was den Hass auf ihn noch steigerte - man hat schließlich seine Wurzeln zu bedenken und als Kölner zum FC zu halten und als Ruhrgebietsmensch zu Schalke oder *Borussia Dortmund*) und schuf sich durch ein geschicktes Merchandising weitere Einnahmequellen. Gleichzeitig verpflichteten die Bayern immer wieder auch internationale Stars, erhöhten so ihre Wettbewerbschancen und erweiterten damit wiederum auch ihren finanziellen Spielraum. Dessen ungeachtet - oder gerade deswegen - bewahren sie durch zuschauerträchtige Benefizspiele immer wieder so genannte Traditionsklubs vor dem sicheren Untergang - wie vor nicht allzu langer Zeit zum Beispiel ausgerechnet den linken Kultverein *FC St. Pauli*, der die kompletten Einnahmen aus einem Freundschaftskick gegen Bayern München zur Sanierung seiner maroden Finanzen verwenden konnte.

Doch solche Fakten fechten die Bayern-Hasser natürlich nicht an. Vielmehr kommen auch (mit antisemitischen Stereotypen eng verbundene) antiamerikanische Ressentiments in der Ablehnung des interna-

tionalsten deutschen Fußballklubs immer wieder zur Geltung, sei es indirekt - wie etwa in dem Vorwurf, der FC Bayern sei im Fußball eine arrogante Großmacht, der ständig Absprachen und Regelungen verhindere oder sabotiere und nach eigenem Gutdünken verfahre -, sei es direkt wie durch die Bezeichnung "FC Hollywood", mit der die Glitzerwelt des Klubs, der Klatsch und Tratsch um ihn und ganz generell das gleißende Scheinwerferlicht, das beständig auf ihn gerichtet ist, als künstlich, pompös, bombastisch, inhaltsleer, oberflächlich und unseriös - amerikanisch eben - entlarvt werden sollen. Der FC Bayern ist gewissermaßen die USA der Fußball-Bundesliga, der man "Old Europe" in Form von Vereinen wie *Werder Bremen*, *Borussia Dortmund* oder *Schalke 04* entgegenstellt, wenn man es nicht gleich aus Prinzip mit Underdogs à la *SC Freiburg*, *Mainz 05* oder dem *FC St. Pauli* hält, die vermeintlich ganz anders funktionieren, bei denen Fußball noch gearbeitet werde, die Fans in Treue fest mit ihrem Klub verbunden seien und in dem es familiärer, dörflicher und intimer zugehe als bei den großen Bayern: Hier das kleine, ungemütliche und baufällige Stadion, dort die prachtvolle und komfortable Allianz-Arena, die der Volksmund bereits "Arroganz-Arena" nennt. Hier die gewachsene und überschaubare Familie der aufrechten Anhänger, die bei Wind und Wetter kommen, mit ihrem Team durch Dick und Dünn gehen und Leiden für einen Wert an sich halten, dort die gesichtslose Schar erfolgsverwöhnter Opportunisten, die keine Fans sein können, weil ihr Verein ja ständig alles gewinnt, und die gar nicht wissen, wie es ist, wenn man ständig auf die Mütze bekommt. Hier die kuschelige Scholle, dort die kalte, fremde Großstadt; hier die deutschen Werte, dort die amerikanischen; hier die Opfer, dort die Täter.

Die neu gebaute "Arroganz-Arena" des FC Bayern

Das Nationale als Anachronismus

Der heutige *FC Bayern München* - das heißt seine Spieler, Trainer, Funktionäre und die Fans - nimmt zwar keinerlei Bezug mehr auf die Geschichte des Klubs vor 1945; dennoch sind manche Äußerungen und Stellungnahmen durchaus sympathischer als die aus anderen Vereinen. Manager Uli Hoeneß etwa kann - obschon bekennender CSU-Wähler und Gewerkschaftsfeind - zumindest mit dem klassischen Deutschnationalismus gar nichts anfangen und hat mehrfach betont, dass die Sympathien der Anhänger für einen Spieler nicht von dessen Staatsangehörigkeit abhängen dürften. Die Beschränkung der Zahl nichtdeutscher Spieler in deutschen Vereinen lehnt er ab. Nationalmannschaften hält er schon mal für einen Anachronismus, weshalb man über ihre Abschaffung nachdenken müsse, da den Fans ihr Lieblingsverein näher sei.

Nicht unsympathisch war, nebenbei bemerkt, auch der Auftritt des FC Bayern bei seinem letztjährigen *Champions League*-Gastspiel am jüdischen Neujahrstag in Tel Aviv gegen *Maccabi*. Der Bayern-Vorstandsvorsitzende Karl-Heinz Rummenigge etwa äußerte sich in einem Interview geradezu begeistert über Israel und verurteilte den palästinensischen Terror scharf. Auch die Mannschaft zeigte so etwas wie politisches Bewusstsein: Normalerweise trägt das Team bei internationalen Begegnungen schwarze Trikots, Hosen und Stutzen. In Tel Aviv lief es jedoch ganz in roter Kleidung auf. Bemerkenswerte Begründung: Die schwarze Kluft könne in Israel Assoziationen zur Uniform der SS hervorrufen. Und das gelte es unbedingt zu vermeiden. Ob andere Klubs auch von sich aus einen solchen Schritt unternommen hätten, darf bezweifelt werden. ■

Tipps zum Weiterlesen:

Dietrich Schulze-Marmeling, *Die Bayern. Die Geschichte des deutschen Rekordmeisters*, Göttingen 2003, Verlag Die Werkstatt.

Ders. (Hg.), *Davidstern und Lederball. Die Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball*, Göttingen 2003, Verlag Die Werkstatt.

Kritik und Parteilichkeit

Aufruf zur antideutschen Konferenz am 18. und 19. November 2005 in Berlin

REDAKTION BAHAMAS

Zweiundfünfzig in die Luft gesprengte Londoner und das sichere Wissen darum, dass sich vergleichbare Untaten in den westlichen Metropolen jederzeit wiederholen könnten, löst allein professionelles Nichtverstehen-wollen aus. Kritik an den Tätern und ihrer Legitimation scheint von vornherein aussichtslos - und zwar gerade weil jeder weiß, wer da mordet und warum. Keineswegs ist diese paradoxe Situation etwa allein "typisch deutsch", wie einen die Erfahrung insbesondere seit den Anschlägen von Madrid lehrt: Ausnahmslos jedes dem Westen zugerechnete Land verfügt über Dutzende nationaltypischer Ken Livingstones, heißen sie nun Zapatero, Prodi, Chomsky, Langer oder Zuckermann, die stets dann zum Dialog aufrufen, wenn es gälte, zu den korangrünen Banden auf Konfrontationskurs zu gehen. Jene Matadore des Kulturrelativismus gleichen einander bis in die letzte Friedensphrase so sehr, dass, wer einen kennt, die Einlassungen der anderen selbst verfassen könnte. (...)

Keineswegs (...) sind die offiziellen Repräsentanten des heutigen Antizionismus für sich genommen das Problem, sondern der neue linke bzw. linksliberale nach-68er Mittelstand, dem sie entstammen und dessen Exponenten sie sind. Es ist dieses Milieu, das in seiner zwischen Auftrumpfen und Selbstekel, Vitalismus und Todessehnsucht oszillierenden Gemütslage sich so ganz spontan in die islamistischen Mörderseelen einzufühlen vermag und das in seiner qua "political correctness" autoritär befestigten und bislang ungebrochenen Meinungsführerschaft jede Kritik am Islamfaschismus als Verrat am multikulturellen Glaubensbekenntnis diskreditiert.

Dies alles ist nicht spezifisch deutsch, findet hierzulande aber deswegen eine so unverwechselbare Ausprägung, da die so genannten 68er auf nichts mehr zielten als darauf, als ideologische und praktische Erben des Nationalsozialismus im antifaschistischen Gewand anzutreten. Die fürsorgliche Islambegleitung der im Namen ausgerechnet des Antifaschismus auftretenden 68er verweist durchaus auf Übereinstimmungen mit den Zielen der angeblich verfolgten Anhänger des Propheten. (...) Der Antifaschismus der 68er war eine Unternehmung, die in Israel und den Vereinigten Staaten jenen Feind am Wirken sah, den schon ihre Eltern mit der Vernichtung der europäischen Juden unschädlich machen wollten. Der Weg Horst Mahlers oder Bernd Rabehls vom studentenbewegten Kader zu waschechten Nationalrevolutionären in der Tradition des Nationalsozialismus ist nur in der extremen Konsequenz randständig. Der Kampf der Grottians, Münteferings oder Geißlers um einen "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" und "in sozialer Verantwortung" ist den Kapitänen des deutschen Wirtschaftswunders wie den früheren Nazi-Wirtschaftsführern Heinrich Nordhoff oder Gerling entweder in Nostalgie oder aber "ungeglaubtem Glauben" (Adorno) verpflichtet und richtet sich unter dem Empfinden ständiger Bedrohung umso fanatischer gegen vorgebliche Schädlinge am Volkskörper, "Asoziale" und "Heuschrecken". Diesem Kampf liegt die Sehnsucht nach jenen sozialistischen Volksgemeinschaften zugrunde, in denen Arbeitsameisen, vom gerechten Volksstaat geleitet, ununterbrochen irgendwelche dem Kollektivwohl dienlichen Werke hochziehen und nach Feierabend ein gutes Buch lesen - das heute sehr gut der Koran sein könnte. In der Verehrung für den roten Terror, wie er im China der Kulturrevolution, im stalinistischen Albanien und schließlich im Kampuchea der Roten Khmer wütete, kam der einzige substantielle Einwand zum Ausdruck, den sie gegen die Nazis geltend machten: deren unordentliches Verhältnis zu den Kapitalisten, die sie zwar an die staatliche Kandare nahmen, zugleich aber als Personifikationen ihrer Klasse nicht liquidierten.(...)

Durch relative ökonomische Prosperität und die recht hartnäckige politische Abstinenz der Bevölkerung gegenüber den Angeboten, die die Generation 68 ihnen machte, blieb all dies bis 1990 mühsam gebändigt. Seitdem lastet jedoch all das auf einer in Panik verfallenden Gesellschaft, die auf eine volksstaatliche Rettung aus der Krise vertraut, obwohl sie weiß, dass die Heinrich Nordhoffs von heute keine scheinbar krisenunabhängige Wohlstands-Volksgemeinschaft mit Arbeitersiedlungen und KdF-Programmen mehr im Angebot haben, sondern eine Zwangsgemeinschaft der Durchgefallenen, die sinnigerweise nach einem Nachfolger Nordhoffs in der Chefetage von Volkswagen benannt ist. Heute erweist sich das nostalgisch verklärte Modell Volkswagen als das heimliche Leitbild einer linken Sammlungsbewegung, um die sich fast alle scharen,

die das Erbe von 68 nicht nur zu verwalten vorgeben, sondern wirklich glaubwürdig repräsentieren und die endlich einmal die Aussicht hat, von größeren Teilen des Volkes als Wahlalternative angenommen zu werden. Heute steht der Volkswagenwerker, der seine übertariflichen Leistungen gefährdet sieht und deshalb als eingefleischter *Bild*-zeitungslesender Antikommunist die Wahl einer Partei erwägt, die der alten BRD genauso nachtrauert wie der untergegangenen DDR, Seit an Seit mit den Berliner Autonomen der Gruppe FELS, die dauernd ein staatlich alimentiertes Existenzgeld für alle einfordert, als wäre ausgerechnet der deutsche Staat keine Zwangsanstalt, sondern eine altruistische Unternehmung zur Verteilung von Almosen und Hartz IV nicht die konsequente Umsetzung der Existenzgeldforderung.

Parteilichkeit für Israel

Ohne Zweifel sind diejenigen, die das Appeasement mit dem Vernichtungskrieg gegen den Westen am lautesten einfordern und ganz multikulturell begünstigen, in erster Linie Linke, seien sie nun K-Gruppen-Exoten, professionelle Antirassisten, Globalisierungsgegner, Ökologen, Pazifisten oder Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Das ist bekannt und was daraus folgt, scheint ebenso klar auf der Hand zu liegen: Man vollzieht den überfälligen Befreiungsschlag und verabschiedet sich ohne Rückversicherung und Einschränkung von diesem Milieu, das sich die "Linke" nennt und mit dieser Selbstzuschreibung zum Ausdruck bringt, dass es sich bei ihm um nichts anderes handelt als um eine Gemeinschaft zur wechselseitigen Gesinnungspflege, die ihren erbaulichen Gewissheiten unbekümmert um Fakten und Interessen Geltung verschafft, wenn sie dazu Macht und Gelegenheit hat. Man könnte es damit sein Bewenden haben lassen, sich der Freiheit von kollektivistischen Zumutungen, die man sich damit erobert hat, sowie des damit gewonnen Spielraums erfreuen und endlich einer Kritik nachgehen, die nach Marx weder vor den herrschenden Mächten noch vor ihren eigenen Resultaten sich fürchtet.

Zu beobachten ist freilich etwas anderes: Kaum ist man der alten Gesinnungsgemeinschaft einigermaßen glücklich entkommen, wird von nicht wenigen eine neue ins Leben gerufen, als halte man es in der neuen Freiheit ohne übergreifende Ordnung und neue kollektive Prinzipien einfach nicht aus. Man sucht geistiges Obdach, neue Freunde in einem neuen zu Hause, kurz: Identität. Ein solches Bedürfnis macht sich auch dort bemerkbar, wo antideutsche Kritik am ehesten erfolgreich zu werden schien: in der Solidarität mit Israel. In diesem Spektrum hat sich längst die notorische Unlust verbreitet - schlechtes Überbleibsel aus linken Bewegungsjahren -, fällige Fehden mit angeblich antisemitismuskritischen Antizionisten, die plötzlich auch unter dem Label Israelsolidarität segeln, tatsächlich auszutragen, als sollte um jeden Preis eine Einheitsfront der Guten für Israel geschmiedet werden. (...)

Statt um die Parteinahme für Israel und seine Anstrengungen, als Staat in einer feindlichen Welt zu überleben, statt also im wesentlichen mit den Feinden des jüdischen Staates abzurechnen, geht es zunehmend darum, ein so inniges Verhältnis zu Israels Land und Leuten - oder besser: zu dem, was man darin sehen will - zu unterhalten, als müsse unbedingt ein Ersatz für das verlorene Vaterland der Werktätigen her. Es reicht vielen nicht aus, jede Kritik an Israel als Tribunal gegen den jüdischen Staat zu delegitimieren und deshalb auch jede öffentlich verkündete Enttäuschung über gesellschaftliche Entwicklungen in Israel als notwendige Konsequenz eines abstrakten Philosemitismus zu kritisieren, der sich für den realen Staat Israel und seine Bewohner nicht interessiert, weil seine Anhänger damit beschäftigt sind, mit der Seele ihre wahre Heimat zu suchen und im jüdischen Staat das wiedererlangte Paradies so lange gefunden zu haben behaupten, bis irgendwann die zum Glück pragmatische Realität vor Ort als Verrat an der Sache und Grund, die Solidarität aufzukündigen, angeführt wird. Parteinahme für Israel findet ihren Ausdruck nicht in Identifikation etwa in Form von Pilger- statt Urlaubsreisen ins heilige Land und auch nicht in der dauernden Beschwörung der erfreulichen Verhältnisse im jüdischen Staat. Parteilichkeit für Israel manifestiert sich allein im Negativen, in der Kritik an der antisemitischen Internationalen: Dies ist die einzige Form der Unterstützung eines Staates, die sich vom persönlichen Meinen und Dafürhalten und den darin einbegriffenen übermächtigen projektiven Gehalten unabhängig macht und deshalb ein wenig länger hält als die gerade modische politische Konjunktur. Solche berechtigten Zweifel an manchen Erscheinungen der Israelsolidarität diente allerdings vielen allein dazu, sich der gebotenen Kritik an den sehr konkreten Feinden Israels zu entziehen und stattdessen naserümpfend sich gegen jene auszusprechen, die ihre Israelsolidarität als Kritik an der antisemitischen Internationale unzweideutig und öffentlich bekundeten. Bezeichnenderweise war es das Mitführen jenes Symbols auf Kundgebungen und Demonstrationen, das die Feinde Israels wo immer es gezeigt wird, Bekenntnisse ihres Vernichtungswillen gegen den jüdischen Staat magisch abnötigt, das von den selbsternannten "wahren" Kritikern des Antisemitismus als unzulänglich, ja, die Solidarität mit Israel diskreditierend verunglimpft wurde. Wer die Israel-Fahne trägt wurde und wird regelmäßig nicht als schärfster und beiläufig auch mutiger Kritiker der Todfeinde dieses Staates erkannt, sondern

entweder als zionistisch-nationalistischer Provokateur oder als verkappter Nazi gebrandmarkt, der eben unbedingt einem staatliche Autorität verbürgendem Winkelement hinterherlaufen müsse, sei es die schwarz-rotgoldene oder eben die blau-weiße. Solche antinationale Kritik an den einzigen radikalen Kritikern des Israelhasses gilt vielen immer noch als Ausdruck scheinbar theoretischer Bemühung um Wahrheit, ist in Wirklichkeit aber wie jedes "antinational" sich drapierende Bekenntnis nur der Beleg für Desinteresse am empirischen Gegenstand und damit die Voraussetzung für jenes so grundsätzliche Desengagement von dem die Antisemiten regelmäßig profitieren.

Was Liberalismus ist

Aber genau dieses Negative, Kritik und Polemik, reicht manchen offenbar nicht mehr. Statt auf Erkenntnisse ist man auf Bekenntnisse aus, statt Parteinahme zu einem bestimmten Sachverhalt ist Identifikation mit einem Großen und Ganzen gefragt. Reiste man zuvor auf dem Ticket des "Links-Seins", mit dem man sich, wie man zunehmend erkannte, en bloc Antiliberalismus, Judenhass und die Option für den Volksstaat einhandelte, so lautet das neue Ticket nun "Liberalismus", dessen notwendige Implikationen man einstweilen noch nicht komplett unterschreiben möchte, deren Ratifizierung aber in der Logik der Sache selbst liegt. Abgelehnt werden nicht Ticketmentalität, identitäre Selbstvergewisserung und Prinzipienreiterei als solche - man wechselt einfach nur das Ticket. Genau darin aber reproduziert man - und das ist das Entscheidende - formell die deutsche Ideologie, auch wenn man inhaltlich weit von ihr entfernt ist: Deutsch sein heißt, wenn es überhaupt etwas heißt, Interessen zu leugnen und sein ganzes Denken und Handeln als selbstlosen Dienst an einer höheren Allgemeinheit auszugeben. Man schafft hierzulande offenbar nicht das Einfache und Selbstverständliche, das Salman Rushdie gelang, als er nach dem 11.9.2001 katalogartig all jene zivilisatorischen Errungenschaften und Fortschritte aufzählte, die für ihn nicht verhandelbar sind, und sucht entlang dieser nicht dogmatisch, sondern aus Erfahrung, Wissen und Interesse gewonnenen Prämissen pragmatisch das Bündnis mit jenen politischen Gegnern, die am ehesten bereit und in der Lage sind, der aktuell schlimmsten gemeinsamen Bedrohung entgegenzutreten - nein: Als deutscher vom Links- zum Liberal-Sein Konvertierter muss etwas, dem man sich verschreibt, schon ein wasserdichtes System sein, aus dem alles weitere abgeleitet wird: nun also der Liberal*ismus*. Es interessieren die einzelnen Sachverhalte also nur, insofern sie das Vorgefasste System illustrieren.

Die Tatsache, dass im jüdischen Staat Frauen nicht unterdrückt, Schwule nicht verfolgt werden und Alkohol nicht verboten ist, ist dieser Logik zufolge nicht etwa nur bemerkenswert in der Konfrontation mit Leuten, die solches entweder gerne unter den Teppich kehren oder diese Freiheiten gar bekämpfen, ansonsten aber eine Banalität, die schlecht dazu taugt, fortwährend gefeiert zu werden; von manchen Freunden Israels werden die genannten zivilisatorischen Minimalstandards nicht einfach bloß als Evidenzbeweis dafür angeführt, wie haushoch überlegen die israelische Gesellschaft der arabischen ist, sondern ganz prinzipienfest zum Anlass genommen, die rule of law und den Kapitalismus abzufeiern. Dabei wäre die Geschichte der Juden doch viel eher ein Beispiel dafür, dass die westliche Zivilisation im Zeichen des Liberalismus sie lediglich duldend scheinintegrierte, um bei der nächsten Krise wieder vorwurfsvoll auf den gelben Fleck zu zeigen, den ihnen die Nazis schließlich aufklebten. Die Tatsache, dass ein Buch von Paul Berman von großer Klarheit und Vernunft durchdrungen ist, ist solcher Logik folgend nicht etwa nur dann hervorhebenswert, wenn man es mit den vollends projektiven und faktenresistenten Hervorbringungen deutscher Friedensideologen oder französischen Europäern vergleicht, ansonsten aber eine Trivialität, die keiner weiteren Erwähnung wert ist: Bermans und anderer Veröffentlichungen sollen vielmehr als Beweis herhalten für die angeblich grundsätzliche Differenz von positivistischer Vernunft und pseudo-metaphysischem Wahn und die vorgebliche Superiorität des Ersteren. Die Tatsache schließlich, dass in den USA oder in Großbritannien der nationalsozialistische Volksgemeinschaftsstaat jedenfalls bis heute keine Option der Herrschaft darstellt, soll demnach wahr und bedeutsam sein nicht nur als Einspruch gegen die beliebte simple Gleichsetzung Kapitalismus=Faschismus, sondern gilt als Beleg dafür, welch menschheitliches Gut der liberale Rechtssaat angeblich sei, wenn er nur in den richtigen Händen liege.

(...) Jede an sich erfreuliche partikulare Einsicht gerät den frisch Konvertierten zu einem Argument für ein Allgemeines: Das aber entwertet jede einzelne Einsicht, indem sie ihrer anstößigen und polemischen Qualität beraubt und zu einer Glaubenswahrheit hochstilisiert wird und desavouiert überdies den Wahrheitsgehalt, der der neu entdeckten Liebe zum Liberalismus eben auch innewohnt. Denn ohne Zweifel ist eine liberal verfasste Gesellschaft Voraussetzung jeder Emanzipation: In der Wertschätzung für die "Entzauberung" der gesellschaftlichen Beziehungen unterm Kapital, in der Zurückweisung einer dem Einzelnen vorgeschriebenen Ordnung und demzufolge aller abstrakten Weltverbesserei und Menschheitsbeglückung, im Insistieren auf der Kategorie des individuellen Interesses sowie darauf, dass jeg-

liche gesellschaftliche Assoziation durch das interesse- und vernunftgeleitete Handeln der Einzelnen vermittelt sein soll, konvergieren Liberalismus und ein recht verstandener Kommunismus. Die Einsicht in die emanzipatorischen Gehalte des Liberalismus ist jedoch identisch mit der Einsicht, dass diese nicht ungebrochen existieren, dass dieser, entgegen seiner Selbstideologisierung, kein in sich ruhendes System ist, dessen bewusstloses Funktionieren den Ausgleich der Interessen zum Besten aller besorgt, sondern dass seine Dynamik eine durchaus selbstdestruktive ist, eine negative Dialektik, an deren Ende die fortschrittlichen Gehalte des Liberalismus entweder zurückgenommen werden oder an sich selbst ins Gegenteil umschlagen. Der harte Kern des Antisemitismus, die Auffassung, das Weltjudentum mit seinen Machenschaften und Manipulationen sei schuld daran, dass die Gesellschaft sich von ihren Ursprüngen entfernt habe und an ihrem natürlichen Funktionieren gehindert werde, ist schließlich nichts anderes als die bösartig gewordene, an sich selbst in vollendeten Wahnsinn umgeschlagene altliberale Doktrin, Gesellschaft sei ein natürlicher Organismus und funktioniere zu Nutz und Frommen aller, wenn sie nur nicht durch "unnatürliche" "äußere" Eingriffe von Seiten des Staates gehindert werde: Der Radikalliberalismus von Jörg Haider, der gegen Bonzen, "verkrustete Strukturen" und moderne Kunst genauso polemisiert wie gegen die frechen Juden und die Globalisierung, indiziert eine Konvergenz zum Liberalnazi. In ihrer naturalistischen Gesellschaftslehre, die letzten Endes auf die Zwangshomogenisierung der gesellschaftlichen Interessenkonflikte zielt, die der Liberale durch die unsichtbare Hand des Markts, der Nazi durch die sichtbare des starken Staats erreichen will, gleichen sich Liberale, Faschisten und Partei- oder Bewegungslinke - und unterscheiden sich alle vom aufgeklärten Kommunisten, der im Gegenteil die Interessengegensätze und ihre Verschärfung begrüßt.

Was Liberalismus auch ist

Es ist die unhintergehbare Einsicht von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Löwenthal und allen, die für die "Kritische Theorie" stehen, dass der Liberalismus sich selbst sein ärgster Feind ist, dass seine emanzipativen Seiten von innen her bedroht sind und dass das, was ihn vermeintlich "von außen" bedroht, im Sinne nicht eines Kausal- sondern eines Konstitutionszusammenhangs sein eigenes Produkt ist. Diese Einsicht ist nicht, wie deutsch-europäische Schicksalsgläubige automatisch annehmen müssen und wie konvertierte Liberale nun ex negativo bestätigen würden, die Aufforderung, alle Hoffnung fahren zu lassen, weil eh alles vergeblich sei, sondern die Erkenntnis, dass die fortschrittlichen Gehalte des Liberalismus, die zivilisatorischen Standards, die er gesetzt hat, letzten Endes nur gegen den zum System sich aufwerfenden Liberalismus und die gesellschaftlichen Verhältnisse, die er zum Ausdruck bringt und auf denen er aufruht, gerettet werden können, dass sie eine prekäre Existenz fristen, beständig in Gefahr stehen zurückgenommen oder einkassiert zu werden und ihre Verteidigung als Mindestbedingung jeglichen Strebens nach Glück selbstverständlich sein sollte. In frisch-fröhlicher Manier den Liberalismus abzufeiern; anzunehmen, dieser habe etwa in den USA oder Großbritannien ein angestammtes Vaterland, ein solides Fundament, eine überwältigende Anhängerschaft und sei gegen autoritäre Anfechtungen immun; daraus gar noch Hoffnungen auf eine menschenfreundliche Erneuerung der spätkapitalistischen Ökonomie abzuleiten, ist zum einen blanker Zynismus angesichts der Tatsache, dass ein Bezieher des britischen Mindestlohns an seinen Zahnlücken zu erkennen ist, oder ein zum dritten Mal rückfälliger amerikanischer Straftäter für immer einfährt. Vor allem aber bedeutet es ein fast schon vorsätzliches Sicht-Dumm-Stellen gegenüber der Ambivalenz des Liberalismus und impliziert eine grundsätzliche Verkennung der existierenden liberalen Potentiale, die in der gegenwärtigen Lage nicht nur naiv, sondern fast schon fahrlässig ist. Was einem in der heutigen Weltlage noch Luft zum Atmen verschafft, ist die Tatsache, dass es sich bei den USA und Großbritannien um zwei zum Glück zurückgebliebene Gemeinwesen handelt, in denen die negative Dialektik des Liberalismus bislang keine Chance hatte, an ihr totalitäres Ende zu kommen, und die im naturwüchsigen Fortschritt kapitaler Vergesellschaftung hin zur Barbarei im Vergleich mit Europa deshalb arg hinterherhinken - und hoffentlich nie aufschließen werden - und in denen deshalb immerhin beachtliche Restposten instrumenteller Vernunft anzutreffen sind. In diesem engen Sinn ist liberal organisierte bürgerliche Herrschaft, wie man in den USA und Großbritannien vorfindet, aktuell das einzig wirkungsmächtige Potential gegen den Faschismus, wie er im Namen von Islam, UN und Europa den ewig währenden Jihad gegen Juden und Amerikaner zu führen sich anschickt. Zugleich ist dies ein logisch unmögliches Unterfangen, weil der Liberalismus hier gegen etwas in Stellung geht, was er selber konstitutiv hervorgebracht hat - ein logischer Missstand, der umso erfreulicher jedoch ist, eben weil das logisch Unmögliche praktisch getan wird und es so unzeitgemäß und herausfordernd wirkt in seiner Zuversicht, gesellschaftliche Entwicklungen umgestalten zu können. Der beliebten Projektion des Feuilletons, bei den "Neocons" handele es sich um verkappte Kommunisten, ist in diesem Sinn unbedingt zuzustimmen.

Diesen Zusammenhang zu benennen, sich über das stets Gefähr-

dete liberaler Errungenschaften wenigstens nicht in die eigene Tasche zu lügen, gebietet intellektuelle Redlichkeit auch dann, wenn man weitergehende Aspirationen auf Emanzipation fahren gelassen hat: Das wäre ein entschieden realitätsgerechteres Verhalten, als sich die Kritische Theorie als Legitimationsanstalt für einen endlich richtig erkannten Liberalismus zurechtzulegen oder deren Erkenntnisse gleich ganz zu verleugnen. Umso mehr steht sie allen an, die aus wohlverstandenem Selbsterhaltungsinteresse mit Winston Churchill den bürgerlichen Verfassungsstaat zwar als die am wenigsten unangenehme Herrschaftsform anerkennen, aber zu Herrschaft als solcher auf Konfrontation gehen, weil sie die Bedingung dafür ist, dass gesellschaftliche Konflikte in kollektive Amokläufe übersetzt werden. Zu retten ist nicht die Kläglichkeit liberaler Ideologie und schon gar nicht ihre Praxis, die notwendig auf die Auslöschung jeglicher utopischer Ideen zielt. Vom Bürgertum bleibt lediglich, was die Option auf Befreiung einmal war, die in seinem Namen erstmals eingefordert wurde. Die Hinterlassenschaft des bürgerlichen Zeitalters ist das Streben nach ungeschmälertem Glück, das sich gerade im unglücklichen Bewusstsein, im Zerfallensein mit der scheinbar selbstbewusst geschaffenen gesellschaftlichen Realität manifestiert und in der Philosophie, wo sie triftig gerät, das Selbstbewusstsein, und in der Kunst, wo sie dicht und gespannt gelingt, Ausdruck verleiht. Was da die Klage über nicht eingehaltene Versprechungen auf Glück war, muss antideutscher Kritik Ansporn in ihrem Eintreten für eine Gesellschaft ohne Angst sein.

Was deutscher Liberalismus ist

Die naiv-draufgängerische Bezugnahme auf den Liberalismus befremdet umso mehr, als sie in Deutschland stattfindet, dessen liberale Tradition und dessen aktuelle Vertreter des Liberalismus einem doch eher das Gruseln lehren sollten. (...) Offenbar hat man auch in Kreisen, die sich nicht nur als israelsolidarisch, sondern auch als antideutsch begreifen, nicht erfasst, was es heißt, in einem postfaschistischen Gemeinwesen zu leben: dass in einer Gesellschaft, in der der Nationalsozialismus nicht einfach bloß Tendenz und Bewegung blieb, sondern sich zum massenmörderischen Regime verfestigen konnte, *alles* beschädigt wurde und es daher keinen naiven Bezug mehr auf irgendeine politische Idee oder Bewegung geben kann - das gilt für den Kommunismus, wie die Konvertiten natürlich sofort einräumen würden, das gilt aber erst recht für den Liberalismus, dem in Deutschland ermöglicht wurde, seine miesesten, opportunistischsten und autoritärsten Potentiale voll zu entfalten.

Wie sehr der Liberalismus hier mit nazistischer Ideologie durchtränkt ist, zeigt sich am entscheidenden Punkt: Wenn deutsche Liberale einen Befreiungsschlag aus etatistisch verwalteter Ökonomie herbeisehnen, argumentieren sie nicht, stellen sie sich nicht der Diskussion, sondern vertrauen aufs blinde Schicksal, dessen letzter Erfüllungsgehilfe unversehens genau die Einrichtung sein wird, die sie scheinbar in die Schranken weisen wollen: der Volksstaat. "Diese Gesellschaft betritt eine Scholle, die sich von den vertrauten Landmassen zu lösen beginnt. Wo es kein Brückengeländer gibt und auch keine durchgerechneten Rezepte, die sich in langatmigen Kampagnen vermitteln lassen. All das ist Köhlerglaube. Der Schritt wird kurz und heftig sein wie dieser Wahlkampf. Ihn führt eine Union, die sich darüber verwandeln wird. Spät erst wird man erkennen, ob sie sich dabei verirrt. Früh aber, mit welchem Mut sie beginnt." So endet der Leitartikel "Republik im Morgengrauen" von Johann Michael Möller, der in der *Welt* vom 04.06.2005 erschienen ist. Der Wahnsinn, der aus solchen Sätzen spricht, dementiert jede Hoffnung auf eine liberale Alternative im angelsächsischen Sinn. Deutsche Ideologie hat Realitätsverlassenheit zum Programm, propagiert die Apokalypse als Sehnsucht und erhebt die Verweigerung jedes empirischen Bezugs auf die Tatsachen zu ihrem Grundgesetz. Das passive Destruktivitätspotential des deutschen Seelenhaushalts lässt die Landsleute nicht nur bewundernd und angeschauert zugleich die Orgien der Zerstörung im Zeichen des Islam als Vorschein des insgeheim herbeigesehnten Weltuntergangs ausstellen, anstatt sie zu kritisieren und zu bekämpfen. Angesichts des eingebildeten und herbeigeredeten Weltuntergangs zu Hause geht der Rest von Vernunft, Pragmatismus und Caritas restlos den Bach hinunter: Es wird ein Neuaufbruch im Morgengrauen beschworen, der in seinem Schamanismus noch hinter die andernorts üblichen Beschwörungen von Markt- und Staatstheologie zurückfällt. (...)

Was antideutsch ist

Die Gegnerschaft zu allem, "was deutsch ist", kann, wenn sie es ernst meint und das Objekt der Abgrenzung in seinem Wesen treffen möchte, kein Fundament errichten, keine "Position" beziehen, keine positiven Wahrheiten verkünden, keine Bekenntnisse erzwingen, keine Gesinnungsgemeinschaft etablieren: Ihr Medium ist allein die Kritik, ihr Maßstab die Bestimmtheit und Genauigkeit der darin ausgedrückten Negation und ihre Wirksamkeit entfaltet sie ebenfalls als Kritik, d.h. als wesentlich interessengeleitete Tätigkeit zur Herbeiführung von Zuständen, in denen jeder ohne Angst verschieden sein kann. Deshalb scheut sie nicht davor zurück, in Konsequenz ihrer Überlegungen sich einzumischen und Partei zu ergreifen. Darin unterscheidet sich antideutsche Kritik in kommunistischer Absicht von marxologi-

schen oder adornierenden Unternehmungen, die sich, Bibelkreisen nicht unähnlich, der Exegese verschrieben haben, deren Wahrheitsgehalt, wie groß er auch immer ausfallen mag, durch die Unwahrheit erkauft wird, dass die Texte sorgsam eingeschreint werden und die Tätigkeit des Interpretierens durchweg allen eingreifenden Charakters, den sie der Sache nach doch an sich trägt, entkleidet wird. Auf der anderen Seite grenzt antideutsche Kritik sich strikt von allen Anstrengungen in positivem "Politik-Machen" ab, das statt auf vernünftig begründete Parteinahme im Einzelnen notwendig auf Identifikation im Großen abzielt und daher ohne Heilsgewissheiten nicht auskommen kann. Die "Gegenidentifikation" (Manfred Dahlmann) etwa mit bestimmten außenpolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten von Amerika meint eben nicht deren Glorifizierung, sondern ist getragen von der Unausweichlichkeit klarer und eindeutiger Parteinahme in einem Konflikt, in dem eine Seite, der politische Islam mit seinen Selbstmordattentätern an der Spitze, eine unzweideutige, durch massenmörderische Taten beglaubigte Feinderklärung ausgesprochen hat und in dem die andere Seite, die USA, Großbritannien und Israel, diese Feinderklärung angenommen haben, indem sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den auf Vernichtung zielenden Feind bekämpfen, während Old Europe mit seiner Politik des konstruktiven Dialogs de facto mit dem Feind kollaboriert. Maßstab der Gegenidentifikation ist nicht, was der "war on terror" positiv ist und schafft, sondern was er abschafft und was er nicht ist. Gegenidentifikation meint schließlich das Insistieren darauf, dass die US-Army in Afghanistan und im Irak gerade in ihrer kriegerischen Praxis weit eher eine Ahnung von Frieden zum Ausdruck bringt als all jene, die mit ihrem Gewedel mit Tauben- und Pacesymbolen das Ihre zur Schaffung einer Welt beitragen, die in einem unendlichen Weltkrieg für Gerechtigkeit und ethnische Zufriedenheit genau jenes Armageddon vorbereiten, von dem Ronald Reagan einst im Bezug auf die Sowjetunion dumm aber folgenlos daherfaselte. Öffentliche Parteinahme, die Bereitschaft, in wichtigen Fragen wie der Verteidigung Israels gegen jede Kritik auch Bündnisse mit Leuten einzugehen, mit denen einen darüber hinaus nichts verbindet, war und ist notwendig praktischer Ausweis von Kritik, die sich selbst ernst nimmt.

Aber zur Parteinahme gehört, dass keine großen Gemeinsamkeiten beschworen und antagonistische Gegensätze nicht verschwiegen werden. Der bloße Umstand, dass man mit einem durchschnittlichen Abonnenten der *Welt* in der Parteilichkeit für Israel weit größeren Konsens hat als mit einem durchschnittlichen Linken, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der gleiche Zeitungsleser höchst unappetitliche Thesen über Drückeberger an der Hartz-IV-Front in petto haben wird, von seinen Einlassungen zum deutschen Vaterland und der erbrachten Opfer im Bombenkrieg einmal ganz zu schweigen. Wenn sich mit ihnen eine vernünftige israelsolidarische Kampagne eröffnen ließe, spräche nichts gegen Zusammenarbeit. (...)

Antideutsche Kritik muss und wird notwendig jeden scheinbaren Parteigänger verunsichern, der nach einer positiven Bezugsgröße fahndet, an die man sich halten kann. Antideutsche Kritik kann sich keines gesicherten Fundus' versichern, am allerwenigsten jener Schlagworte aus den frühen 90er Jahren, als man jede ungeliebte Erscheinung mit dem Etikett "völkisch" versah und unverdrossen einen waffenstarrenden deutschen Imperialismus mit eigenem Hinterhof in Südosteuropa wähnte. Sie wird vielmehr, gerade weil sie ideologiekritisch und nicht ideologisch ist, sich weder den Fakten und noch weniger der eigenen Erfahrung des Kritikers verschließen - eine Erfahrung, der deutlich vor Augen tritt, das Deutschland nicht mehr militaristisch zerstört, sondern pazifistisch zerstören lässt, das aber von den alten Freunden. Gerade die realitätsvergessene Verachtung solcher Fakten, der empirischen Wirklichkeit, die stille Übereinkunft, sich auch generell mit Realität nicht befassen zu wollen, weil man das gar nicht nötig habe, zeichnet deutsche Ideologie in so niederschmetterndem Maße aus. Die Kritik am Islam - nicht an Übertreibungen, bedauerlichen Auswüchsen, Extremismus, sondern genau am Islam - hat in den letzten zwei Jahren unter Beweis gestellt, wie antideutsch es ist, sich mit der Sache selber in ihrer ganzen Rohheit und Schmutzigkeit zu befassen statt den Ideologen zu lauschen oder selber Ideologien zu zimmern. Dieser scheinbar nüchterne Zugang zum Erlebten, zum Material, eben zur Sache selbst, ist der einzig mögliche Zugang zur Empathie mit den vom Islam für Dreck Erklärten und in den Dreck Geworfenen. Empathie mit Theo van Gogh und Hatun Sürücü ist deshalb überhaupt nicht zufällig hierzulande hauptsächlich eine antideutsche Angelegenheit geblieben.

Diese Auseinandersetzung um die Sache, dieser daher nicht nur in Deutschland notwendig fremde Standort des Kritikers, der doch zugleich der einzig mögliche ist, muss man - ohne mit Stalinisten, Wertkritikern und anderen Missbrauchern über Eigentumstitel zu streiten - kommunistisch nennen. (...) Gerade weil antideutsche Kritik sich nicht verabschieden kann von einem Anspruch, den zu Unrecht "die Linke" stets für sich verbucht hat, kann sie, auch wenn sie nie konstruktiv sein kann und wird, die Überzeugung nicht aufgeben, dass es etwas Besseres gibt als die jämmerlichen Verhältnisse, unter denen die Menschen auch in der liberalsten bürgerlichen Republik ihr Da-

sein fristen müssen.

Den fremden Ort der Kritik zu beziehen, von dem aus man der Realität sich öffnet, gerade weil er scheinbar weltabgewandt ist; von dem aus man sich erst recht parteilich einzumischen vermag in gesellschaftliche Konflikte, gerade weil man am Unort nicht unmittelbar in die Re-alität verstrickt ist, sondern ihr mit gehöriger Distanz gegenübertreten kann, ist unhintergehbare Voraussetzung und dringliche Tagesaufgabe antideutscher Kritik. Das hat auch dann zu gelten, wenn die eigene Stimme nicht "links", aber eben auch nicht in der liberalen Mitte kaum auf Gehör und schon gar nicht auf Zustimmung zählen kann, sich also der fremde Ort zugleich als ein einsamer erweist. Insofern gilt es, an dem festzuhalten, was einmal - bevor der Name endgültig durch den Dreck gezogen war und das ist sehr lange her - als "links" galt. ■

Der ungekürzte Aufruf ist auf www.redaktion-bahamas.org zu finden, das Programm und der Ort werden dort rechtzeitig vor dem 18./19. November abrufbar sein.

anzeige

BAHAMAS

Der Antiimperialismus ist ein Meister aus Deutschland: Die Verständnisinnigkeit, ja die kaum verhohlene Begeisterung, die insbesondere das sozialdemokratisierte deutschfreundliche Europa dem brachialen Antisemitismus und dem zivilisationsfeindlichen Kollektivismus, wie ihn der Djihadismus propagiert und praktiziert, entgegenbringt, läßt nur einen Schluß zu: Der antiwestliche Krieg spricht ihm aus der Seele. Im Djihadismus findet es alle Ingredienzen des historischen „deutschen Weges" (Schröder); jene Ingredienzen, die von Beginn an das ausmachen, was deutsch ist: die Installation des Kapitalismus nicht durch sondern gegen das Bürgertum; Konkurrenzfähigkeit ohne Krise, Frieden ohne Freiheit, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die Feindseligkeit gegen die Individuation, die Verteidigung der Regression als höhere Kulturstufe; allgemein gesagt: der Affekt gegen das Fremde, Unordentliche, Vermischende, gegen Liberalismus, Tauschbeziehungen, Abstraktheit, Kritik und Aufklärung, und die selbstbezügliche Liebe zum Hergebrachten, Kindlichen, Vorbegrifflichen, zur fraglosen Autorität.

Die Bahamas erscheint 3 bis 4 mal im Jahr.
Sie kostet pro Heft 4 EUR (auch Briefmarken).
Das aktuelle Heft oder Nachbestellungen bei:

Bahamas, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Telefon: 030 / 623 69 44
mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

Termine

19. Oktober
Der ganze Südosten ist unser Hinterland. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945
Buchvorstellung mit dem Autor Klaus Thörner
Café KoZ, Uni Frankfurt, Jügelstr. 1, FfM, 20 Uhr.
Veranstalter: Gruppe Morgenthau, Honestly-Concerned, Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen, Prozionistische Linke Frankfurt, Zionistische Organisation Frankfurt.

20. Oktober
Der ewige Antisemit - Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls
Buchvorstellung mit dem Autor Henryk M. Broder
Jüdisches Museum, Untermainkai 14/15, FfM, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Gruppe Morgenthau, Honestly-Concerned, Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen, Prozionistische Linke Frankfurt, Zionistische Organisation Frankfurt.

Adorno & Améry: Die Tortur und die Dialektik
Vortrag von Gerhard Scheit
Verikom, Hospitalstr. 109, Hamburg, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Hamburger Studienbibliothek.

21. Oktober
Insel der Aufklärung - Israel im Kontext
Buchvorstellung mit der Herausgeberin Alexandra Kurth
Café Kurzschlusz, FH, Kleiststr. 5, FfM, 20 Uhr.
Veranstalter: Gruppe Morgenthau, Honestly-Concerned, Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen, Prozionistische Linke Frankfurt, Zionistische Organisation Frankfurt.

Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt
Buchvorstellung mit dem Autor Gerhard Scheit
DGB-Haus am Platz der Synagoge, Göttingen, 19 Uhr.
Veranstalter: [a:ka] Göttingen.

22. Oktober
Kritik und Parteilichkeit - Über die Zukunft der Israelsolidarität
Vortrag von Justus Wertmüller
Café Kurzschlusz, FH, Kleiststr. 5, FfM, 20 Uhr.
Veranstalter: Gruppe Morgenthau, Honestly-Concerned, Jüdischer Jugend- und Studentenverband Hessen, Prozionistische Linke Frankfurt, Zionistische Organisation Frankfurt.

Staatskritik - Zum Verhältnis von Souverän und Recht
Tagesseminar mit Gerhard Scheit
Sternstrasse 31, Münster, 14 Uhr.
Veranstalter: Offene Antifa Münster.

27. Oktober
Vernunft und Barbarei - Über die Begreifbarkeit des Nazifaschismus
Vortrag von Joachim Bruhn
HundertMeister, Duisburg, 20 Uhr.
Veranstalter: Antifa 3D Duisburg.

29.Oktober
Pow to the People! - Prodomo Release Party
Oldschoolhouse Pre/Postpunk No/Newwave Indie(tronic)
Sektempfang 22-23 Uhr, Eintritt frei.
Unikum, Universitätsstr. 16b, Köln, 22 Uhr.

1. November
Die Klasse und ihr Kampf - Über den Revolutionswert des Proletariats
Vortrag von Joachim Bruhn
AStA-Café Unikum, Raum C, Universitätsstr. 16b, Köln, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Georg-Weerth-Gesellschaft Köln.

2. November
Vernunft und Barbarei - Über die Begreifbarkeit des Nazifaschismus
Vortrag von Joachim Bruhn
Bonn, Carl's Bistro, Nassestrasse, 19:30 Uhr.
Veranstalter: Bonner Bündnis Berliner Verhältnisse.

4. November
Vernunft und Barbarei - Über die Begreifbarkeit des Nazifaschismus
Vortrag von Joachim Bruhn
Uni Bielefeld, 19 Uhr.
Veranstalter: Georg-Weerth-Gesellschaft e.V., Detmold.

7. November
Die Klasse und ihr Kampf. Über den Revolutionswert des Proletariats
Vortrag von Joachim Bruhn
Bochum, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

8. November
Zwei politisch-avantgardistische Filme - Lemmy Caution. Ermittlungen gegen die Wirklichkeit/ Hans-Jürgen Krahl: Angaben zur Person
Mit Bernd Reinink
Bochum, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

9. November
Nicht im Namen des Anderen. Der Antirassismus und sein Verhältnis zu Islamismus und Islamophobie
Vortrag von Udo Wolter
Bochum, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

14. November
Hitchcock in Deutschland - oder wie die Nazis zu Drogendealern wurden. Versuch einer psychoanalytischen Darstellung der deutschen Schuldabwehr am Beispiel von "Notorious"
Vortrag von Sonja Witte mit anschl. Filmvorführung
Bochum, 19 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

15. November
Luhmann und Marx - Systemtheorie und Systemkritik
Vortrag von Hanno Pahl
Bochum, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

18. November
Foucaults Machtanalytik und die kritische Gesellschaftstheorie
Vortrag von Urs Lindner
Bochum, 19.30 Uhr.
Veranstalter: Rote Ruhr Uni.

18./19. November
Kritik und Parteilichkeit - Antideutsche Konferenz
Berlin
Veranstalter: Redaktion Bahamas.
Der Aufruf ist auf Seite 46ff. zu finden,
weitere Informationen auf www.redaktion-bahamas.org.

4. Dezember
Einführung in die Psychoanalyse
Tagesseminar mit Ljiljana Radonic
Münster
Veranstalter: AStA Frauenreferat und die Offene Antifa Münster.

Impressum

Prodomo e.V., Postfach 30 10 22, 50780 Köln
Telefon/Fax: (0221)5894381
E-Mail: redaktion@prodomo-online.org
anzeigen@prodomo-online.org
vertrieb@prodomo-online.org
Website: www.prodomo-online.org

Vereinsnummer: 14888
Amtsgericht: Köln
1. Vorsitzender: B. Assion

Verantwortlicher i.S.v. § 10 MDStV: B. Assion

Prodomo erscheint im Selbstverlag, Hrsg.: B. Assion

Einzelheft- und Abobestellung

Wir versenden jede noch lieferbare Ausgabe zum Preis von € 4 zuzüglich € 1 Versandkosten überallhin, auch in das nichteuropäische Ausland.

Die Bestellung können Sie entweder per Post (die Anschrift ist im Impressum zu finden), oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org übermitteln. Die Zahlung können Sie per Überweisung auf unser Konto (siehe unten) tätigen, oder entweder einen Verrechnungsscheck, oder den Gegenwert der Bestellung in Briefmarken an unsere Postadresse schicken. Der Versand erfolgt nach Zahlungseingang.

Abonnement

Das Jahresabonnement* kostet € 16 für vier Ausgaben inklusive Versandkosten. Die Bestellung ist auch hier per Post, oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org möglich.

Förderabonnement + Prämie

Das Förderabonnement* kostet € 24 für vier Ausgaben inklusive Versandkosten. Außerdem erhalten Sie mit der ersten Ausgabe eine der aktuell angebotenen Abopräämien nach Wahl. Diese können sie auf unserer Website finden oder telefonisch bzw. via Email erfragen. Die Bestellung ist wiederum per Post, oder per Email an vertrieb@prodomo-online.org möglich.

Auslandsabonnement

Für ein Auslandsabonnement* gelten die gleichen Preise und Konditionen, wie für das normale Jahres- bzw. Förderabonnement.

Bankverbindung

Prodomo e.V.
Kölner Bank
KTO: 929 361 008
BLZ: 371 600 87
IBAN: DE54 3716 0087 0929 3610 08
BIC: KOLNDE33XXX

Das Kleingedruckte

* Der Gesamtbetrag ist im Voraus zu zahlen. Sollten keine anderen Angaben gemacht werden, beginnt das Abonnement mit der jeweils nächsten Ausgabe. Die Kündigung ist jederzeit mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich, oder per Email möglich; bei Kündigung vor Ablauf eines Jahres werden für bereits bezahlte, aber nicht gelieferte Ausgaben je € 4 erstattet. Das Abonnement kann innerhalb von zwei Wochen widerrufen werden.

Alle Preise verstehen sich inklusive Mwst.

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Januar 2006.